

TEXTE

18/2018

# Was kann Nachhaltigkeitspolitik vom guten Leben lernen?

Zwischenbericht



TEXTE 18/2018

Umweltforschungsplan des  
Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3714 11 100 0

## **Was kann Nachhaltigkeitspolitik vom guten Leben lernen?**

Zwischenbericht

von

Eugen Pissarskoi, Thomas Vogelpohl, Ulrich Petschow  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin

Stephan Lessenich  
Ludwig-Maximilians-Universität München, München

Valentin Tappeser, Daniel Weiss  
adelphi research, Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

# Impressum

**Herausgeber:**

Umweltbundesamt  
Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel: +49 340-2103-0  
Fax: +49 340-2103-2285  
info@umweltbundesamt.de  
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

**Durchführung der Studie:**

Institut für ökologische  
Wirtschaftsforschung (IÖW)  
Potsdamer Straße 105  
10785 Berlin

**Abschlussdatum:**

Dezember 2017

**Redaktion:**

Fachgebiet  
I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung  
Anne Klatt

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Februar 2018

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3714 11 100 0 finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

## Kurzbeschreibung

Dass das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung auch das Ziel beinhaltet, gutes Leben für alle Menschen weltweit und in der Zukunft zu ermöglichen, dürfte unumstritten sein. In den letzten Jahren haben Diskurse zum Thema gutes Leben deutliche Verbreitung in öffentlichen Debatten gefunden. Gleichwohl sind ihre Beziehungen zur Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ungeklärt. Aufbauend auf den Analysen von drei Diskursen zum guten Leben (Pissarskoi et al. i.E.) widmet sich dieser Bericht der Frage: Können diese Diskurse dabei helfen, die öffentliche Wahrnehmung der Nachhaltigkeitsthemen zu stärken?

Der Bericht stellt ausgewählte aktuelle Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik dar, analysiert anschließend, ob Diskurse zum guten Leben eine Art Brücke darstellen können, die es erlaubt, abstrakte Ziele der Nachhaltigkeitspolitik mit den unmittelbaren Anliegen der Bürger/innen zu verbinden. Und es zieht zwei öffentlich prominente, nicht umweltpolitisch motivierte Diskurse heran, nämlich den Diskurs um Fluchtmigration und den um die Erhaltung von Alterssicherungssystemen, um zu analysieren, ob Diskurse zum guten Leben eine kommunikative Brücke zwischen diesen öffentlich resonanten Debatten und Nachhaltigkeitsthemen darstellen können.

Aufbauend auf diesen Analysen vertreten wir folgende Thesen: (1) Auffassungen guten Lebens können Orientierung im Umgang mit zentralen Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik liefern – allerdings nur, wenn Konzepte guten Lebens eng an die Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit gekoppelt werden. (2) Diskurse zum guten Leben ermöglichen neue Narrative, die die Nachhaltigkeitskommunikation unterstützen. (3) Vorstellungen guten Lebens können als kommunikative Brücke zwischen öffentlich breit diskutierten Themen, wie beispielsweise der Fluchtmigration, und Nachhaltigkeitszielen fungieren. (4) Nachhaltigkeitskommunikation kann vom Erfolg anderer Diskurse lernen – beispielsweise bietet der Diskurs zur Rentensicherung Ansätze dafür, wie die abstrakte Idee der Generationengerechtigkeit kommunikative und politische Wirkung entfaltet.

## Abstract

It is beyond reasonable doubt that sustainable development pursues the goal to provide all people worldwide and in the future the ability to lead a good life. Discourses about a good life have gained public attention over the last years. However, it is unclear how these discourses are related to the goals of sustainable development. Based on an in-depth analysis of three good-life discourses (Pissarskoi et al. i.E.), this report analyses the question: How can the good-life discourses strengthen the public awareness of sustainable development?

The report firstly presents a selection of current challenges of the sustainability politics. It then analyses them with regard to whether good-life discourses can help to translate the abstract goals of sustainable development into the real-world concerns of lay persons. And the report considers two further, non-environmentally motivated but publicly prominent discourses – on refugees and migration and on old-age pension systems – in order to analyse whether good-life discourses could bridge these publicly resonant debates with the goals of sustainable development.

Based on this analysis, we argue for the following claims: (1) Concepts of a good life can provide orientation for decision-making with regard to sustainability challenges – however, only if the concepts of a good life comply with the principles of global and intergenerational justice. (2) Good-life discourses enable new narratives which could support public communication of sustainability topics. (3) Concepts of a good life can serve as a communicative bridge between publicly prominent discourses (as for instance on migration) and sustainability goals. (4) Communication of sustainability politics can learn from the success of other discourses – for instance the discourse on pension's security provides examples for how the abstract idea of intergenerational justice can attain political efficacy.

## DANKSAGUNG

Wir danken Maria Lindow für die Koordination der Fertigstellung der Veröffentlichung, unseren studentischen Mitarbeiter/innen Lisa Storcks, Laura Theuer und Katja George für ihre tatkräftige Unterstützung, den Teilnehmer/innen des Kolloquiums „Was kann Nachhaltigkeitspolitik vom guten Leben lernen“ am 21.02.17 am Umweltbundesamt in Berlin für ihren hilfreichen Input und insbesondere den Kommentator/innen des Kolloquiums

- ▶ Dana Giesecke, FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit
- ▶ Prof. Dr. Jasmin Godemann, Justus-Liebig-Universität Gießen

für ihre konstruktiv-kritischen Anregungen.

Nicht zuletzt möchten wir der Fachbegleitung am Umweltbundesamt, Anne Klatt, für die zielgerichtete und die politische Relevanz des Vorhabens nicht aus den Augen verlierende Koordination des Projektes danken.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	7
Summary.....	11
1 Einleitung.....	14
Hintergrund und Zielsetzung .....	14
1.1 Aufbau und Vorgehen.....	15
1.2 Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik im Kontext aktueller Strategieprozesse.....	17
1.2.1 Politische Gestaltungsebene .....	18
1.2.2 Inhaltliche Ebene.....	19
2 Diskurse zum guten Leben für die Nachhaltigkeitspolitik nutzen .....	22
2.1 Einleitung .....	22
2.2 Konzepte guten Lebens als Leitbilder für die Transformation hin zur Nachhaltigkeit .....	23
2.3 Relevanz der Diskurse zum guten Leben für die Nachhaltigkeitspolitik.....	25
2.3.1 Exkurs: Kanzleramtsdialog „Gut leben in Deutschland“ .....	26
2.3.2 Bezüge zur politischen Gestaltungsebene .....	28
2.3.3 Bezüge zu den inhaltlichen Herausforderungen.....	30
2.3.3.1 Planetare Grenzen .....	30
2.3.3.2 Verlagerung von Umweltbelastungen .....	33
2.4 Nachhaltigkeitsbelange in Diskursen zum guten Leben .....	35
2.4.1 Beyond-GDP .....	36
2.4.2 Glück.....	37
2.4.3 Postwachstum.....	39
2.5 Zwischenfazit .....	41
3 Gutes Leben als Brücke zwischen Nachhaltigkeit und öffentlich resonanten Diskursen .....	43
3.1 Einleitung .....	43
3.2 Der sozialpolitische Diskurs zur „Generationengerechtigkeit“.....	44
3.3 Diskurse zur Fluchtmigration und die Wertidee „globaler Gerechtigkeit“.....	47
3.4 Zwischenfazit .....	51
4 Fazit.....	52
5 Quellenverzeichnis.....	55

## Zusammenfassung

Auch wenn die Idee der nachhaltigen Entwicklung in den letzten 30 Jahren immer stärker politisch institutionalisiert wurde, hat sie mit ihren abstrakten Zielen im alltäglichen Tun und Denken der Menschen bislang nicht richtig Fuß gefasst. Diskurse zum guten Leben scheinen auf den ersten Blick viel versprechenden Chancen zu bieten, um die öffentliche Resonanz von Nachhaltigkeitsthemen zu stärken: Fragen des guten Lebens gehen alle Menschen an, die Diskurse ziehen öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und ihr Gegenstand ist grundlegend für den Nachhaltigkeitsdiskurs: Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Gleichwohl enthalten Diskurse zum guten Leben auch Risiken für die Nachhaltigkeitspolitik: Dort geht es um Fragen individueller Lebensführung im Hier und Jetzt, was zum einen mit der langfristigen und alle Menschen einbeziehenden Perspektive der Nachhaltigkeitspolitik in Konflikt geraten kann und zum anderen gar nicht Gegenstand staatlichen Handelns sein sollte.

Der vorliegende Bericht untersucht, aufbauend auf den Ergebnissen einer Analyse der Diskurse zum guten Leben (Pissarskoi et al. i.E.) die Frage, inwieweit Diskurse zum guten Leben die gesellschaftliche Resonanz der Nachhaltigkeitspolitik erhöhen können. Hierzu beschreiben wir in einem ersten Schritt ausgewählte aktuelle Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik. Anschließend analysieren wir das Verhältnis von diesen Herausforderungen und den Diskursen zum guten Leben. Schließlich wenden wir den Blick außerhalb von umweltpolitisch motivierten, aber öffentlich prominenten Diskursen, nämlich dem Diskurs um Fluchtmigration und den um die Erhaltung von Alterssicherungssystemen. Diese untersuchen wir im Hinblick auf die Frage, ob Diskurse zum guten Leben eine kommunikative Brücke zwischen diesen öffentlich resonanten Debatten und Nachhaltigkeitsthemen darstellen können.

Die wesentlichen Ergebnisse der Analysen fassen wir in vier Kernthesen zusammen.

**These 1: Auffassungen guten Lebens können als Leitbilder Orientierung im Umgang mit zentralen Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik liefern – allerdings nur, wenn Konzepte guten Lebens eng an die Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit gekoppelt werden.**

Der bisherigen Nachhaltigkeitspolitik dienen Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit als normative Grundpfeiler, die politisches Handeln legitimieren. Diskurse zum guten Leben bringen eine weitere normative Leitidee in die öffentlichen Debatten ein: Politisches Handeln sollte es anstreben, gutes Leben für alle zu ermöglichen. Solche Leitbilder können zur normativen Legitimation transformativer Politikmaßnahmen beitragen, also einer Politik, die verstärkt auch auf die Lebensstile und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger einwirken soll.

Gleichwohl liegt diese Affinität zur transformativen Umweltpolitik den Diskursen zum guten Leben nicht per se inne. Die Begriffe „gutes Leben“ oder „Glück“ sind vage. Dadurch können sich in öffentlichen Debatten Auffassungen guten Lebens durchsetzen, in denen beispielsweise materialistischen Werten hohes Gewicht zugemessen wird. Die umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikation des Begriffes „gutes Leben“ scheint somit in ein Dilemma abzugleiten: Wird die inhaltliche Spezifikation dessen, was gutes Leben ausmacht, offen gelassen, kann der Begriff mit jeglichen gesellschaftlichen Partikularinteressen in Einklang gebracht werden. Wird hingegen von staatlichen Akteuren versucht, den Gehalt dessen, was gutes Leben ausmacht, zu spezifizieren, indem bestimmte Werthaltungen (z. B. Materialismus) aus der Konzeption guten Lebens ausgeschlossen werden, setzen sich staatliche Akteure dem Vorwurf des Paternalismus aus.

Nachhaltigkeitskommunikation muss jedoch nicht in dieses Dilemma geraten. Hierzu sollten Konzepte guten Lebens mit Gerechtigkeitsprinzipien verbunden werden: Nachhaltigkeitspolitik strebt es an, gutes Leben für alle zu ermöglichen, ohne dass Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit verletzt werden. Solche Konzeptionen guten Lebens sind nicht mehr beliebig: Werthaltungen –

wie materialistische Lebensweisen – können in dem Maße ausgeschlossen werden, in dem sie mit Gerechtigkeitsprinzipien nicht vereinbar sind. Ein Vorwurf des Paternalismus würde auf eine solche Politik auch nicht zutreffen. Denn ihre moralische Legitimation bezieht sie aus den Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit, ihre faktische Legitimation lässt sich aus internationalen politischen Abkommen ableiten.

**These 2: Diskurse zum guten Leben ermöglichen neue Narrative, die die Nachhaltigkeitskommunikation unterstützen – beispielsweise mittels neuer „Diskursfiguren“ wie „verantwortungsvolles Glück“.**

Umweltpolitische Kommunikation kann diskursive Figuren und Narrative entwickeln, die die normativen Grundprinzipien der Nachhaltigkeit und ihr affine Werthaltungen (Solidarität, soziale Zugehörigkeit etc.) betonen, zum Beispiel: „nachhaltiges Glück“, „solidarisches Glück“, „verantwortungsvolles gutes Leben“.

Zum einen können damit Nachhaltigkeitsthemen in die aktuellen Diskurse zum guten Leben eingebracht und ihre Verbindung gestärkt werden. Beispielsweise bietet sich in öffentlichen Glücksdiskursen die Chance für die Nachhaltigkeitspolitik, mittels geeigneter diskursiver Figuren und Narrative Ideen wie „nachhaltiges Glück“ zu stärken und zu verdeutlichen, in welchem Maße Nachhaltigkeitspolitik zum einem glücklichen Leben beitragen kann.

Zum anderen können diskursive Figuren Zielvorstellungen für einzelne umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Herausforderungen „mit Leben“ füllen. Das lässt sich am Beispiel der Planetaren Grenzen veranschaulichen. Kommunikative Figuren, die die Idee eines „guten“ oder „glücklichen Lebens innerhalb der Planetaren Grenzen“ ausdrücken, können die Verbindung zwischen den abstrakten ökologischen Systemveränderungen zu dem Alltag der heute lebenden Menschen herstellen. Dabei können Narrative erarbeitet und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden, die beschreiben, wie gut und glücklich bei Einhaltung der ökologischen Restriktionen gelebt werden kann. Darüber hinaus können mit einem solchen Konzept personifizierte Diskursfiguren entwickelt und kommuniziert werden: Die in der Zukunft lebenden Menschen als Menschen, die ebenfalls glücklich sein wollen, über Bedürfnisse, Empfindungen und Gefühle verfügen.

**These 3: Vorstellungen guten Lebens können als kommunikative Brücke zwischen öffentlich breit diskutierten Themen, wie beispielsweise der Fluchtmigration, und Nachhaltigkeitszielen fungieren.**

Die aktuellen, rund um die „Flüchtlingskrise“ sich rankenden Diskurse sind ein Beispiel für politisch resonante Diskurse, bei denen Fragen des „guten Lebens“ ins Zentrum der Debatte rücken und die zugleich anschlussfähig an die Nachhaltigkeitssemantik sind. Zwar spielen in dem aktuellen Diskursfeld zum Thema Fluchtmigration Fragen guten Lebens keine prominente Rolle. Gleichwohl bestehen zwischen diesen Themen wichtige Verbindungen. Die Chancen auf ein gutes Leben sind weltweit ungleich verteilt: Den ihre Heimatländer verlassenden und an den europäischen Mittelmeerküsten strandenden Flüchtenden bleibt ein gutes Leben verwehrt. Die reichen Industrienationen tragen Verantwortung für diese asymmetrische Chancenstruktur sowie für die nicht-nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise in den „entwickelten“ Hochproduktivitäts- und –konsumgesellschaften: „fossiler Kapitalismus“, Auslagerung schmutziger Industrien, Export von Rückständen der industriellen Produktions- und Konsumweise in ärmere Weltregionen.

All diese Phänomene und Zusammenhänge lassen sich nun in einem Diskursstrang zusammenbinden, der die massiven sozialen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen, Umweltbedingungen und Lebenschancen auf den Begriff bringt bzw. in die Frage nach der globalen Gerechtigkeit fasst. Ein wichtiges, zugleich kritisch-analytisches wie auch an alltägliche Erfahrungswelten der Menschen in reichen Ländern wie Deutschland anschlussfähiges Konzept in diesem Zusammenhang ist das der „imperialen Lebensweise“.

Für die soziale Wirksamkeit dieser Diskurstriangulation – zwischen gutem Leben, „imperialer Lebensweise“ und globaler Gerechtigkeit – ist von entscheidender Bedeutung, dass die aktuelle Fluchtmigration einen äußerst konkreten Bezugspunkt und Kristallisationskern derselben bietet. Die soziale Tatsache der Fluchtmigration zeichnet sich durch ihre Sichtbarkeit und ihre „Körperlichkeit“ aus. Die Präsenz der Geflüchteten bietet die Chance, dem Problem der globalen Gerechtigkeit gleichsam „ein Gesicht“ – bzw. viele Gesichter – zu geben und die Zurechnungspraktiken diskursiv zu verschieben.

Allerdings bräuchte es für eine entsprechende Diskursverschiebung machtvolle Diskursakteure. Es bedürfte darüber hinaus eines aktiv-strategischen diskurspolitischen Einsatzes aus den Zentren der institutionalisierten Politik, um die oben angedeutete Erzähllinie öffentlich stark zu machen: Die aktuelle Fluchtmigration ist ein Ausweis und Effekt globaler Ungerechtigkeiten; die Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen und die Bekämpfung der Fluchtursachen ist eine Frage von erfolgreichen Politiken der Nachhaltigkeit; deren Voraussetzung wiederum aber ist die gesellschaftliche Verständigung über eine verallgemeinerungsfähige Konzeption des guten Lebens.

**These 4: Nachhaltigkeitskommunikation kann vom Erfolg anderer Diskurse lernen – beispielsweise bietet der Diskurs zur Rentensicherung Ansätze dafür, wie die abstrakte normative Idee der Generationengerechtigkeit kommunikative und politische Wirkung entfaltet.**

Fiskalische Nachhaltigkeit von Sozialversicherungshaushalten, sprich eines langfristigen Ausgleichs von Ausgaben und Einnahmen, ist lange vor der Finanzkrise zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung geworden. Besondere Prominenz hat diese Diskussion im Feld der Alterssicherung erlangt. In den 1990er Jahren konnte die finanzielle Krise der gesetzlichen Rentenversicherung politisch plausibilisiert werden. Der Generationenvertrag wurde strukturell in Gefahr gesehen – und gefragt war seine nachhaltige Stabilisierung durch Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesem Kontext wurde „Nachhaltigkeit“ zu einem stehenden Begriff der sozialpolitischen Reformdebatte. Die feldspezifische Operationalisierung desselben lief über die Konstruktion eines sozial-politisch sicherzustellenden Verhältnisses der „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“. Die entsprechenden Diskurse haben allerdings zur weithin geteilten Problematisierung des bestehenden, auf dem Umlageverfahren basierenden, Rentenversicherungssystems und zur Legitimierung eines teilweisen Umstiegs auf das Kapitaldeckungsverfahren beigetragen.

Für die politische Resonanz des Diskurses zur nachhaltigen Rentenpolitik war von Bedeutung, dass es gelang, die Funktionsfähigkeit des Umlageverfahrens zu moralisieren und damit das bestehende Alterssicherungssystem normativ in Frage zu stellen. Hierfür war der Rekurs auf den biologisch konnotierten und lebensweltlich in hohem Maße anschlussfähigen Begriff der Generation sowie insbesondere auf das normative Ideal der Generationengerechtigkeit als zentrales Diskursfragment entscheidend. Die Idee des Generationenvertrags lebt davon, dass Nachhaltigkeit hier ein „menschliches Antlitz“ bekommt – und vermeintlich oder tatsächlich nicht-nachhaltige Verhältnisse gruppenspezifisch adressiert werden können. Mit dem Rückgriff auf das Konzept der Generationengerechtigkeit wurde das Verursacherprinzip sozialpolitisch angewandt und suggeriert, dass ältere Menschen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten sollten, da sie keinen angemessenen Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages geleistet hätten.

Eine „Politik der Nachhaltigkeit“, die „Erneuerung des Generationenvertrags“ und die Umstellung von klassischer Verteilungsgerechtigkeit auf die zukunftssträchtiger erscheinende „Generationengerechtigkeit“ lassen sich als die diskursiven Einfallstore für eine regulative und wirksame sozialpolitische Intervention hin zur privaten Altersvorsorge identifizieren. Durch die „Humanisierung“ der sozialpolitischen Problematik in Gestalt ihrer Projektion auf ein alltagsweltlich nachvollziehbares „Generationenproblem“, durch die Konstruktion einer homogenen Generationeneinheit der „Alten“ konnte eine generalisierte öffentliche Problemwahrnehmung hergestellt werden, die sich als äußerst politikwirksam erwies.

Solche handlungssteuernden Effekte könnte man sich in der Klimaschutz- oder Ressourcenschonungspolitik nur wünschen – wo sie aber nicht nur an anders gelagerten, Nachhaltigkeit als Kostenfaktor wahrnehmenden Unternehmensinteressen scheitert, sondern auch an einer Alltagspraxis, für die der persönliche Nutzen von Umweltschutz weit weniger unmittelbar erscheint als jener von soliden Staatsfinanzen oder einer sicheren Rente. Diskurspolitisch bietet es sich hier an, in einem „vermenschlichten“ Diskurs die im globalen und intertemporalen Maßstab ungerechten Verteilungseffekte einer „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“ stärker zum Thema zu machen.

## Summary

Although the idea of sustainability has been increasingly institutionalized over the last 30 years, its abstract goals failed to take root in people's everyday thinking and doing. On a first glance, discourses on the good life seem to offer promising opportunities for strengthening public awareness of sustainability issues. Questions about a good or a flourishing life concern all human beings, the discourses attract public attention and their subject matter is fundamental for the sustainability discourse: the direction of social progress. Nonetheless, good-life discourses also bear risks for sustainability policy. They address lifestyle issues focusing on the currently living individuals in the wealthy societies. Firstly, this can conflict with the long-term sustainability perspective including all human beings. Secondly, it might be objected that lifestyle questions should not concern governmental activities.

Building on the results of an analysis of good-life discourses (Pissarskoi et al. 2017), this report investigates in how far good-life discourses can increase public awareness of sustainability politics. Firstly, we describe a selection of relevant challenges of the sustainability politics. We then analyse their relationship to the good-life discourses. Finally, we consider two further, non-environmentally motivated but publicly prominent discourses – on refugees and migration and on old-age pension systems. We analyse them with regard to whether good-life discourses could bridge these publicly resonant debates with the goals of sustainable development.

We would like to sum up the main results of the analyses in four claims:

**Thesis 1: Concepts of a good life can provide orientation for decision-making with regard to sustainability challenges – however, only if the concepts of a good life comply with the principles of global and intergenerational justice.**

Sustainability policy is morally justified by principles of intergenerational and global justice. Good-life discourses introduce a further normative idea into the public debates: Politics should aim to enable everybody to realize his or her own conception of a good life. This idea can provide an additional justification for transformative politics, i.e. politics aiming at a change of individual's lifestyles and behavioural patterns. However, public communication of the concept "good life" seems to run into a dilemma from the point of view of environmental and sustainability politics. If the specification of what a good life consists in remains open any kind of political interest group can (mis-)use the concept. If, on the contrary, political stakeholders try to specify its content by excluding certain values (e.g. materialism) from the notion of a good life, they risk being accused of paternalism.

However, sustainability communication does not have to run into this dilemma. Therefore, notions of a good life should be linked to conceptions of justice: sustainability policy aims at enabling a good life for all without violating the principles of intergenerational and global justice. Such conceptions of a good life cannot any more be adjusted at will: Attitudes – like material lifestyles – are not part of a good life if they are not compatible with principles of justice. Politics promoting such thick concepts of a good life does not succumb to the objection of being paternalistic. For it derives its moral legitimation from the principles of global and intergenerational justice and its juridical legitimation from international, political agreements.

**Thesis 2: Good-life discourses enable new narratives which could support public communication of sustainability topics – for example by means of new "discourse figures" like "responsible happiness".**

Environmental communication can develop discursive figures and narratives that emphasize normative principles of sustainability and its inherent values (solidarity, social belonging, etc.) like for example "sustainable happiness", "solidary happiness" or "responsible good life".

Firstly, sustainability issues can be introduced into the good-life discourses thereby. For instance, happiness discourses provide the chance to promote ideas like “sustainable happiness” by the means of appropriate discursive figures and narratives and to emphasize in which way sustainability politics can contribute to a happy life.

Secondly, discursive figures can “breathe life” into the abstract goals of sustainability politics. The challenge of environmental politics to keep the so-called “planetary boundaries” illustrates this. Communicative figures expressing and visualizing the idea of a “good” or a “happy life within the planetary boundaries” can connect the abstract ecological systems with the daily life of lay persons. Therefore, narratives illustrating how a good or happy life in compliance with ecological restrictions could be developed and publicly communicated. Moreover, good-life discourses support the development and communication of personified discourse figures: People living in the future, as human beings who also have their wants, needs, perceptions, and emotions.

**Thesis 3: Conceptions of a good life can serve as a communicative bridge between prominent discourses – as for instance on migration – and sustainability goals.**

Current discourses on the so-called “refugee crisis” provide an example for politically resonant discourses where questions of a good life advance into the core of the debate and which are compatible with sustainability semantics on the same time. In fact, issues of a good life do not play a prominent role in these discourses currently. Nevertheless, these subjects possess important connections. Opportunities for a good life are globally unequally distributed: Refugees leaving their homelands and stranding on the European Mediterranean coasts are denied an opportunity to lead a good life. Wealthy industrialized countries are, in turn, responsible for this asymmetrical structure of opportunities. Moreover, due to an externalization of dirty industries, export of industrial production and consumption residues into poorer regions of the world the so-called “developed” high productivity and consumption societies continue keeping this non-sustainable “fossil capitalism”.

All of these phenomena and relationships can be merged in one discourse line under the subject of global justice that points out the massive social inequalities in opportunities for a good life, working and environmental conditions. An important and analytically critical concept that can be connected to the everyday experiences of people in rich countries such as Germany is the concept of “Imperial Lifestyles”.

In order for this discourse triangulation – between conceptions of a good Life, “Imperial Lifestyles” and global justice – to gain societal impact it is basically important that the current migration waves provide a concrete reference and crystallization point. The social fact of forced migration is characterized by its visibility and “physicality”. The presence of refugees offers the chance to give “a face” – or rather many faces – to the problem of global justice and to discursively shift the practice of liability.

However, a discourse shift needs powerful discourse agents. Moreover, there is the need for an actively strategical, discursive engagement of political stakeholders from the centres of institutionalized politics in order to support the outlined narrative. The current migration waves provide evidence for the global injustices and are their outcomes; in order to cope with the resulting societal challenges and to eradicate the causes of flight and migration, however, successful sustainability politics is required. Therefore, in turn, a societal agreement on a generalizable conception of a good life is needed.

**Thesis 4: Communication of sustainability politics can learn from the success of other discourses – for instance the discourse on pension’s security provides examples for how the abstract idea of intergenerational justice can attain political efficacy.**

Fiscal sustainability of social insurance budgets, namely a long-term balance of its incomes and expenditures, has been a topic of political debates long time before the financial crisis. The discussion gained specific public attention in the field of old-age pension assurances. In the 1990s, the idea of a

financial crisis of public pension systems got political credibility. The intergenerational contract was considered as structurally endangered and the question arose how it could be adapted to the changed societal conditions in order to be sustainably stabilized. In this context, “sustainability” became a term that referred to the debate about social-political reforms. Within this field, it was operationalized by a construction of a relationship of “justice between generations”, a relationship that had to be social-politically secured. However, the corresponding discourses brought forward critique of the existing public pension system which incorporated the pay-as-you-go mechanism, and they contributed to the legitimization of the partial introduction of the funding principle into the system of pension insurance.

The political resonance of the discourse on sustainable pension systems was triggered by the fact that the stability of the pay-as-you-go mechanism was moralized and that the existing old-age security system was normatively objected. A decisive role played the reference to the concept “generation” which entails biological connotations and is closely connected to the common life and, notably, to the normative ideal of intergenerational justice. The idea of an intergenerational contract comes into life by attributing the abstract notion of sustainability a „human face“ – and it allows relating non-sustainable conditions, may they be pretended or actual, to specific social groups. By the reference to the concept of intergenerational justice, the polluter-pays-principle was applied to social politics pretending that the older people ought to contribute to the public welfare since they did not contribute enough for fulfilling the intergenerational contract.

A “politics of sustainability”, the “renewal of the intergenerational contract” and the shift from the usual distributional justice to the more promising “intergenerational justice” can be identified as discursive gateways for a regulative and effective social-political intervention directed at an establishment of private old-age provision. A broad public problem awareness was created that turned out to be politically very effective due to a “humanization” of a social-political problem by the means of its projection on an easily understandable “problem between generations”, supported by a construction of a homogenous generational entity of the “old ones”.

Regarding climate change or resources protection politics we can only hope for such forceful effects. In these areas, they are failing not only because of business interests which perceive sustainability as a cost factor but also due to prevalent lifestyles for which the individual benefits from environmental protection appear less immediately than the advantages from solid state finances or from a secure pension. A solution could be to address globally and intertemporally unjust effects of a “politics of non-sustainability” by a stronger “humanized” discourse.

# 1 Einleitung

## Hintergrund und Zielsetzung

Auch wenn die Idee der Nachhaltigkeit in den letzten 30 Jahren immer stärker politisch institutionalisiert wurde, kann sie mit ihren abstrakten Zielen im alltäglichen Tun und Denken der Menschen bislang nicht richtig Fuß fassen. Die Leitidee der starken Nachhaltigkeit spielt für einen Großteil der Gesellschaft keine Rolle. Dies zu ändern, stellt eine strategische Herausforderung gegenwärtiger Nachhaltigkeitspolitik dar.

Um die öffentliche Resonanz der Nachhaltigkeitsthemen zu stärken, hierfür scheinen wiederum Diskurse zum guten Leben auf den ersten Blick gut geeignet zu sein. Inhaltlich hat die Frage danach, was gutes Leben (heute) ausmacht, viel für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik zu bieten. Beispielsweise könnten die derzeit lebhaft geführten Diskurse zum guten Leben dabei helfen, vorherrschende Wohlfahrtsentwürfe, die sich auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und des materiellen Wohlstands konzentrieren, sowohl auf individueller als auch politischer Ebene durch zukunftsfähigere Konzepte abzulösen. Zudem braucht die Nachhaltigkeitspolitik eine Vorstellung davon, was gutes Leben ausmacht, denn ihr geht es letztlich darum, das gute Leben möglichst aller zu ermöglichen. Und auch von der Art und Weise, wie über das „gute Leben“ gesprochen und gestritten wird, kann die Nachhaltigkeitspolitik vom „guten Leben“ lernen: Während das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung sich schwer tut, in allgemeine politische Debatten Eingang zu finden, ziehen Debatten rund um Fragen guten Lebens öffentliche Aufmerksamkeit auf sich: beispielsweise der Glücksdiskurs, Postwachstumsdebatten aber auch politische Prozesse wie die Beyond-GDP-Diskussion in der EU oder der im Jahr 2015 stattgefundenen Kanzleramtsdialog „gut leben“ in Deutschland. Schließlich erfordert gesellschaftlicher Wandel hin zu nachhaltigen Lebensweisen, dass zahlreiche Alltagsroutinen, Gewohnheiten, Verhaltensweisen verändert werden. Letztere sind allerdings eng verknüpft mit den etablierten Vorstellungen dessen, was ein gutes Leben ausmacht (Winter 2000, Welzer 2013). Und die gegenwärtigen Diskurse zum guten Leben bilden eine Plattform, um die bestehenden Paradigmen kritisch zu diskutieren. Daher erscheint es vielversprechend, die Diskurse zum guten Leben in die politischen Nachhaltigkeitsbemühungen einzubeziehen.

Allerdings gibt es auch Einwände gegen zu starke Nähe der Umweltpolitik zu Diskursen guten Lebens: Dort gehe es um Fragen individueller Lebensführung im Hier und Jetzt, was zum einen mit der langfristigen und alle Menschen einbeziehenden Perspektive der Nachhaltigkeitspolitik in Konflikt geraten kann und zum anderen gar nicht Gegenstand staatlichen Handelns sein sollte.

Ziel dieses Textes ist es, die Anknüpfungspunkte und Synergiepotenziale zwischen Diskursen zum guten Leben und der Nachhaltigkeitspolitik zu ermitteln und zu erörtern, ob und, wenn ja, wie, Diskurse zum guten Leben die öffentliche Wahrnehmung der Nachhaltigkeit stärken können.

Die Analysen in diesem Bericht bauen wesentlich auf einer Analyse des Diskurses zum guten Leben auf (vgl. Pissarskoi et al. i.E.). Dort wurden drei Diskurskomplexe (im Folgenden bezeichnen wir sie als „Teildiskurse zum guten Leben“) so ausgewählt, dass sie eine große Bandbreite von beteiligten bzw. den Diskurs prägender Akteursgruppen und sowohl nationale als auch internationale Perspektiven einschließen:

1. Postwachstum und Degrowth (als zivilgesellschaftlich geprägter Diskurs);
2. Beyond-GDP und Enquete-Kommission (als von der politisch-institutionellen Ebene vorangetriebener Diskurs)
3. Diskurs über Glück als Ziel staatlichen Handelns (internationaler, insbesondere im angelsächsischen Raum verankerter, nicht-ökologisch motivierter Diskurs).

Die drei Teildiskurse zum guten Leben wurden im Hinblick auf folgende Kriterien analysiert:

- ▶ Gehalt der innerhalb der jeweiligen Auffassungen guten Lebens;
- ▶ An dem Teildiskurs beteiligte Akteure;
- ▶ Bezüge des jeweiligen Teildiskurses zur politischen Ordnung.

Diese Arbeiten haben gezeigt, dass die gegenwärtigen Debatten zum guten Leben auf unterschiedlichen Abstraktheitsniveaus (von wissenschaftlich-theoretischen Debatten über den Gehalt von verschiedenen Begriffen vom guten Leben, über technische Debatten über die Operationalisierung dieser Konzeptionen auf politischer Ebene bis zur Suche nach Beispielen für Alltagspraktiken, die das Leben besser bzw. glücklicher machen), in verschiedenen gesellschaftlichen Arenen (Wissenschaft, politische Verwaltung, Zivilgesellschaft) und mit Beteiligung nahezu aller politischer Richtungen geführt werden (Pissarskoi et al. i.E.).

Aufbauend auf diesen Arbeiten haben wir im zweiten Arbeitsschritt – dessen Ergebnisse in diesem Bericht dargestellt werden – die Leitfrage erörtert, ob Diskurse zum guten Leben eine Art Brücke darstellen können, die es erlaubt, abstrakte Ziele der Nachhaltigkeitspolitik mit den unmittelbaren Belangen, Interessen, Anliegen, Sorgen etc. der Bürger/innen zu verbinden. Hierbei haben wir zum einen das Verhältnis zwischen Diskursen zum guten Leben und ausgewählten Herausforderungen aktueller Nachhaltigkeitspolitik untersucht (Abschnitt 2.3). Zum anderen haben wir den Blick außerhalb von umweltpolitisch motivierten hin zu zwei öffentlich prominenten Diskursen gewendet, nämlich dem Diskurs um Fluchtmigration und den um die Erhaltung von Alterssicherungssystemen (Abschnitt 3). Hierbei haben wir untersucht, ob Diskurse zum guten Leben eine kommunikative Brücke zwischen diesen öffentlich resonanten Debatten und Nachhaltigkeitsthemen darstellen können.

Folgende Fragestellungen standen bei den Analysen in diesem Arbeitsschritt im Vordergrund:

- ▶ Welche Chancen und Ansatzpunkte bietet eine auf die Lebensqualität orientierte Politik für eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik?
- ▶ Welche Risiken stellt die Hinwendung zu einer auf individuelle Lebensqualität orientierten Politik für eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik dar?
- ▶ Wie kann verhindert werden, dass der Diskurs zum guten Leben die Ambitionen des Leitbildes Nachhaltigkeit verdrängt oder verwässert?
- ▶ Lässt sich mit der politischen Hinwendung zu Fragen des guten Lebens die „emotionale“ bzw. kommunikative Lücke, die das zunächst abstrakte Leitbild der Nachhaltigkeit aufweist, füllen, weil dieser Zugang näher an der Lebenswelt der Menschen ist?

## 1.1 Aufbau und Vorgehen

Die Leitfrage dieses Arbeitspaketes ist metaphorisch formuliert: Stellen die Diskurse zum guten Leben eine „Brücke“ zwischen einer ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik und dem Alltag nicht-umweltpolitisch motivierter Bürger/innen dar? Die Metapher der Brücke kann auf zwei Arten interpretiert werden. Erstens kann damit gemeint sein, dass in die Diskurse zum guten Leben, an denen auch nicht-umweltpolitisch motivierte Bürger/innen teilnehmen, auch Themen der Nachhaltigkeitspolitik Eingang finden bzw. finden können. Zweitens kann damit gemeint sein, dass Diskurse zum guten Leben sich dazu eignen, um Aspekte der Nachhaltigkeit in nicht-umweltpolitische aber öffentlich resonante Diskurse einzubringen. In diesem Arbeitspaket sind wir beiden Interpretationsmöglichkeiten nachgegangen und sie in folgenden Arbeitsschritten analysiert:

1. Zuerst haben wir einige zentrale Herausforderungen aktueller Nachhaltigkeitspolitik identifiziert.
2. Im zweiten Schritt haben wir untersucht, inwieweit diese Themen innerhalb der Diskurse zum guten Leben adressiert bzw. thematisiert werden bzw. werden können.
3. Drittens haben wir am Beispiel von zwei nicht-umweltpolitisch motivierten und öffentlich resonanten Diskursen untersucht, welche Rolle Auffassungen guten Lebens darin spielen und ob sie eine Verbindung zu Nachhaltigkeitsthemen erlauben.

4. Schließlich haben wir die in den Arbeitsschritten zwei und drei herausgearbeiteten Synergien zwischen Diskursen zum guten Leben und den Themen der Nachhaltigkeitspolitik daraufhin analysiert, welche Chancen für die umweltpolitische Kommunikation sich daraus ergeben und welche Risiken damit verbunden sind.

Nachfolgend beschreiben wir, wie die einzelnen Arbeitsschritte methodisch bearbeitet wurden.

### **Schritt 1: Aktuelle Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik**

Um die Spannungsfelder und Synergiepotentiale zwischen Diskursen zum guten Leben und der aktuellen Nachhaltigkeitspolitik zu analysieren, haben wir im ersten Schritt ausgewählte zentrale Herausforderungen der gegenwärtigen Nachhaltigkeitspolitik identifiziert. In Abschnitt 1.2 stellen wir diese Herausforderungen vor und systematisieren sie anhand von zwei Dimensionen: politische Gestaltungsdimension (Abschnitt 1.2.1) sowie inhaltliche Dimension (Abschnitt 1.2.2).

Die Auswahl der zentralen Herausforderungen basiert zum einen auf einer Auswertung der aktuellen Strategieprozesse im Rahmen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik (s. Abschnitt 1.2 zur Auflistung der ausgewerteten Dokumente) und zum anderen auf den im Rahmen von in diesem Forschungsvorhaben erfolgten Analysen des gesellschaftlichen und staatlichen Strukturwandels (Heinrichs et al. i.E.).

### **Schritt 2: Diskurse zum guten Leben und Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik**

Im darauf folgenden Arbeitsschritt haben wir untersucht, welche inhaltlichen Bezüge es zwischen den identifizierten Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik und den betrachteten Teildiskursen zum guten Leben gibt. Hierzu haben wir erstens die Teildiskurse daraufhin ausgewertet, ob in ihnen die einzelnen Herausforderungen direkt adressiert oder zumindest diskutiert werden. Zweitens haben wir diese Teildiskurse im Hinblick auf folgende Fragen analysiert:

- ▶ Sind die in den Teildiskursen jeweils verhandelten Auffassungen guten Lebens für die jeweiligen Herausforderungen relevant?
- ▶ Welche Inhalte bzw. Argumente können sie zum Umgang mit den Herausforderungen beitragen?

Die Ergebnisse dieses Abschnittes basieren auf einer Auswertung der zuvor erfolgten Diskursanalyse (und des darin herangezogenen Literaturkorpus, Pissarskoi et al. i.E.) im Hinblick auf die hier genannten Fragen. In Abschnitt 0 erörtern wir die Chancen und Risiken aus den Diskursen zum guten Leben für die Nachhaltigkeitspolitik auf einer generellen Ebene. Darin stellen wir erstens dar, dass die innerhalb der Diskurse zum guten Leben entwickelten Auffassungen guten Lebens als Leitbilder für die Nachhaltigkeitspolitik fungieren können. Wir erläutern zweitens, welche Gefahr aus der Vagheit der Begriffe des guten Lebens resultiert. Und drittens präsentieren wir eine Möglichkeit, um dieser Gefahr vorzubeugen. In Abschnitt 2.3 konkretisieren wir diese Überlegungen anhand der nachhaltigkeitspolitischen Herausforderungen, die im ersten Schritt identifiziert wurden. Abschnitt 2.4 fokussiert wiederum auf die Frage, ob und wie Nachhaltigkeitsthemen in die einzelnen Teildiskurse zum guten Leben eingebracht werden können.

### **Schritt 3: Diskurse zum guten Leben als Verbindung zu nicht-umweltpolitischen Diskursen**

Im dritten Arbeitsschritt haben wir außerhalb des direkten umweltpolitischen Themenbereiches stattfindende gesellschaftliche Diskurse, die auf eine hohe öffentliche Resonanz stoßen, in die Analyse einbezogen. Hierbei haben wir die Frage diskutiert, ob Diskurse zum guten Leben es erlauben würden, Themen der Nachhaltigkeit in diese in der Öffentlichkeit stark präsenten Diskurse einzubinden, und ob sie in diesem Sinne eine kommunikative Brücke darstellen können.

Für die Untersuchung dieser Frage haben wir zum einen einen politisch wirkmächtigen Diskurs herangezogen, welcher auf Grund seiner gesellschaftlichen Relevanz mit einer konstanten medialen Aufmerksamkeit zu rechnen hat, selbst wenn diese nicht permanent auftritt. Zum anderen haben wir nach einem aktuell (2015/2016) im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Diskurs gesucht. Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der Diskurse war eine vorläufige Einschätzung der Bearbeiter/innen, dass die öffentlich resonanten, nicht-umweltpolitisch motivierten Diskurse prinzipiell mit den Themen bzw. Belangen der Nachhaltigkeitspolitik etwas zu tun haben. Schließlich spielten auch die Vorarbeiten bzw. wissenschaftliche Beschäftigungsfelder der Bearbeiter/innen für die Auswahl der Diskurse eine Rolle. So sind für die Analyse in diesem Arbeitsschritt erstens ein sozialpolitischer, genauer der rentenpolitische Diskurs zur Sicherung der Altersversorgung, und zweitens der aktuell stattfindende Diskurs zur Fluchtmigration ausgewählt worden.

Dieser Abschnitt stellt eine von Prof. Stephan Lessenich erstellte Expertise dar. Aufbauend auf den Arbeiten in seinen Forschungsschwerpunkten zu Soziologie des Alterns, politischer Soziologie sowie gesellschaftlicher Transformation analysiert er die Frage, welche Themen bzw. andere diskursive Elemente kommunikative Brückenschläge zwischen dem Nachhaltigkeitsdiskurs sowie den beiden nicht-umweltpolitisch motivierten und gesellschaftlich resonanten Diskursen darstellen können.

Abschnitt 3.2 präsentiert die Ergebnisse bezüglich der Wechselwirkung zwischen dem rentenpolitischen Diskurs und dem zu Nachhaltigkeit. Dabei zeigen wir auf, dass der im Nachhaltigkeitsdiskurs verankerte normative Begriff der Generationengerechtigkeit eine kommunikativ bedeutsame und politikwirksame Rolle im rentenpolitischen Diskurs eingenommen hat. Abschnitt 3.3 wendet sich der Beziehung der Diskurse zu Fluchtmigration zu Nachhaltigkeitsthemen zu. Dort entwickeln wir Vorschläge dafür, wie Diskurse zum guten Leben und die ihnen entnommenen diskursiven Figuren einen normativen Pfeiler der Nachhaltigkeitsdebatte – globale Gerechtigkeit – im Rahmen der Diskurse zur Fluchtmigration mit Leben füllen können.

#### **Schritt 4: Potentiale und Risiken für die umweltpolitische Kommunikation**

Aufbauend auf den herausgearbeiteten Chancen, die Diskurse zum guten Leben für das Einbringen der Nachhaltigkeitsthemen in gesellschaftlich resonante Diskurse bieten, haben wir schließlich die Fragen untersucht, ob Diskurse zum guten Leben Möglichkeiten dafür bieten, Themen der Nachhaltigkeit weniger abstrakt und ansprechender zu kommunizieren und welche Risiken für die Ziele der Nachhaltigkeitspolitik damit verbunden sein könnten. Hierbei haben wir die Frage erörtert, wie Konzepte guten Lebens die Kommunikation einzelner Themen der Nachhaltigkeitspolitik beleben können und beispielhafte Vorschläge für kommunikative Elemente erarbeitet.

Die Ergebnisse dieses Abschnittes basieren erstens auf Auswertungen der Literatur zu den jeweiligen Teildiskursen hinsichtlich der Frage, welche Chancen und Risiken in Bezug auf die öffentliche Kommunikation der dort vertretenen Auffassungen guten Lebens diskutiert werden. Zweitens stellt die Diskussion der zweiten Frage eine Anwendung der bis dahin erfolgten Analysen auf zwei Themen der Nachhaltigkeitspolitik (Planetare Grenzen sowie Verlagerung von Umweltbelastungen) dar, um Vorschläge für geeignete kommunikative Elemente zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieses Arbeitsschrittes, insbesondere die erarbeiteten Ideen für kommunikative Figuren, finden sich in Abschnitt 2.4 wieder.

### **1.2 Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik im Kontext aktueller Strategieprozesse**

Aktuelle Strategieprozesse der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik stellen einen zentralen Konvergenzpunkt für politische Schwerpunktsetzungen dar und bieten einen Orientierungsrahmen für die Bewertung von Diskursen zum Guten Leben. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2002, 2004, 2008, 2012) ist im Januar 2017 umfassend überarbeitet worden (Bundesregierung 2017). Dabei wurde sie grundlegend neu ausgerichtet und an die im September 2015 verabschiedete Agenda

2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) angepasst. Vor Kurzem wurde zudem das Integrierte Umweltprogramm 2030 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB 2016) veröffentlicht. Die im Folgenden beschriebenen Herausforderungen basieren auf der Untersuchung dieser Prozesse und verbundener Diskussionen im Rahmen dieses Vorhabens und anderer Vorhaben von adelphi im Auftrag des Umweltbundesamts.<sup>1</sup> Sie sollten nicht als umfassende Synthese der vielfältigen Herausforderungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik interpretiert werden, sondern stellen eine bewusste Zuspitzung für den hier vorliegenden Zweck der Analyse von Diskursen zum guten Leben für die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken dar.

Grundsätzlich steht die gegenwärtige Nachhaltigkeitspolitik vor der Herausforderung, dass die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen, wie sie beispielsweise in den SDGs formuliert wurden (Vereinte Nationen 2015, Bundesregierung 2017) einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel erfordert (Bundesregierung 2017; S. 16). Hierfür hat sich der Begriff einer gesellschaftlichen „Transformation“ etabliert: Vereinte Nationen bezeichnen ihre Agenda 2030 als „Transformation unserer Welt“ (Vereinte Nationen 2015, UNSG 2014). In deutschen Diskursen hat sich in den letzten Jahren eine Vielzahl an Akteuren für die verstärkte Entwicklung transformativer Politikansätze ausgesprochen (z. B. Jacob et al. 2015, WBGU 2011) und auch die Bundeskanzlerin verwendet den Begriff, um den Umfang der Veränderungen zu verdeutlichen und spricht von „Transformation wirtschaftlicher Prozesse und des gesellschaftlichen Lebens“ (Bundesregierung 2017; S. 14). Im Umweltressort wird aktuell an der Ausarbeitung eines Konzepts für eine „transformative Umweltpolitik“ gearbeitet (BMUB 2016).

Die sich in Bezug auf solche gesellschaftlichen Transformationsprozesse ergebenden Herausforderungen für die Politik möchten wir in zwei Ebenen einteilen: zum einen auf einer inhaltlichen Ebene und zum anderen auf einer politischen Gestaltungsebene.<sup>2</sup>

### 1.2.1 Politische Gestaltungsebene

Auf der politischen Gestaltungsebene ergeben sich dabei zum einen prozedurale Herausforderungen, um Einfluss auf den gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit zu nehmen. Dabei stellen sich Fragen wie: Wie lassen sich Entwicklungen identifizieren und fördern, die mit den Zielen der Transformation hin zu Nachhaltigkeit im Einklang stehen (vgl. Jacob et al. 2015)? Welche Rahmenbedingungen sind zu schaffen, um Experimente und gesellschaftliche Innovationen für eine Transformation zu ermöglichen?<sup>3</sup> Wie lassen sich etablierte Alternativen zu konventionellen Produktions- und Verhaltensmustern von der Nische in die Breite tragen (vgl. Kny et al. 2015)? Aber auch: Wie können Lebensstile, Produktions- und Konsummuster, die mit den Zielen der Nachhaltigkeit nicht verträglich sind, verändert, verringert oder abgestellt (exnoviert) werden (vgl. Fichter 2010)? Welche kulturellen und psychologischen Mechanismen sind hierbei zu berücksichtigen?

Aus dem programmatischen Anspruch einer transformativen Nachhaltigkeitspolitik ergeben sich weitere prozedurale Herausforderungen. Erstens ist die **Integration von Politikfeldern und -ebenen** zur besseren Bearbeitung komplexer Querschnittsthemen weiterhin eine der zentralen Herausforderungen.

---

<sup>1</sup> Insbesondere „Nachhaltigkeit 2.0 – Modernisierung zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung“ (FKZ 3713 11100); „Planetare Grenzen – Anforderungen an die Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik (FKZ 3714 19 100 0)

<sup>2</sup> Es gibt mindestens eine weitere Ebene der Herausforderungen, nämlich die des gesellschaftlichen und staatlichen Strukturwandels (vgl. Heinrichs et al. i.E.). Da für die Diskussion der Leitfrage dieses Textes – Eignen sich Diskurse zum guten Leben als eine Brücke zwischen abstrakten Themen der Nachhaltigkeitspolitik und dem Alltag von Bürger/innen? – der staatliche Strukturwandel keine unmittelbare Rolle spielt, werden wir diese Dimension in diesem Bericht nicht diskutieren.

<sup>3</sup> Vergleiche hierzu auch die Diskussionen zur Schaffung von Reallaboren und zur Etablierung einer „Kultur des Scheiterns“, beispielsweise bei Schneidewind und Scheck 2013.

rungen von Nachhaltigkeitspolitik. Die Integration sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Dimensionen von Nachhaltigkeit steht gewissermaßen im Zentrum der Nachhaltigkeitsstrategie. Trotz vielfacher Bekenntnis sowie wichtiger Schritte hin zu einer verstärkt integrativen Betrachtungsweise wird Politik- und Verwaltungshandeln, ebenso wie dessen wissenschaftliche Unterfütterung, jedoch bis heute vielfach von sektoralen und monomedialen Zugängen und Strukturen dominiert (SRU 2012, Eckerberg und Nilsson 2013, Lafferty und Hovden 2003).

Neben einer integrierten Betrachtung verschiedener Stoffströme (z. B. in Bezug auf den Gewässerschutz, die Anlagenverordnung und die Meerespolitik, BMUB 2015, SRU 2012) spielt im Kontext einer integrativen Politikgestaltung eine monodirektionale Integration umwelt- und nachhaltigkeitspolitischer Belange in andere Ressorts keine zentrale Rolle mehr. Auch die Identifikation von Anknüpfungspunkten und beidseitigen Wechselwirkungen zwischen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik einerseits und nachhaltigkeitsfremden Politikfeldern andererseits gewinnt an Bedeutung. Gleichzeitig gilt es, der Gefahr einer Schwächung umwelt- und nachhaltigkeitspolitischer Belange durch die Integration anderer Interessen vorzubeugen (BMUB 2015, Büttner und Zahrnt 2015).

Herausforderungen, die sich bei der Integration von Umweltpolitik in andere Politikfelder ergeben, liegen insbesondere darin, Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern (z.B. Umwelt und Wirtschaft, Umwelt und Soziales) und Politikebenen (i.e. Vereinte Nationen, EU, Bund, Länder, Kommunen) mit ihren jeweils eigenen Binnenlogiken und Zielgrößen, nachzuvollziehen und sinnvoll zu bearbeiten. Hinzu tritt die Resilienz historisch gewachsener Strukturen, Mentalitäten und Prozesse mit ihren jeweils eigenen Pfadabhängigkeiten, die ein Umdenken erschweren, ebenso wie die Schwierigkeit der Schaffung und Bereitstellung von Institutionen und Ressourcen, die Austausch und Zusammenarbeit über verschiedene Sektoren und Ressorts hinweg ermöglichen.

Zweitens werden Herausforderungen der gesellschaftlichen **Teilhabe an und der Legitimation von** gegebenenfalls weitreichenden, auf individuelle Lebensstile abzielenden, umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen zu einem immer wichtigeren Thema für die Nachhaltigkeitspolitik. Gesellschaftliche Teilhabe an Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik war unter dem Stichwort Beteiligung bereits seit den 1990er Jahren, insbesondere im Zuge des allgemeinen Wandels von Governement zu Governance (Mayntz 2003), ein wichtiges Element von Nachhaltigkeitspolitik.

Sowohl mit der Erhöhung des Ambitionslevels in Bezug auf umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Zielsetzungen als auch in Bezug auf Beteiligung selbst rückt zudem die Frage der Legitimation von Entscheidungsprozessen und Politikmaßnahmen in den Vordergrund. Herausforderungen bestehen hier in der Schaffung von Transparenz in Beteiligungsprozessen sowie in der prozeduralen Legitimation, insbesondere von auf individuelle Lebensstile abzielenden Maßnahmen, die als Einflussnahme auf die Entfaltungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger gewertet werden können und somit einem im Vergleich zu etablierten Formen politischer Rahmensetzung und Einflussnahme besonderen Legitimationsdruck unterliegen (vgl. Alcántara et al. 2014, Schäfer et al. 2015).

### 1.2.2 Inhaltliche Ebene

Auf der inhaltlichen Ebene lässt sich in diesem Kontext sowohl eine Erweiterung des Themenspektrums von Nachhaltigkeitsstrategien und -politik, als auch eine Erweiterung des geografischen Bezugsrahmens im Sinne einer Stärkung der inter- und transnationalen Dimension von Indikatoren, Zielen und Problemverständnissen konstatieren, die zu neuen Herausforderungen führen.

Aus Umweltperspektive besonders relevant ist hierbei das Konzept der **Planetaren Grenzen**. Explizit in der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda für eine integrierte Umweltpolitik 2030 verankert (Bundesregierung 2017, BMUB 2016), beschreibt es absolute Belastbarkeitsgrenzen des Ökosystems und vermittelt grundlegende Herausforderungen zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Das Konzept der Planetaren Grenzen (Rockström et al. 2009, Steffen et al. 2015) hat der von Meadows et al. (1972) angestoßenen Diskussion über die Belastbarkeitsgrenzen des Erdsystems neuen Aufschwung gegeben. Bereits in den Fortschrittsberichten der Nachhaltigkeitsstrategie 2008 und 2012 wurde die Idee einer absoluten Belastbarkeitsgrenze zur Erhaltung von Lebensgrundlagen in globaler Perspektive in das Nachhaltigkeitsverständnis der Bundesregierung aufgenommen (Bundesregierung 2008; 2012). In der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2017; S. 25) und dem Integrierten Umweltprogramm 2030 (BMUB 2016; S. 24) wird nun erstmals explizit auf das Konzept Bezug genommen. Der von Johan Rockström, Will Steffen und anderen (Rockström et al. 2009, Steffen et al. 2015) entwickelte Ansatz fasst wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse der letzten Jahre zu neun zentralen Ökosystemvariablen zusammen, die die Stabilität des Erdsystemzustands beeinflussen.<sup>4</sup> Für die einzelnen Variablen wurden jeweils vermutete Kippunkte identifiziert, an denen der Erdsystemzustand des Holozäns als Ganzes in Gefahr geraten kann. Unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Unsicherheiten über die genaue Lage der Kippunkte und unter Bezug auf das Vorsorgeprinzip wird zudem ein Sicherheitsabstand definiert. Mittels Grenzwerten wird so ein sicherer Handlungsraum abgesteckt, innerhalb dessen sich eine nachhaltige Entwicklung bewegen muss, um die Stabilität des Erdsystems nicht zu beeinträchtigen (vgl. auch „Leitplanken“-Ansatz des WBGU 2014). Nach aktuellem Forschungsstand wurden bereits vier Planetare Grenzen (Klimawandel, biochemische Stoffströme, Landnutzungsveränderungen und Biosphärenintegrität/biologische Vielfalt) überschritten. Eine Grenze (Versauerung der Ozeane) ist fast erreicht, für zwei weitere Grenzen (atmosphärische Aerosolbelastung, Neue Elemente) wurde noch keine Quantifizierung vorgenommen.<sup>5</sup>

Neben dem Rückbezug auf den Nachhaltigkeitsgedanken und das Vorsorgeprinzip, einer Wiederbelebung der Diskussion von Umwelt- und Belastbarkeitsgrenzen, sowie der Vermittlung eines deutlichen Handlungsdrucks über Win-win-Lösungen hinaus transportiert das Konzept der Planetaren Grenzen zentrale Elemente und Problemstellungen der aktuellen umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Diskussion, die erst in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt sind. Hierzu zählen einerseits eine umfassende Systemperspektive, die auch Konzepte von Resilienz und Vulnerabilität sowie Erkenntnisse aus der Komplexitätsforschung zu Interdependenz und alternativen Systemzuständen mit aufgreift. Andererseits treten mit der inzwischen immer gewisseren Überschreitung einzelner Planetarer Grenzen auch neue Problemstellungen in den Vordergrund, die nicht mehr ausschließlich durch Vermeidungsstrategien zu bewältigen sind, sondern auch Anpassungsmaßnahmen (z. B. im Bereich Klima) und Entscheidungen über potentiell riskante Eingriffe in das Erdsystem (z. B. in Bezug auf Geoengineering) erfordern.

Ebenfalls von Bedeutung ist die Problematik der steigenden **Verlagerung von Umweltbelastungen** ins Ausland. Mit den letzten Fortschrittsberichten der Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2008, 2012, 2016) erfährt das Thema zunehmend stärkere Aufmerksamkeit. Allerdings ist sie im Kontext globalisierter Märkte und begrenzter institutioneller Kapazitäten zur Etablierung internationaler Standards nur schwer steuerbar.

Während sich etliche Umweltbelastungen innerhalb der Industrieländer des Westens in den letzten Jahrzehnten weitgehend stabilisiert haben oder zurückgegangen sind, steigen sie woanders vielfach an – gerade in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern, die Roh- und Verarbeitungsmaterialien in den Westen exportieren. Über den Netto-Materialimport der Industrienationen werden so gleichzei-

---

<sup>4</sup> In der aktuellen Version des Konzeptes (vgl. Steffen et al. 2015) sind folgende Grenzen benannt: Klimawandel, Neue Substanzen und modifizierte Lebensformen, stratosphärischer Ozonabbau, atmosphärische Aerosolbelastung, Versauerung der Ozeane, biochemische Stoffströme (insb. Nitrat und Phosphor), Frischwassernutzung, Landnutzungsveränderungen und Biosphärenintegrität (inkl. funktioneller und genetischer Vielfalt)

<sup>5</sup> Der Teilindikator funktionelle Vielfalt für Biosphärenintegrität ist ebenfalls noch nicht quantifiziert.

tig Umweltbelastungen exportiert bzw. verlagert. Senkungen des direkten, inländischen Ressourcenverbrauchs in der Produktion führen nicht unbedingt zu einer entsprechenden Reduktion von Umweltbelastungen auf globaler Ebene (Schütz et al. 2003; Schoer et al. 2007).

Auch aufgrund von Schwierigkeiten bei der Quantifizierung „versteckter“ Materialströme hat das Thema politisch bisher nur geringe Aufmerksamkeit erfahren (Ahlert et al. 2013). Mit der Entwicklung und Verbreitung geeigneter Methoden und Instrumente, insbesondere von Materialflussanalysen, wie sie auch in der Umweltgesamtrechnung (UGR) des Bundesamtes für Statistik verwendet werden (Schoer et al. 2007), tritt das Phänomen inzwischen jedoch stärker in das Blickfeld politischen Handelns. Seit dem Fortschrittsbericht 2008 wird das Thema im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie behandelt (Bundesregierung 2008). Um das Problem besser abbilden zu können, wurde der Rohstoffproduktivitätsindikator der Strategie 2012 um indirekte Importe erweitert (Bundesregierung 2012a). In der Zwischenzeit wurden – ebenfalls im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie – mehrere Initiativen zur Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards in internationalen Lieferketten, insb. in den Bereichen Textilien, Kakao und Palmöl, vorangetrieben (Bundesregierung 2017). Mit der Neuauflage 2016 sollen neben abiotischen Rohstoffen auch biotische Rohstoffe berücksichtigt werden (ebd.). Auch im Rahmen der Agenda für eine integrierte Umweltpolitik 2030 des BMUB wird eine eingehende Beschäftigung mit dem Thema erwartet.

Neben der konsumbezogenen Allokation von Umweltbelastungen ist gerade im Fall von Deutschland als „Exportnation“ jedoch auch die Betrachtung produktionsseitiger Verlagerungseffekte von Bedeutung. Die Auslagerung umweltrelevanter Produktionsschritte ins Ausland kann die statistische Zählung nationalen Ressourcenverbrauchs senken, ohne jedoch tatsächlich weniger Ressourcen zu verbrauchen. Wird ein Produkt, das aus importierten Zwischenprodukten hergestellt wurde, exportiert, schlägt sich dies nicht in der deutschen Ressourcenverbrauchsstatistik nieder. Das Produkt steigert aber die Wertschöpfung im Inland und erhöht die Ressourcenintensität in den Ländern, aus denen die ressourcenintensiven Zwischenprodukte stammen. (Schütz et al. 2003)<sup>6</sup>.

Um das Problem der Verlagerungen von Umweltbelastungen zu adressieren, bedarf es also vor allem eines anderen Blicks auf Lieferketten. Einerseits geht es um die Herstellung von Transparenz, um die genaue Verteilung und Zusammensetzung produktbezogener Umweltbelastungen nachzuvollziehen; darauf aufbauend aber auch um die Entwicklung von Instrumenten, die eine stärkere Produktverantwortung generieren, sowohl auf Seiten der Produzenten als auch der Konsumenten.

---

<sup>6</sup> Wenn beispielsweise ein deutscher Automobilhersteller Stahl und andere energieintensive Rohstoffe aus China bezieht und die damit produzierten Fahrzeuge nach Thailand exportiert, fällt weder die Umweltbelastung bei der Produktion in Deutschland an, noch ist die Umweltbelastung auf Konsum in Deutschland zurückzuführen. Die zusätzliche Wertschöpfung kommt allerdings dem deutschen Automobilkonzern zugute.

## 2 Diskurse zum guten Leben für die Nachhaltigkeitspolitik nutzen

### 2.1 Einleitung

In diesem Bericht untersuchen wir die Frage, inwieweit Diskurse zum guten Leben dabei behilflich sein können, Nachhaltigkeitsthemen einer breiten Öffentlichkeit, insbesondere nicht-umweltpolitisch motivierten Bürger/innen, zu vermitteln und öffentliche Resonanz zu erzeugen. Der vorherige Abschnitt hat inhaltliche sowie prozedurale Herausforderungen dargestellt, vor denen die aktuelle Nachhaltigkeitspolitik steht. Die Bewältigung der beschriebenen Herausforderungen erfordert, dass die Umweltpolitik ihre bisherigen Leitideen und Praxis einer primär additiven, vorsorgenden, integrierten Umweltpolitik erweitert. Und zwar soll sie auch die Frage adressieren, wie ein umfassender gesellschaftlicher Wandel – mit anderen Worten eine gesellschaftliche Transformation (WBGU 2011) – eingeleitet, zielgerichtet beeinflusst und verstärkt werden kann. Für einen solchen Wandel müssten grundlegende gesellschaftliche Institutionen sowie etablierte gesellschaftliche Werte und Praktiken zielgerichtet verändert werden können.

Hierfür bieten Diskurse zum guten Leben auf den ersten Blick wichtige Anknüpfungspunkte: In Diskursen zum guten Leben werden Konzeptionen dessen diskursiv entwickelt, was der Gegenstand der gesellschaftlichen Entwicklung, des gesellschaftlichen Fortschritts sein soll. Dabei liegt ihr Fokus insbesondere auf den Aspekten, die ein Leben gut und lebenswert machen. (vgl. Pissarskoi et al. i.E.). Die Konzeption einer gesellschaftlichen Entwicklung ist wiederum spätestens seit der Publikation des Brundtland-Berichtes eins der Kernanliegen der Nachhaltigkeitsdebatte, wobei ihr zentraler Fokus auf einer Entwicklung liegt, durch welche Bedürfnisse aller Menschen weltweit und in der Zukunft genügt werden soll. Wenn sich nun Konzepte guten Lebens, die innerhalb einzelner Diskurse entworfen werden, mit den normativen Grundzielen einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang bringen lassen, so liefern diese Diskurse zum guten Leben weitere Aspekte zu einem Leitbild nachhaltiger Entwicklung, nämlich Aspekte, die verdeutlichen, was an einer nachhaltigen Entwicklung gut und lebenswert ist. Damit enthalten Diskurse zum guten Leben auf einer abstrakten Ebene das Potential, den umfassenden gesellschaftlichen Wandel, der für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erforderlich ist, durch Konzeption und Vermittlung attraktiver Zukunftsbilder zu unterstützen.

In diesem Abschnitt analysieren wir dieses Potential und die damit verbundenen Risiken detaillierter. Wir stellen wir zunächst auf einer allgemeinen Ebene dar, worin eine grundsätzliche Chance der Diskurse zum guten Leben – Leitbildorientierung für den gesellschaftlichen Wandel hin zu Nachhaltigkeit – besteht und welches Risiko damit verbunden ist. Wir präsentieren auch einen Vorschlag, diesem Risiko durch Verknüpfung von Auffassungen guten Lebens mit Prinzipien globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit zu entgehen (Abschnitt 2.2). Anschließend gehen wir auf die in Abschnitt 1.2 vorgestellten Herausforderungen ein und erörtern, welche Synergien zwischen den identifizierten Herausforderungen und den Diskursen zum guten Leben bestehen. In Bezug auf die prozeduralen Herausforderungen stellen wir dar, wie die innerhalb der Diskurse zum guten Leben artikulierten Vorstellungen von Governance zu den genannten Herausforderungen in der Politikgestaltung passen (Abschnitt 2.3.2). In Bezug auf inhaltliche Herausforderungen arbeiten wir heraus, ob die jeweiligen Themen innerhalb der von uns betrachteten Diskurse adressiert werden. Dort, wo es nicht der Fall ist, untersuchen wir weiterhin, ob diese Diskurse Gründe enthalten, mit denen für oder gegen die politische Relevanz der Nachhaltigkeitsthemen argumentiert werden kann (Abschnitt 2.3.3).

## 2.2 Konzepte guten Lebens als Leitbilder für die Transformation hin zur Nachhaltigkeit

Diskurse zum guten Leben und darin diskutierte Auffassungen guten Lebens können erstens **zusätzliche Begründungen** dafür liefern, transformative Politik hin zur Nachhaltigkeit umzusetzen, und damit zur normativen Legitimation politischer Maßnahmen beitragen. Zweitens können sie **Orientierung** für die Richtung der transformativen Politik liefern. Gleichwohl liegt diese Affinität zur transformativen Nachhaltigkeitspolitik den Diskursen zum guten Leben nicht per se inne. Vielmehr kommt es auf die innerhalb des jeweiligen Teildiskurses vertretene Auffassung guten Lebens und ihre Kompatibilität mit den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik an.

### Zusätzliche Begründungen für eine transformative Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Auffassungen guten Lebens, wie sie im Postwachstumdiskurs diskutiert werden, erlauben, ein weiteres Argument für einen gesellschaftlichen Wandel vorzubringen. Gewöhnlich wird die Nachhaltigkeitspolitik mit Rückgriff auf Prinzipien intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit begründet (Tremmel 2003, Ekardt 2004, Ott und Döring 2008): Um die Rechte zukünftiger Generationen nicht zu verletzen sowie Prinzipien globaler Gerechtigkeit einzuhalten, soll die Lebens- und Wirtschaftsweise der frühzeitig industrialisierten, wohlhabenden Länder transformiert werden (vgl. WBGU 2011, Schäfer et al. 2015). Argumentationen auf der Basis von abstrakten moralischen Prinzipien reichen allerdings laut einigen Sozialpsycholog/innen nicht aus, um Veränderungen von etablierten Normen, kulturellen Praktiken und Gewohnheiten einzuleiten. Sie seien nicht attraktiv genug (Welzer 2013; S. 64ff.). Argumente für die Nachhaltigkeitstransformation auf der Basis von Auffassungen guten Lebens suchen hingegen zu zeigen, dass die Transformation die Chance bietet, sehr vielen Menschen in den wohlhabenden Ländern ein besseres Leben zu ermöglichen, als sie es in den gegenwärtigen Wachstumsgesellschaften führen. Damit liefern sie einen Grund für die Transformation, welcher die Lebensqualität von Menschen direkt anspricht und zu zeigen sucht, dass die Transformation in ihrem eigenen Interesse liegt.

Entscheidend dafür, dass ein Argument vom guten Leben in einer breiten öffentlichen Debatte überzeugt, ist allerdings die Glaubwürdigkeit der zentralen Prämisse, nämlich dass eine hin zur Nachhaltigkeit transformierte Gesellschaft tatsächlich besseres Leben für sehr viele Menschen bietet. Ihre Glaubwürdigkeit hängt wiederum zum einen von der sachlichen Richtigkeit und zum anderen von ihrer öffentlichen Kommunikation ab. Auf der sachlichen Ebene ist es nötig, zum einen herauszuarbeiten, in welchen Hinsichten das Leben in einer nachhaltigen Gesellschaft besser wird als in der gegenwärtigen, und zum anderen, wer genau, d.h. welche sozialen Gruppen, von den transformierten Lebensweisen profitieren können. Auf der kommunikativen Ebene stellt sich die Aufgabe, die Attraktivität der transformierten Lebensweisen einer breiten Öffentlichkeit möglichst anschaulich darzustellen (s. hierzu auch Abschnitt 2.3.3). Es wäre eine Aufgabe für weitere Forschungsprojekte, entsprechende Untersuchungen vorzunehmen sowie kommunikative Strategien zu erarbeiten.

### Orientierung für die Richtung der Transformation

Indem Auffassungen guten Lebens mit Gehalt gefüllt werden, d.h. indem Kriterien angegeben werden, anhand derer die Lebensqualität beurteilt werden kann, liefern sie auch Orientierung für die Richtung der Transformation sowie der zu transformierenden Bereiche. Mit Gehalt kann eine Auffassung guten Lebens auf unterschiedlichen Abstraktheitsniveaus gefüllt werden. Muraca (2014) nennt beispielsweise eine Liste von abstrakt formulierten Werten, die viele Menschen in wohlhabenden Gesellschaften in einem stärkeren Maß realisieren können sollten, als es gegenwärtig der Fall ist: Kooperation, stärkere Gleichverteilung von Ressourcen und Einkommen, Solidarität, Autonomie und Demokratie

(Muraca 2014; S. 78ff.). Solche Werte liefern die Grundlage dafür, um Visionen oder Leitbilder zu entwerfen. Diese veranschaulichen, wie ein gesellschaftliches Institutionengefüge aussehen könnte, bei dem die Werte besser realisiert werden (z. B. Paech (2012) versucht dies), oder sie stellen dar, wie alltägliche Lebenspraktiken im Einklang mit den Werten gestaltet sein könnten (s. hierzu Beispiele für unterschiedliche Lebenspraktiken in LMd/Kolleg Postwachstum 2015; S. 126ff). Schließlich können (empirisch überprüfbare) Kriterien entwickelt werden, anhand von denen die Lebensqualität beurteilt wird. All diese Elemente eines Diskurses zum guten Leben – Werte, Leitbilder und Visionen, anschauliche Darstellungen von Lebenspraktiken bis hin zu operationalisierten Kriterien – leisten Beiträge zur Orientierung, in welche Richtung die Transformation gestaltet werden sollte.

### **Risiko aus der Offenheit des Begriffs „gutes Leben“: mögliches Dilemma für die Nachhaltigkeitspolitik**

Innerhalb der Diskurse zum guten Leben findet sich ein breites Kontinuum an diskutierten Auffassungen vom guten Leben (Pissarskoi et al. i.E.). Nicht alle von ihnen stehen dabei in Einklang mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

Auf dem einen Extrem steht die Vorstellung, Glücksempfindungen oder Zufriedenheit mit dem Leben zu vergrößern. Diese Auffassung guten Lebens kann in Abhängigkeit davon, wessen Glück bzw. Zufriedenheit berücksichtigt werden soll, unterschiedlich breit interpretiert werden: eine weite Auffassung würde alle empfindungsfähige Wesen heute und in der Zukunft berücksichtigen, eine enge Auffassung würde lediglich gerade lebende Menschen eines Staates in Betracht ziehen. Innerhalb des **Glücksdiskurses** wird vornehmlich eine enge Auffassung guten Lebens vertreten: Es geht um das Glück von gerade lebenden Menschen in einem Nationalstaat (Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.3). Auf der Basis einer solchen, engen Glücksauffassung, können beispielsweise keine Gründe für eine transformative Nachhaltigkeitspolitik vorgebracht werden und sie kann entsprechend keine Orientierung für die Richtung einer transformativen Nachhaltigkeitspolitik liefern. Denn diejenigen Herausforderungen, die durch eine transformative Politik adressiert werden sollen, werden gemäß der engen Glücksauffassung nicht als solche wahrgenommen. Zentrale Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung, wie beispielsweise das Überschreiten Planetarer Grenzen oder die Verlagerung von Umweltbelastungen (vgl. Abschnitt 2.3.3), betreffen das Glücksempfinden hier und jetzt lebender Menschen nicht unmittelbar.

Auf dem anderen Extrem ist die Idee, gutes Leben bestehe darin, die Möglichkeit zu haben, bestimmte Werte in einem ausgewogenen Maße zu realisieren, wobei materiellem Wohlstand eine geringere Relevanz zukommen sollte, als es in den heutigen wohlhabenden Gesellschaften der Fall ist. Eine solche Auffassung guten Lebens wird im **Postwachstumsdiskurs** vertreten. Dort ist darüber hinaus die Gerechtigkeitsüberzeugung breit geteilt, dass gutes Leben allen Menschen weltweit und über Generationen hinweg ermöglicht werden soll. Sie liefert den Grund, an Suffizienz orientierte Auffassungen guten Lebens zu entwickeln und zu realisieren (Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.2). Auf der Basis einer solchen Auffassung guten Lebens – nennen wir sie „weite Suffizienz Auffassung“ – lassen sich wiederum Gründe für eine transformative Nachhaltigkeitspolitik vorbringen.

Gegen eine Verwendung des Begriffes „gutes Leben“ zur Orientierung, Begründung und weiteren Unterstützung transformativer Politik in der öffentlichen Kommunikation spricht allerdings, dass er **vage** ist. Dadurch entsteht das Risiko, dass er in der öffentlichen Kommunikation von machtvollen Akteuren vereinnahmt wird, sodass sich in der breiten Öffentlichkeit Auffassungen guten Lebens, wie beispielsweise die der engen Glücksauffassung, durchsetzen, die mit den Zielen der Nachhaltigkeit konfliktieren. Beziehungsweise ist es möglich, dass dem Begriff „gutes Leben“ ein analoges Schicksal wie dem Begriff „Nachhaltigkeit“ droht: Gutes Leben wird als Ziel von allen Akteuren akzeptiert, jedoch werden in breiten öffentlichen Diskursen diejenigen Aspekte guten Lebens zur Geltung gebracht, die den eigenen Interessen der jeweiligen Akteure am meisten dienen. Es kann also passieren, dass sich Auffassungen guten Lebens durchsetzen, in denen materialistischen Werten hohes Gewicht zugemessen wird (so

wie sich Konzepte der schwachen Nachhaltigkeit im Gegensatz zu Konzepten der starken Nachhaltigkeit durchgesetzt haben).

Die Verwendung des Begriffes „gutes Leben“ für die politische Kommunikation scheint somit in ein Dilemma abzugleiten: Wird die inhaltliche Konzeption dessen, was gutes Leben ausmacht, offengelassen, kann der Begriff mit jeglichen gesellschaftlichen Partikularinteressen in Einklang gebracht werden (alle gesellschaftliche Gruppen tragen ja in gewissem Maße etwas zum guten Leben bei) und läuft Gefahr, etablierten und machtvollen Akteuren am meisten zu nützen. Wird hingegen von staatlichen Akteuren versucht, den Gehalt dessen, was gutes Leben ausmacht, zu substantiieren, indem bestimmte Werthaltungen aus der Konzeption ausgeschlossen werden, setzen sich staatliche Akteure dem Vorwurf des Paternalismus aus. Denn es stellt sich die Frage, was staatliche Akteure darin legitimiert, bestimmte Werthaltungen auszugrenzen.

### **Ausweg aus dem Dilemma: gutes Leben mit Gerechtigkeit verknüpfen**

Um diesem Dilemma zu entgehen, bietet es sich an, Auffassungen guten Lebens mit Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit zu verknüpfen. Das bedeutet, nur diejenigen Konzepte guten Lebens für die Entwicklung von Leitbildern nachhaltiger Entwicklung zu verwenden, in denen die moralischen Grundprinzipien der Nachhaltigkeitspolitik (intergenerationelle und globale Gerechtigkeit) akzeptiert werden. In Bezug auf diese beiden Gerechtigkeitsprinzipien (welche fordern, dass zumindest Grundrechte von allen Menschen weltweit sowie von in der Zukunft lebenden Menschen gewahrt werden) kann ein normativer Gerechtigkeitsrahmen definiert werden, innerhalb dessen die Lebensqualität gesteigert werden soll. Gesellschaftliche Diskurse zum guten Leben entwickeln nun Auffassungen darüber, wie die Lebensqualität für die meisten Menschen – innerhalb des Gerechtigkeitsrahmens – gesteigert werden kann, schlagen bzw. leben dabei attraktive und an den Lebensalltag gewöhnlicher Menschen anschlussfähige Verhaltenspraktiken oder gar Lebensweisen vor. Dadurch tragen sie dazu bei, dass eine abstrakt begründete Nachhaltigkeitspolitik und die ihnen zugrunde liegenden moralischen Prinzipien faktisch akzeptiert und legitimiert werden.

Von den in Pissarskoi et al. (i.E.) analysierten Diskursen zum guten Leben sind prinzipiell alle dazu geeignet, Auffassungen guten Lebens innerhalb des Gerechtigkeitsrahmens der Nachhaltigkeit zu diskutieren. Im Rahmen des **Beyond-GDP-Diskurses** um alternative Indikatoren hat sich innerhalb der Enquete-Kommission explizit eine Kontroverse über den Gerechtigkeitsrahmen entfaltet, nämlich die Frage, ob eine Auffassung guten Lebens auch auf die in der Zukunft lebenden Menschen ausgedehnt werden soll (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.1.2). Innerhalb des **Glücksdiskurses** werden die Belange von außerhalb eines Staates sowie von in der Zukunft lebenden Menschen in der von uns analysierten Literatur kaum diskutiert, ohne dass es aber prinzipielle Hürden dafür gäbe, über die Frage öffentlich nachzudenken, wie die Lebenszufriedenheit bzw. das Glück von allen Menschen weltweit und in der Zukunft erhöht werden kann. Hier besteht eine kommunikative Lücke, die von der Umweltpolitik gefüllt werden könnte (vgl. hierzu Abschnitt 2.4.2). Innerhalb des **Postwachstumdiskurses** sind die normativen Grundannahmen der Nachhaltigkeit weitestgehend akzeptiert.

## **2.3 Relevanz der Diskurse zum guten Leben für die Nachhaltigkeitspolitik**

Weil Diskurse zum guten Leben im Kern grundsätzliche Fragen – nämlich die nach einer Konzeption einer wünschenswerten zukünftigen Entwicklung – zum diskursiven Gegenstand haben, betreffen sie nahezu alle gesellschaftliche Gruppen, Partikularinteressen, politische Ressorts etc. Dies wird bereits anhand der Dimensionen deutlich, die im Rahmen des Indikatoren-Diskurses für die Operationalisierung von Auffassungen guten Lebens vorgeschlagen werden (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Tabelle 3). Aus diesem Grund eignen sich die Diskurse und ihre Arenen prinzipiell dazu, Herausforderungen auf der politischen Gestaltungsebene – Integration von Politikressorts, Beteiligung der Zivilgesellschaft – anzugehen.

Der im Jahr 2015 vom Bundeskanzleramt initiierte Prozess bundesweiter Bürgerdialoge zum Thema „Gut leben in Deutschland“ stellt einen Versuch dar, die Thematik guten Lebens für die politische Gestaltungsebene zu nutzen. Nachfolgend stellen wir in einem Exkurs den Dialogprozess dar, bevor wir uns den einzelnen Herausforderungen zuwenden.

### 2.3.1 Exkurs: Kanzleramtsdialog „Gut leben in Deutschland“

#### Vorgeschichte des Prozesses

Im Jahr 2008 initiierte das Bundeskanzleramt den Expertendialog „Deutschland eine Generation weiter: Wie werden wir leben? Wie wollen wir leben?“, der sich bis in das Jahr 2009 zog. Zu dem Dialog wurden Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft (Zukunftsforschung), Wirtschaft, Medien, Verwaltung und Politik eingeladen (Deutscher Bundestag 2014; S. 5). In drei Werkstattgesprächen diskutierten jeweils rund 20 Expert/innen die Themen „Werte, Leitbilder, Lebensziele“, „Wirtschaft, Arbeit, Bildung“ und „Wohlstand und Lebensqualität“ (Bundesregierung 2012b; S. 2).

In Reaktion auf diesen Expertendialog und seine Evaluation wurde unter federführender Leitung des Planungsstabes im Bundeskanzleramt ein Zukunftsdialog konzipiert, dessen Ziel es war, „eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Zukunft Deutschlands in den nächsten fünf bis zehn Jahren anzuregen und konkrete Handlungsvorschläge und Denkanstöße sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung für die politische Arbeit zu gewinnen“ (Deutscher Bundestag 2014; S. 5). Dieser von Mai 2011 bis August 2012 stattgefundenen Zukunftsdialog umfasste neben einem intensiveren Expertendialog auch einen Bürgerdialog, der aus drei Bürgergesprächen und einem Onlinedialog bestand.

Der Expert/innendialog fand in zwei Workshopphasen (September bis Dezember 2011 und März bis Mai 2012) statt, in denen über 120 Expert/innen in 18 Arbeitsgruppen, die jeweils von einem sogenannten Kernexperten geleitet wurden, bestimmte Themen erarbeiteten.<sup>7</sup> Je sechs dieser 18 Arbeitsgruppen wurden unter der Leitung eines wissenschaftlichen Koordinators zu einem Themenstrang zusammengefasst und mit einer Leitfrage befasst.<sup>8</sup> Die Ergebnisse aus dem Expertendialog wurden im August 2012 in einem Bericht entsprechend der Struktur des Expertendialogs (drei Leitfragen mit je sechs Arbeitsgruppen) vorgestellt.<sup>9</sup>

Der Bürgerdialog fand im ersten Halbjahr 2012 statt. Der Online-Dialog lief vom 1. Februar bis zum 15. April 2012 und brachte rund 74.000 Kommentare und rund 11.600 Maßnahmvorschläge hervor, über die online abgestimmt werden konnte. Die Bürgergespräche bestanden aus drei Diskussionsveranstaltungen zu den drei Leitfragen je 100 Interessierten in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld sowie einer Konferenz mit 50 Schüler/innen und einer internationalen Diskussionsveranstaltung mit dem damaligen britischen Premierminister David Cameron und dem norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg sowie 100 Student/innen aus 24 Ländern im Bundeskanzleramt in Berlin.

Hinsichtlich der Rezeption der Ergebnisse und Vorschläge des Zukunftsdialogs schreibt die Bundesregierung, dass die „Ergebnisse der Zukunftswerkstatt 2008/2009 und des Zukunftsdialogs 2011/2012

---

<sup>7</sup> Eine Liste der beteiligten Expert/innen kann hier eingesehen werden: [https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ergebnisbericht/Langfassung-Expertenverzeichnis.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ergebnisbericht/Langfassung-Expertenverzeichnis.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Zugriff: 13.06.16).

<sup>8</sup> Die drei Leitfragen lauteten: (i) Wie wollen wir zusammenleben (Koordination: Prof. Dr. Sabine Walper); (ii) Wovon wollen wir leben? (Koordination: Prof. Dr.-Ing. Klaus Henning); (iii) Wie wollen wir lernen? (Koordination: Prof. Dr. Stephan Breidenbach).

<sup>9</sup> [https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Hintergrund/Ergebnisbericht\\_des\\_Expertendialogs\\_der\\_Bundeskanzlerin.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Hintergrund/Ergebnisbericht_des_Expertendialogs_der_Bundeskanzlerin.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Zugriff: 10.06.16), [https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ergebnisbericht/2012-09-10-Langfassung-barrierefrei.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ergebnisbericht/2012-09-10-Langfassung-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Zugriff: 10.06.16).

der Bundeskanzlerin (...) auf unterschiedliche Weise Eingang in die Arbeit der Bundesregierung gefunden [haben] und (...) generell in die Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse der Bundesregierung bei der Prüfung und Vorbereitung von Maßnahmen eingeflossen“ seien (Bundestag 2014; S. 4f.). Zudem seien „zahlreiche Vorschläge des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin 2011/2012 in den Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode aufgenommen“ worden (ebd.). Einer der Vorschläge des Zukunftsdialogs 2011/2012 sei ein Bürgerdialog zum Thema Lebensqualität gewesen, der einer der Anstöße für die Regierungsstrategie „gut leben – Lebensqualität in Deutschland“ gewesen sei (Bundestag 2014; S. 6).

Parallel zu diesem Zukunftsdialogprozess wurde vom Bundestag im Jahr 2010 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ beschlossen, die sich im Januar 2011 konstituierte und Juni 2013 ihren Abschlussbericht vorlegte. Eines der Ergebnisse der Enquete-Kommission war dabei die Entwicklung eines Wohlstandsindikators (W3-Indikator, vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.1).

Auf der Grundlage dieser beiden Prozesse, also der Zukunftsdialoge einerseits und der Enquete-Kommission andererseits, hat die im Herbst 2013 neu gewählte große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, ein Indikatorensystem zur Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln. Kurz darauf, bei der Klausurtagung im Januar 2014, wurde dieses Vorhaben in die dort beschlossene Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland“ eingebettet. Zentrales Vorhaben dieser Regierungsstrategie und auch zumindest ein zentrales Instrument zur Entwicklung des Indikatorensystems ist der Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“, dessen Durchführung ebenfalls im Jahr 2014 beschlossen wurde.

### **Struktur und Ablauf des Bürgerdialogs**

Zwischen April und November 2015 wurde vom Bundeskanzleramt der Bürgerdialog „Gut Leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ durchgeführt. „Ziel ist es, aufbauend auf den Themen, die den Menschen am Herzen liegen, einen Regierungsbericht über den Stand und die Entwicklung von Lebensqualität in Deutschland zu verfassen. Die Bundesregierung macht es sich zur gemeinsamen Aufgabe, an der Verbesserung der Lebensqualität zu arbeiten. Dabei will sie sich an Maßeinheiten für Lebensqualität, sogenannten Indikatoren, orientieren.“<sup>10</sup> – so fasst die Bundesregierung den Zweck des Dialogs zusammen. Zudem sieht die Bundesregierung es als ein Ziel des dialogisch entwickelten Indikatorensystems an, „Regierungshandeln (...) stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger“ auszurichten (Bundestag 2014; S. 2). Federführend geleitet wurde der Dialog vom Planungsstab im Kanzleramt, in enger Zusammenarbeit mit dem BMWi, dem BMI und dem Bundespresseamt. Der Dialog bestand aus einem Online-Forum sowie einer Dialogreihe.

In dem Online-Forum konnten die Bürger/innen die folgenden beiden Leitfragen beantworten und dazu diskutieren:

- ▶ „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und
- ▶ „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“

Dieses Online-Forum war von April bis Oktober 2015 zugänglich und führte zu insgesamt 2.520 Antworten, die in verschiedener Tiefe von den Teilnehmer/innen diskutiert wurden.

Neben diesem Online-Format wurden insgesamt 203 Bürgerdialoge mit verschiedenen Schwerpunkten veranstaltet. Durchgeführt wurden diese Dialoge – je nach inhaltlichem Schwerpunkt – etwa hälftig

---

<sup>10</sup> [https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/der-dialog-im-ueberblick/\\_node.html](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/der-dialog-im-ueberblick/_node.html) (letzter Zugriff: 10.06.16).

von den jeweils inhaltlich zuständigen Bundesministerien oder von Vereinen und Stiftungen, Kirchen und Sozialverbänden sowie Wirtschaftsvereinigungen und Gewerkschaften.

Hinsichtlich des Aufbaus und der Leitfragen ähnelt der Dialogprozess der Bundesregierung stark dem in den Jahren 2011-2012 in Großbritannien durch das Measuring National Well-Being (MNW) Programm durchgeführten Dialog. So begann das MNW-Programm mit einem fünfmonatigen nationalen Dialog zum Thema „What matters to you?“ (November 2010 – April 2011), der diese Frage sowohl online über Fragebögen, Foren und soziale Medien als auch offline über Posteingsendungen, Telefonanrufe und etwa 175 Live-Events von kleineren Workshops Fokusgruppen bis zu Großveranstaltungen mit über 100 Teilnehmer/innen klären sollte (Oman 2015). Der Dialog drehte sich um fünf zentrale Fragen:

- ▶ “What things in life matter to you?
- ▶ Of the things that matter to you, which should be reflected in measures of national well-being?
- ▶ Which of the following sets of information do you think help measure national well-being and how life in the UK is changing over time?
- ▶ Which of the following ways would be best to give a picture of national well-being?
- ▶ How would you use measures of national well-being?“ (ONS 2011)

Die Antworten zu diesen Fragen aus dem Dialog stellten die Basis der ab 2011 regelmäßig durchgeführten Messungen des nationalen Wohlbefindens durch das Office for National Statistics (ONS; vergleichbar mit dem Statistischen Bundesamt) dar.

Die Ergebnisse des deutschen Bürgerdialogs wurden durch die CID GmbH in Zusammenarbeit mit einem Forscherteam der Freien Universität Berlin ausgewertet. Begleitet und unterstützt werden der Bürgerdialog und seine Auswertung – wie die Regierungsstrategie insgesamt – von einem wissenschaftlichen Beirat, dem sechs Expert/innen aus Wissenschaft und Verwaltung angehören:<sup>11</sup>. Die so aus dem Dialog mit den Bürger/innen gewonnenen Erkenntnisse münden in einen Bericht, der im Herbst 2016 veröffentlicht wurde, in ein Indikatoren-System, mit dem die Lebensqualität in Deutschland konkret gemessen werden soll, sowie in einen Aktionsplan zu ihrer Verbesserung.

### **2.3.2 Bezüge zur politischen Gestaltungsebene**

#### **Integrative Politikgestaltung**

Weil die Frage, worin gutes Leben besteht und wie es befördert werden kann, nahezu alle politischen Ressorts betrifft, stellen Diskurse zum guten Leben ein ideales Themenfeld, um horizontal integrative Politikgestaltung zu erproben.

Der Kanzleramtsdialog „Gut leben in Deutschland“ sowie die im Vorfeld stattgefundenen Dialogprozesse stellen ein Mittel dar, das Thema gutes Leben horizontal integriert anzugehen (Abschnitt 2.3.1). Dialoge wurden unter der Federführung des Planungsstabes des Kanzleramtes und bei Beteiligung der relevanten Ressorts durchgeführt. Anhand der öffentlich zugänglichen Informationen über den politischen Prozess ist eine Einordnung oder Beurteilung des integrativen Charakters des Kanzleramtsdialogs für uns nicht möglich.

#### **Möglicher Beitrag zur Legitimation politischer Maßnahmen**

---

<sup>11</sup> Genaueres zu den Expert/innen unter: [https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Wissenschaftlicher-Beirat/\\_node.html](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Wissenschaftlicher-Beirat/_node.html) (letzter Zugriff: 18.01.16).

Der inhaltliche Gegenstand der Diskurse zum guten Leben – Konzeptionen dessen, worin gutes Leben besteht – kann dazu dienen, um das herkömmliche Verständnis dessen, worin legitimes Output politischen Handelns besteht, zu erweitern bzw. zu präzisieren. Wird bislang das erstrebenswerte Ergebnis politischen Handelns – das Gemeinwohl – häufig utilitaristisch im Sinne der Nützlichkeit bzw. der Erhöhung des Nutzens der Mitglieder einer Gemeinschaft interpretiert, so wird in Diskursen zum guten Leben implizit dafür argumentiert, dass das Gemeinwohl in der Erhöhung der Lebensqualität bestehe. Deshalb sollten politische Maßnahmen im Hinblick auf ihren Beitrag zur Lebensqualität beurteilt werden sollten – und diese kann mehr umfassen als lediglich die Nützlichkeit von politischen Maßnahmen. Diese These wird beispielsweise prominent innerhalb des Glücksdiskurses vertreten (z.B. Layard 2004). Der gesamte Diskurs um alternative Wohlstandsindikatoren (Beyond-GDP) hat zum Ziel, ein Indikatorensystem für eine transparentere Legitimation von politischen Maßnahmen zu entwickeln.

### **Ausweitung und Erhöhung der Transparenz von Beteiligungsprozessen**

Damit ein Diskurs dabei hilft, zur Legitimation einer politischen Strategie beizutragen, sollte er eine möglichst breite öffentliche Aufmerksamkeit und Beteiligung erhalten. Die Frage nach einem guten Leben stellt dabei einen vielversprechenden Ausgangspunkt für die Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit an der Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie dar. Zum einen zeigen Erfahrungen mit politisch initiierten Dialogen zum guten Leben, dass sie auf eine öffentliche Resonanz stoßen (Abschnitt 2.3.1). Zum anderen argumentieren zahlreiche Vertreter/innen des Postwachstumsdiskurses, dass Auffassungen guten Lebens in einer breiten öffentlichen Deliberation, an der möglichst alle sozialen Gruppen mit ihren Wertvorstellungen und Interessen teilnehmen, kritisch diskutiert werden sollten (Muraca 2014, Latouche 2015).

Ein solcher öffentliche Deliberationsprozess sollte allerdings gewisse Bedingungen erfüllen. Der normative Gerechtigkeitsrahmen der Nachhaltigkeitspolitik sollte in einem solchen Dialog transparent dargestellt werden und Bedingungen geschaffen werden, dass die Beteiligten nicht auf ihren Eigeninteressen beharren (vgl. Schäfer u.a. 2015; 17f.). Wie genau solche partizipativen Deliberationsprozesse gestaltet werden sollten, ist eine Frage, die wir hier nicht diskutieren, zu der es aber zahlreiche Vorarbeiten gibt (vgl. Alcántara et al. 2014, Diefenbacher et al. 2014; 29ff., Fishkin et al. 2000, Schäfer et al. 2015; 16ff.).

An dem Kanzleramtsdialog „Gut leben in Deutschland“ lässt sich veranschaulichen, dass gerade ein öffentlicher Beteiligungsprozess zur Konzeptionen guten Lebens vorbedingungsvoll ist.

Debatten in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben offenbart, dass es in der politischen Öffentlichkeit eine Kontroverse über zwei Konzeptionen guten Lebens gibt: zwischen einer subjektiveren und einer objektiveren Auffassung guten Lebens<sup>12</sup>. Gemäß der subjektiveren Auffassung sollten sich politische Konzeptionen guten Lebens daran orientieren, was eine Bevölkerung für gut für ihr Leben hält. Gemäß der anderen – objektiveren – Auffassung sollten politische Konzeptionen nicht nur das Befinden der Bevölkerung repräsentieren, sondern auch den Zustand der objektiven Grundlagen dessen, was das gegenwärtige Befinden ermöglicht – beispielsweise die Ökosysteme – berücksichtigen. Die Festlegungen in dieser Kontroverse sind politisch sehr bedeutsam, weil sie Implikationen für nahezu alle Themen haben, bei denen es um die zukünftige Entwicklung geht.

Dem Kanzleramtsdialog ist es allerdings nicht gelungen, Bedingungen dafür zu schaffen, dass möglichst vielfältige Auffassungen guten Lebens Eingang in den Dialogprozess finden, und dass insbesondere die beiden politisch kontroversen Auffassungen zum guten Leben gleichgewichtig zum Gegenstand des Dialogs werden. Die Formulierung der ersten Leitfrage („Was ist Ihnen persönlich wichtig im

---

<sup>12</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Kontroverse findet sich in Pissarskoi et al. i.E., Abschnitt 2.1.2.

Leben?“) präjudiziert eine subjektivere Interpretation des guten Lebens. Erhebungen zum subjektiven Wohlbefinden lässt sich entnehmen, dass – wenn nach subjektivem Wohlbefinden gefragt wird – vor allem Aspekte des persönlichen Lebensumfelds wie die direkten sozialen Beziehungen sowie die physische und psychische Gesundheit als diesbezüglich herausragende Faktoren genannt werden (O’Donnell 2014; 44; siehe auch Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.3.2). Die Erwähnung, dass es um „persönliche Aspekte“ guten Lebens gehe, dürfte diesen Effekt verstärken. Die zweite Leitfrage („Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“) lenkt den Fokus auf die nationale Perspektive.

Das Ideal der nachhaltigen Entwicklung gründet aber auf den Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit. Somit wurde im Kanzleramtsdialog durch die Wahl der Leitfragen Fokus auf Vorstellungen guten Lebens gelenkt, die prima facie im Konflikt mit den normativen Fundamenten der Nachhaltigkeit stehen.

Durch eine offenere Wahl der Leitfragen hätte der Bürgerdialog genau dazu genutzt werden können, um die sich innerhalb der Enquete-Kommission manifestierte, fundamentale Kontroverse über die Konzeption guten Lebens in einem breiten partizipativen Prozess zu diskutieren. Hierbei hätten die unterschiedlichen Auffassungen guten Lebens und die ihnen zugrundeliegenden Gerechtigkeitsvorstellungen in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden können.

### **Offenheit des Begriffs „gutes Leben“: Verknüpfung mit Gerechtigkeit**

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass die Diskurse zum guten Leben vielversprechende Arenen bieten, um prozedurale Herausforderungen moderner Nachhaltigkeitspolitik – Integration von Politikfeldern, Legitimation politischer Prozesse – zu bewältigen. Gleichzeitig haben wir bei der Diskussion des generellen Beitrages von Diskursen zum guten Leben zu einer transformativen Politik darauf hingewiesen, dass nicht alle Auffassungen guten Lebens mit den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik kompatibel sind, sondern nur solche, die mit den Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit im Einklang stehen (vgl. Abschnitt 2.2). Es ist davon auszugehen, dass es zwischen politischen Ressorts keinen Konsens darüber geben wird, welche Auffassung guten Lebens politische Orientierung leisten sollte. Um also die Diskurse zum guten Leben als Arenen für die Stärkung der Prozesse der Nachhaltigkeitspolitik zu verwenden, sollten dabei Auffassungen guten Lebens durch Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit gerahmt werden. Diskurse zum guten Leben bieten dabei einen attraktiven Ankerpunkt, um die Herausforderungen auf der Gestaltungsebene anzugehen und gesellschaftliche Beteiligung sowie die Einbindung unterschiedlicher Ressorts zu motivieren: Eben weil Konzepte guten Lebens für alle relevant sind.

Zusammenfassend halten wir fest, dass Diskurse zum guten Leben wichtige Anknüpfungspunkte für die Legitimation umweltpolitischen Handelns und Beteiligung von Bürger/innen bieten. Dabei sollten die in den Diskursen verhandelten Auffassungen guten Lebens nicht ohne die normativen Hintergrundannahmen der Nachhaltigkeitspolitik diskutiert werden, wenn die Diskurse zur Legitimation der Nachhaltigkeitspolitik beitragen sollen. Fragen des guten Lebens bieten dabei einen attraktiven Anknüpfungspunkt, um Lebensentwürfe innerhalb des normativen Gerechtigkeitsrahmens diskursiv zu entwickeln. Sie sollten in partizipativen Deliberationsprozessen mit breiter Beteiligung diverser sozialer Gruppen diskutiert werden.

## **2.3.3 Bezüge zu den inhaltlichen Herausforderungen**

### **2.3.3.1 Planetare Grenzen**

Das Konzept der Planetaren Grenzen dient dazu, naturwissenschaftliches Wissen über die Veränderungen in natürlichen Systemen in eine auf der politischen Ebene verständliche Sprache (Grenzen, die nicht überschritten werden sollten; Handlungsraum) zu übersetzen (Pielke 2013, Leach 2013a, Biermann 2012). Damit soll das Konzept die Kommunikation von umweltpolitischen Herausforderungen

und die Legitimation umweltpolitischen Handelns erleichtern. Für die Nachhaltigkeitspolitik sind damit drei Herausforderungen verbunden: Erstens müsste legitimiert werden, warum das Konzept und der daraus abgeleitete Handlungsraum im Lichte von naturwissenschaftlichen Unsicherheiten sowie den impliziten normativen Annahmen politische Verbindlichkeit erlangen soll. Zweitens müssten die global festgelegten Grenzen auf die nationale Ebene überführt werden. Drittens aber, soweit die Planetaren Grenzen und der sichere Handlungsspielraum selbst legitimiert sind, steht die Politik vor der Aufgabe, die für ihre Einhaltung erforderlichen Veränderungen politisch einzuleiten (vgl. Abschnitt 1.2.2).

Bezüglich der mit der Legitimation der Grenzen als solche verbundenen Aufgaben der Nachhaltigkeitspolitik haben Diskurse zum guten Leben keine inhaltlichen Berührungspunkte und diese Themen werden entsprechend innerhalb der Diskurse nicht adressiert. Hingegen können Diskurse zum guten Leben zur Bewältigung der Herausforderung beitragen, politisches Handeln hin zur Einhaltung der Grenzen einzuleiten.

### **Faktischer Beitrag**

Innerhalb der faktisch stattfindenden Diskurse zum guten Leben spielt das Konzept der Planetaren Grenzen sehr unterschiedliche Rollen. Innerhalb des **Glücksdiskurses** spielt das Konzept nahezu keine Rolle (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.3). Gegeben die darin explizierte Vorstellung des guten Lebens, das individuelle Glück bzw. die individuelle Lebenszufriedenheit aller Menschen zu vergrößern, ergibt sich das Ziel, Glück bzw. Lebenszufriedenheit innerhalb des durch die Planetaren Grenzen festgelegten Handlungsraums zu maximieren. Hierbei entstehen Zielkonflikte, wenn das Einhalten der Planetaren Leitplanken das Glück/die Zufriedenheit der heute lebenden Menschen verringert.

Innerhalb des **Postwachstumsdiskurses** gehört das Einhalten der Planetaren Leitplanken hingegen zur Grundmotivation des Diskurses. Darin spielt die Frage eine zentrale Rolle, wie allen Menschen weltweit ein gutes Leben innerhalb des durch die Planetaren Leitplanken eingegrenzten Handlungsraumes ermöglicht werden kann und wie Visionen eines guten Lebens innerhalb des sicheren Handlungsraumes aussehen. Gemäß diesem Diskurs besteht gutes Leben für wohlhabende, frühzeitig industrialisierte Gesellschaften darin, materialistische Werte weniger stark zu realisieren und dafür soziale Werte wie soziales Miteinander, Solidarität, Altruismus, Kooperation, Freizeitgenuss, Ethos des Spielens zu fördern (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.2).

### **Möglicher Beitrag**

Entgegen dem faktischen Beitrag haben aber alle Diskurse zum guten Leben das Potential, öffentliche Resonanz der Diskurse um Planetare Grenzen zu stärken. Die Grenzen des Planetaren Handlungsraums werden bislang mit dem Verweis auf den moralischen Wert der Sicherheit gerechtfertigt: Das Überschreiten der Grenzen führe ökologische Systeme aus dem Zustand, den sie in der Epoche des Holozäns hatten. Die Konsequenzen daraus, dass natürliche Systeme diesen Zustand verlassen, stellten ernsthafte Gefahren für die Menschheit dar. Diese Begründung des Ziels der Einhaltung der Planetaren Grenzen, nämlich stabile ökosystemare Grundlagen allen Lebens auf der Erde zu erhalten, liefert eine moralische Legitimation umweltpolitischen Handelns. Innerhalb der Diskurse zum guten Leben wird hingegen eine **weitere Quelle der normativen Legitimation politischen Handelns** angezapft, nämlich die Idee, dass politisches Handeln auch das Ziel der Realisierung eines guten Lebens für alle verfolgen sollte. Damit stellt sich auch für die umweltpolitische Herausforderung, die sich aus dem Einhalten der Planetaren Leitplanken ergibt, die Frage, wie ein gutes Leben für alle innerhalb des durch die Pla-

netaren Grenzen festgelegten Handlungsraums aussehen kann. Dies erweitert den bislang negativ geführten Diskurs um das Einhalten der Planetaren Grenzen<sup>13</sup> um eine positive Komponente, nämlich Vorstellungen eines guten Lebens innerhalb des sicheren Handlungsraumes. Das wiederum verschafft der Herausforderung der nationalen Umweltpolitik eine positive Orientierung, die das Potential enthält, durch eine Spezifikation dessen, wie legitime Vorstellungen guten Lebens innerhalb der Leitplanken aussehen können, die umweltpolitische Herausforderung lebensnäher an den Alltag von Bürger/innen zu bringen.

Somit stellen die Debatten um gutes Leben eine inhaltliche Erweiterung des Diskurses um die Planetaren Leitplanken um die Frage dar, wie ein gutes Leben innerhalb des sicheren Handlungsraumes gestaltet werden kann. Innerhalb der verschiedenen Teildiskurse zum guten Leben dürften sich allerdings unterschiedliche Antworten auf die Frage finden, wie ein gutes Leben innerhalb der Planetaren Leitplanken aussehen sollte.

### **Kommunikation: Gut leben innerhalb der Grenzen**

Der Diskurs um die Festlegung der Planetaren Grenzen sollte also um eine Debatte über positive Zielorientierungen erweitert werden. Alle in Pissarskoi et al. (i.E.) betrachteten Teildiskurse zum guten Leben können hierzu einen Beitrag leisten, wenn auch sie es gegenwärtig nicht tun. Das eröffnet Chancen für eine Kommunikation des Konzeptes der Planetaren Grenzen, die breitere gesellschaftliche Gruppen anspricht.

Auffassungen eines guten, glücklichen oder gelingenden Lebens dienen nun dazu, eine positive und eben attraktive Orientierung zu liefern. In Bezug auf das Thema Planetare Grenzen bedeutet dies, Visionen, Leitbilder, Zielvorstellungen dessen zu entwickeln und zu kommunizieren, wie gutes Leben bei Einhaltung der Planetaren Grenzen aussehen kann. Das Thema Planetare Grenzen stellt ein ideales Anwendungsfeld dafür dar, um Verbindung zwischen den abstrakten Prinzipien der intergenerationellen Gerechtigkeit und Auffassungen guten Lebens an einer bestehenden politischen Herausforderung zu exemplifizieren. Planetare Grenzen lassen sich aus Prinzipien intergenerationaler Gerechtigkeit herleiten. Das verschafft ihnen zwar normative Geltung, aber auf diese Weise bleiben sie abstrakt und von den bestehenden und erfahrbaren Lebenswelten der heute lebenden Menschen abgekoppelt. Hier können Auffassungen guten Lebens helfen, indem sie die normativ gerechtfertigten Planetaren Grenzen darum ergänzen, was es heißt, innerhalb dieser Grenzen gut und glücklich zu leben. Das Konzept der Planetaren Grenzen benötigt insofern eine Konzeption eines guten Lebens im Rahmen der Planetaren Grenzen, um auf Akzeptanz bei den heute lebenden Menschen zu stoßen. In den letzten Jahren wurde dieses Anwendungsfeld bereits aufgegriffen (vgl. „Gut leben innerhalb ökologischer Belastbarkeitsgrenzen“, Europäische Kommission 2014, BMUB 2016).

Auf der anderen Seite können aber auch Diskurse zum guten Leben durch das Konzept der Planetaren Grenzen im Hinblick auf die Ziele der Nachhaltigkeit erweitert werden. Denn in nicht-umweltpolitisch motivierten Diskursen (insbesondere im Beyond-GDP und Glücksdiskursen) werden auch Vorstellungen guten Lebens diskutiert, die nicht im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung stehen. Das sind Auffassungen guten oder glücklichen Lebens, die die normativen Anforderungen der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit nicht berücksichtigen. Und das Konzept der Planetaren Grenzen liefert eine wichtige Brücke für die Kommunikation von normativen Anforderungen, indem auf der Basis der normativen Prinzipien quantitative Grenzwerte bestimmt werden.

---

<sup>13</sup> Der Diskurs ist negativ in dem Sinne, dass es wesentlich um die Frage geht, wie unsere Lebensweise gestaltet werden sollte, um die Leitplanken nicht zu überschreiten.

Auf der Basis dieser Überlegungen lassen sich kommunikative Figuren entwickeln, wie beispielsweise „gutes Leben innerhalb der Planetaren Grenzen“ oder „glückliches Leben im Rahmen Planetarer Grenzen“. Eine genaue Formulierung einer solchen Figur müsste von Kommunikationsagenturen ausgearbeitet werden. Wir können aber zwei weitere Elemente aus der Symbiose der Auffassungen zum guten Leben mit dem Konzept der Planetaren Grenzen herausstellen, die für die Bewältigung der oben erwähnten kommunikativen Herausforderungen von Bedeutung sind.

Erstens kann ein Konzept wie „gutes bzw. glückliches Leben innerhalb der Planetaren Grenzen“ die Verbindung zwischen den abstrakten ökologischen Systemveränderungen zu dem Alltag der heute lebenden Menschen herstellen. Hierzu sollen Visionen, Darstellungen, Narrative erarbeitet und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden, die beschreiben, wie gut und glücklich bei Einhaltung der ökologischen Restriktionen gelebt werden kann. Dies soll die Attraktivität solcher Lebensweisen auch für die heute lebenden Generationen kommunizieren. Zweitens können mit einem solchen Konzept personifizierte Diskursfiguren entwickelt und kommuniziert werden (analoge Diskursfiguren sind im Rahmen des Diskurses um Sicherung der Altersversorgung entstanden, vgl. Abschnitt 3.2). Das Konzept eines guten Lebens innerhalb der Planetaren Grenzen beinhaltet die Vorstellung, dass zukünftige Generationen ein gutes und glückliches Leben haben sollten. Das erlaubt es, die in der Zukunft lebenden Menschen zu personifizieren und als reale Menschen anschaulicher bzw. lebendiger zu kommunizieren: als Menschen, die ebenfalls glücklich sein wollen, über Bedürfnisse, Empfindungen, Gefühle verfügen. Dies könnte es erleichtern, dass die Wahrung der Rechte der in der Zukunft lebenden Menschen auf eine breitere öffentliche Akzeptanz stößt.

### 2.3.3.2 Verlagerung von Umweltbelastungen

Die Herausforderung der Einschränkung der Verlagerung von Umweltbelastungen in die Länder globalen Südens stellt eine Aufgabe für die nationale Politik dar, internationale Auswirkungen nationalen Handelns zu beeinflussen. Die konkrete politische Aufgabe wird darin gesehen, Transparenz in den Lieferketten herzustellen und auf Konsumenten und Konsumentinnen bzw. Produzentinnen und Produzenten einzuwirken, stärker Verantwortung zu übernehmen (vgl. Abschnitt 1.2.2).

#### Faktischer Beitrag

Diskurse zum guten Leben adressieren das Thema der Verlagerung von Umweltbelastungen nicht direkt. Gleichwohl hat die Verlagerung von Umweltbelastungen einen Einfluss auf die Lebensqualität von denjenigen Menschen, in deren Gegenden die ökologischen Lasten ausgelagert werden. Somit tangiert diese umweltpolitische Herausforderung Diskurse zum guten Leben in zwei Hinsichten. Erstens verdeutlicht die Thematik der Verlagerung von Umweltbelastungen, dass das Thema gutes Leben global betrachtet werden sollte. Zweitens wirft diese umweltpolitische Herausforderung die Frage auf, in welchem Maße und in welche Richtung die Verlagerung der Umweltbelastungen die Lebensqualität von Menschen weltweit beeinflusst.

#### Möglicher Beitrag

Nur wenn die Frage nach einem guten Leben nicht nur auf das gute Leben der Bewohner/innen eines Landes, sondern auf das gute Leben aller Menschen weltweit bezogen wird, wird die Thematik der Verlagerung von Umweltlasten für Diskurse zum guten Leben relevant.

Innerhalb des **Glücksdiskurses** wird eine subjektivistische Auffassung guten Lebens vertreten, d.h. die Güte des Lebens eines Individuums hängt allein von seinen subjektiven Einstellungen (Glücksempfindungen oder Zufriedenheit mit dem Leben) ab. Das Wohlergehen Anderer, insbesondere geographisch entfernter Menschen, übt einen Einfluss auf das gute Leben eines Individuums nur dann aus,

wenn das Wohlergehen Anderer subjektive Einstellungen (wie Empfindungen, Gefühle etc.) des Individuums beeinflusst (z.B. Mitleid auslöst). Ob die Verlagerung von Umweltbelastungen innerhalb des Glücksdiskurses adressiert wird, hängt deshalb von zwei Faktoren ab:

- ▶ Einfluss von Umweltbelastungen in anderen Ländern auf die Glücksempfindungen/ Zufriedenheit der hier lebenden Menschen;
- ▶ Räumliche Aggregation des guten Lebens: je größer die Gemeinschaft, Glück derer Mitglieder angestrebt wird, umso stärker beeinflussen Umweltbelastungen das Glück dieser Gemeinschaft direkt. Wird das Glück aller Menschen weltweit angestrebt, haben jegliche Verlagerungen von Umweltbelastungen einen unmittelbaren Einfluss auf das Glück.

Innerhalb des Glücksdiskurses wird eher eine nationale und keine globale Perspektive eingenommen (Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.3). Selbst ein aus dem Glücksdiskurs stammender Indikator, der die Umweltbelange mit den Konzepten subjektiven Wohlbefindens zu verbinden versucht wie das Happy Planet Index (Abdallah et al. 2012), zieht zwar alle Länder in die Betrachtung ein, aggregiert jedoch auf nationaler Ebene. Aus einer nationalen Perspektive ist eine Auslagerung von Umweltbelastungen aus dem eigenen Staat das gute Leben in dem Staat fördernd, da die geringeren Umweltbelastungen in einem Staatsgebiet das Glück bzw. die Lebenszufriedenheit der Bewohner/innen erhöhen.

Darüber hinaus lässt die Glücksauffassung des guten Lebens es offen, ob die Verlagerung einer Umweltbelastung als etwas das gute Leben Förderndes oder Hinderndes angesehen wird. Gemäß der Glücksauffassung ist dies von kontingenten Umständen abhängig und muss empirisch herausgefunden werden: Eine Verlagerung von beispielsweise Produktionsschritten in andere Länder hat auf der einen Seite Glück mindernde Effekte durch die vor Ort entstehende Umweltbelastung. Auf der anderen Seite hat es Glück erhöhende Effekte durch die Schaffung von zusätzlichem Einkommen sowie Beschäftigung. Neben der Frage, ob ausgelagerte Umweltbelastungen stärker das individuelle Glück beeinträchtigen als die dabei geschaffenen Einkommen und Beschäftigungen das Glück fördern, wirft diese umweltpolitische Herausforderung auch die Frage danach auf, wer vom guten Leben profitiert. Denn die Verteilungswirkungen auch in den Ländern, in die die Umweltlasten ausgelagert werden, dürften ungleich verteilt werden: es werden nicht dieselben Menschen sein, die die Umweltbelastungen tragen und die von den dabei geschaffenen Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren werden.

Innerhalb des **Postwachstumsdiskurses** wird hingegen nach Alternativen gesucht, es zu ermöglichen, allen Menschen weltweit ein gutes Leben zu führen. Umweltverlagerungen, soweit sie die Lebensqualität von Anderen einschränken, sind dort somit ein Teil des Diskurses.

Verlagerungen von Umweltbelastungen sind gemäß dem Postwachstumsdiskurs allerdings eine sichtbare Nebenwirkung eines grundsätzlicheren Problems, nämlich der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsweise. Diese begünstige oder fördere es, dass die Produktion dorthin wandere, wo die Umweltstandards mit geringstem Aufwand eingehalten werden können. Gleichzeitig stelle eine auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Lebens- und Wirtschaftsweise auch innerhalb der wohlhabenden Länder ein Hindernis dafür, ihren Mitgliedern gutes Leben zu ermöglichen (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.2). Die umweltpolitische Herausforderung der Verlagerung von Umweltbelastungen hat insofern nicht nur Bezüge zur Lebensqualität von Menschen in anderen Ländern, sondern ist ein Symptom einer viel breiteren politischen Herausforderung, ein besseres Leben in den wohlhabenden Ländern allen Menschen zu ermöglichen, als es die gegenwärtige auf Wirtschaftswachstum setzende gesellschaftliche Ordnung zu tun vermag.

## **Kommunikation: Verlagerungen von Umweltbelastungen**

Die kommunikativen Herausforderungen dieses umweltpolitischen Themas sind analog zu denen der Planetaren Grenzen, auch wenn sie sich nicht decken. Verlagerungen von Umweltbelastungen in die Länder des globalen Südens zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Wirkungen für die Bewohner/innen der industrialisierten Länder des globalen Nordens nicht unmittelbar wahrnehmbar sind und in diesem Sinne abstrakt bleiben.

Auch dieses Thema verdeutlicht die Wechselwirkung zwischen den Auffassungen guten Lebens und (globaler und intergenerationeller) Gerechtigkeit. Umweltbelastungen stellen ein moralisches Problem dar, weil sie die Lebensqualität in den Ländern globalen Südens beeinträchtigen und die von in der Zukunft lebenden Menschen bedrohen. Ihre Legitimation für die Beseitigung von Verlagerungen von Umweltbelastungen ziehen die Umwelt- und die Nachhaltigkeitspolitik daher aus Gerechtigkeitsforderungen. Auffassungen guten Lebens können dabei helfen, den abstrakten (und negativen, da mit Einschränkungen und Verboten verbundenen) politischen Zielen so etwas wie eine positive Orientierung samt eines „menschlichen Antlitzes“ (vgl. hierzu Abschnitt 3) zu verleihen: Das politische Ziel besteht darin, allen Menschen auf der Welt die Möglichkeit zu verschaffen, ein gutes, glückliches bzw. gelingendes Leben zu führen und alle Menschen auf der Welt davon zu schützen, dass sie an der Realisierung dieser Möglichkeit durch Dritte gehindert werden. Auf der anderen Seite kann das Thema der Verlagerungen von Umweltbelastungen innerhalb der Diskurse zum guten Leben die Relevanz einer global verallgemeinerbaren Auffassung eines guten oder glücklichen Lebens veranschaulichen und somit diese abstrakte Gerechtigkeitsforderung an einem leicht nachvollziehbaren Beispiel zur Geltung bringen.

Für die öffentliche Kommunikation dieser umweltpolitischen Herausforderung können nun Diskurse zum guten Leben dazu genutzt werden, das Thema „mit Leben“ zu füllen. Dies kann einerseits durch Diskursfiguren, die auf die Problematisierung des Bestehenden abzielen, geschehen. Hier ähnelt sich die kommunikative Herausforderung sehr derjenigen in Bezug auf die Fluchtmigration, weshalb die in dem Zusammenhang vorgeschlagenen Diskursfiguren auch für eine öffentlich resonante Kommunikation der Umweltverlagerungen eignen (z. B. die Figur „imperiale Lebensweisen“, vgl. Abschnitt 3.3). Darüber hinaus kann dieses umweltpolitische Thema stärker personifiziert werden. Am Beispiel von konkreten Menschen kann (mit Hilfe von Bildern sowie Erzählungen) veranschaulicht werden, inwieweit die Praxis der Umweltverlagerungen sie darin hindert, ihre Vorstellungen eines guten oder eines glücklichen Lebens zu entfalten, welche Gefühle und Empfindungen bei ihnen damit verbunden sind. Andererseits kann das Thema auch mit positiv orientierten Diskursfiguren kommuniziert werden. Hierzu müssten Visionen und Leitbilder erarbeitet werden, die Möglichkeiten global universalisierbarer Lebensweisen aufzeigen. Hierbei gilt es, die weiter oben eingeführten Konzepte wie „nachhaltiges Glück“, „verantwortungsvolles Glück“, „allen Menschen auf der Welt zustehendes Glück“ mit anschaulichen Bildern und Erzählungen zu füllen.

## **2.4 Nachhaltigkeitsbelange in Diskursen zum guten Leben**

Der letzte Abschnitt hat gezeigt, welche Beiträge Diskurse zum guten Leben zu einigen Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik leisten können. Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und ihre Belange nehmen jedoch unterschiedliche Bedeutung in den einzelnen Teildiskursen zum guten Leben ein. So lässt sich bereits aus den inhaltlichen Verknüpfungen schlussfolgern, dass es sich aus einer kommunikativ-strategischen Perspektive anbietet, dass die Nachhaltigkeitspolitik Diskurse zum guten Leben, die eine hohe intrinsische Affinität zu den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik aufweisen (Postwachstumdiskurs), aufgreift und kommunikativ in ihrer Ausbreitung unterstützt. Bei Teildiskursen

zum guten Leben, die aktuell eine geringe Verbindung zu den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik aufweisen, bietet es sich hingegen an, Nachhaltigkeitsthemen einzubringen und die inhaltliche Verbindung zu stärken. Nachfolgend stellen wir für die jeweiligen Teildiskurse dar, was dies im Einzelnen bedeutet.

### 2.4.1 Beyond-GDP

Der Beyond-GDP ist ein technischer Diskurs, der relativ zu anderen im Rahmen dieses Vorhabens analysierten Teildiskursen zum guten Leben gegenwärtig die geringste öffentliche Aufmerksamkeit genießt (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.1). Das Ziel dieses Teildiskurses, Entwicklung und Etablierung eines alternativen Maßes für gutes Leben (bzw. gesellschaftliche Wohlfahrt), ist allerdings für die Kommunikation eines abstrakten Themas von hoher Relevanz: Es geht ja gerade darum, etwas Abstraktes messbar und auf diese Weise für die Allgemeinheit leicht überprüfbar zu machen. In diesem Fall ist das Abstrakte, das messbar gemacht werden soll, das höchste normative Ziel einer Gesellschaft: gesellschaftliches Wohlergehen bzw. gutes Leben. Seit dem Zweiten Weltkrieg spielt der Indikator Bruttoinlandsprodukt (bzw. seine Derivate) diese gesellschaftspolitische Rolle (Lepenes 2013, Schmelzer 2016) und hat dabei eine bedeutsame kommunikative und legitimatorische Funktion erfüllt. Die Entwicklung dieses Indikators wird als Maßstab für gesellschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand verwendet, BIP-Schrumpfung definieren gesellschaftliche Krisen, welche wiederum weitreichendes politisches Handeln legitimiert haben (Schmelzer 2016). Sollte ein alternativer Indikator für das gesellschaftliche Wohlergehen etabliert werden, wird dies für die Kommunikation von Nachhaltigkeitsbelangen und die Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien eine wichtige Rolle in Abhängigkeit davon spielen, inwieweit Nachhaltigkeitsziele innerhalb des Indikators berücksichtigt werden.

Bei den Analysen der Diskurse zum guten Leben haben Pissarskoi et al. (i.E.; Abschnitt 2.1.2) eine Kontroverse innerhalb des Beyond-GDP-Teildiskurses über zwei unterschiedliche Auffassungen guten Lebens identifiziert (s. a. Abschnitt 2.3.2). Gemäß der einen, subjektiveren, Position soll der neu zu konstruierende Indikator guten Lebens repräsentieren, wie Individuen ihr Leben unmittelbar erfahren. Gemäß der anderen, objektiveren, Position soll der Indikator guten Lebens auch die Bedingungen dafür berücksichtigen, dass die Lebensqualität erhalten werden kann. Sollte sich die erste Position durchsetzen, wird ein entsprechender Indikator guten Lebens es der Nachhaltigkeitspolitik erschweren, ihre Anliegen damit zu kommunizieren. Weil Ziele der Nachhaltigkeitspolitik räumlich, global und zeitlich intergenerationell ausgerichtet sind, werden sie im Indikator gemäß der ersten Position nicht berücksichtigt und es wird stets zu Zielkonflikten zwischen Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Wohlergehen kommen, analog zu den bisherigen Zielkonflikten zwischen ökonomischem Wachstum und Nachhaltigkeit.

Gesellschaftliche Debatten über Zielkonflikte, in denen Belange der Nachhaltigkeit einen für die öffentliche Kommunikation strukturellen Nachteil haben<sup>14</sup>, werden hingegen reduziert, wenn der Indikator guten Lebens gemäß der zweiten, objektiveren, Position etabliert wird. Denn dieser Indikator berücksichtigt auch die Entwicklung von natürlichen Grundlagen, die für die Aufrechterhaltung der Lebensqualität notwendig sind (z.B. der Planetaren Grenzen).

Die Analysen der inhaltlichen Beziehungen zwischen Auffassungen guten Lebens und Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik (Abschnitt 1.2 sowie das Beispiel des Migrationsdiskurses in Abschnitt 3.3) verdeutlichen allerdings, dass Nachhaltigkeitsherausforderungen die Akzeptanz einer Gerechtigkeitsnorm voraussetzen, nämlich der kosmopolitischen Idee, dass ein gutes Leben global und intertemporal universalisierbar sein soll. Das bedeutet: Das, was für ein gutes Leben für einen Menschen in

<sup>14</sup> Es ist leichter einzusehen, warum gesellschaftliches Wohlergehen für ein Mitglied der Gesellschaft relevant ist, als einzusehen, warum Veränderungen, deren Auswirkungen global, d.h. außerhalb der Gesellschaft, oder in der Zukunft wirksam werden, bereits heute für sie als Mitglied einer Gesellschaft relevant sind.

einem wohlhabenden Land gilt, das muss jeder Mensch auf der Welt, gleichgültig, ob er oder sie heute oder in der Zukunft lebt, auch erlangen können, ohne dass die natürlichen Grundlagen kollabieren.

In dem bisherigen Teildiskurs zur Entwicklung eines alternativen Indikators für gesellschaftliches Wohlergehen ist wiederum dieser Gerechtigkeitsaspekt, der für eine zielgerichtete Orientierung der Auffassungen guten Lebens hin zu den Zielen der Nachhaltigkeit verantwortlich ist, bislang nicht prominent vertreten. Sollte ein Indikator für gesellschaftliches Wohlergehen auf gesellschaftspolitische Akzeptanz stoßen, der die Universalisierbarkeitsforderung nicht berücksichtigt, wird wiederum eine Chance nicht genutzt, diese abstrakte Gerechtigkeitsforderung in ein Kommunikationstool zu integrieren. Hier zeigt sich eine Chance für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, die Berücksichtigung von intergenerationellen und globalen Aspekten in einem zu entwickelnden Maß zu integrieren, damit ein Kommunikationsmittel entsteht, das dazu geeignet ist, die Ziele der Nachhaltigkeitspolitik zu unterstützen.

### 2.4.2 Glück

Die Vorstellung, Glück sei das höchste von einem Menschen anzustrebende Gut, ist in den westlichen Kulturen tief verankert und lässt sich geistesgeschichtlich auf spätestens die Antike zurückführen (McGill 1967). In den gegenwärtigen Debatten motivieren viele Autor/innen ihre Beschäftigung mit Glück mit dem Verweis darauf, dass das Streben nach Glück das letztendliche Ziel menschlichen Strebens (Ng 2003; S. 309), dass es „selbst-evident“ (Layard 2004; S. 113) sei, und dass niemand ernsthaft behaupten würde, im Leben unglücklich sein zu wollen (Frey 2008; S. 5). Dies verdeutlicht die unmittelbare Attraktivität des Konzeptes des Glücks: Persönliches Glück betrifft alle Menschen, das Konzept ist motivational ansprechend, da alle es anstreben. Damit ist es ein viel versprechendes Konzept für die politische Kommunikation.

Allerdings ist laut Pissarskoi et al. (i.E.) der Glücksdiskurs im Vergleich zu den anderen analysierten Teildiskursen derjenige, der bislang die geringsten Bezüge zu Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik aufweist. Dem Diskurs liegt eine hedonistische Auffassung guten Lebens zugrunde. Gemäß dieser Auffassung besteht gutes Leben darin, positive mentale Zustände wie Freude, Zufriedenheit etc. herbeizuführen und negative mentale Zustände wie Schmerz, Unzufriedenheit zu vermeiden (Moore 2013). Damit spielen in diesem Diskurs persönliche Empfindungen und Gefühle eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund wird der Begriff des Glücks in diesem Diskurs häufig mit der Einschätzung der unmittelbaren persönlichen Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt verbunden. Das führt allerdings dazu, dass hedonistische Auffassungen guten Lebens leicht mit egoistischen Auffassungen guten Lebens verwechselt bzw. verbunden werden. Egoismus besagt, dass nur das eigene/persönliche Wohl moralisch bzw. ethisch relevant ist und damit angestrebt werden sollte (Shaver 1999). Nach Weijers (o.J.) wird im Alltagsverständnis bereits der Begriff „Hedonismus“ mit Werthaltungen wie unmittelbarer Genuss, Prasserei, Vernachlässigung der Zukunft sowie der Belange von Dritten verbunden (so genannter „Folk-Hedonism“).

Diese innerhalb des Glücksdiskurses verbreiteten Werthaltungen des Egoismus bzw. des Alltagshedonismus (Folk-Hedonism) stehen konträr zu den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik, welche die langfristigen und globalen Folgen menschlichen Handelns innerhalb politischen Handelns zu berücksichtigen sucht. Aus diesem Grund enthält der Glücksdiskurs ein Risiko für die Kommunikation der Nachhaltigkeitspolitik: Durch den hohen Stellenwert von psychologischen Einstellungen innerhalb des Glücksdiskurses können Aspekte der individuellen, persönlichen Situation von am Diskurs beteiligten Einzelindividuen eine gewichtige Rolle innerhalb des Diskurses einnehmen und die Belange der räumlich und zeitlich weit entfernt liegenden Personen aus dem Fokus der Aufmerksamkeit rücken. Dieses Risiko für den Nachhaltigkeitsdiskurs veranschaulichte bereits der Dialog „Gut leben in Deutschland“: Im Rahmen des Dialogs ist gutes Leben in den Kontext des persönlich Wichtigen gestellt worden (vgl. Abschnitt 2.3).

Der Begriff „Glück“ hat allerdings im Alltagsverständnis nicht nur Bezüge zu egoistischen Werthaltungen. Mittels einer repräsentativen Befragung haben Delle Fave u. a. (2016) untersucht, wie im Alltag der Begriff „Glück“ (happiness) verstanden wird.<sup>15</sup> Ein Großteil der Befragten (40%) versteht darunter psychologische Einstellungen (Gefühle, mentale Zustände), andere Befragten haben unterschiedliche Werte angegeben (Familie, Beziehungen, Gesundheit gehören zu den am häufigsten genannten). Bei psychologischen Einstellungen, die mit dem Begriff „Glück“ begrifflich konnotiert werden, ist die Einstellung der Harmonie und inneren Balance am meisten verbreitet, gefolgt von positiven Emotionen wie Zufriedenheit, Freude und Komfort (Delle Fave u. a. 2016: 30). Unter der Kategorie „Harmonie und innere Balance“ versammelten die Autor/innen Angaben zu solchen Einstellungen wie Seelenfrieden, Gemütsruhe, Einklang mit der Welt („being attuned with the universe“), Balance zwischen dem Gewünschten und dem Erreichten sowie Behagen.

Diese Untersuchung veranschaulicht zwei Aspekte des Glücksbegriffs, die für die Kommunikation von Nachhaltigkeitspolitik von Relevanz sind. Zum einen bestätigt die Untersuchung, dass mit dem Konzept des Glücks primär individuelle psychologische Zustände gemeint werden. Weiter oben haben wir diskutiert, dass dies eine Gefahr dafür darstellt, das Konzept des Glücks für die Kommunikation der Leitorientierung der Nachhaltigkeitspolitik zu verwenden (vgl. S. 24f.). Allerdings zeigen die Befragungen von Delle Fave u. a. (2016), dass psychologische Zustände, die im Alltagsverständnis mit dem Begriff Glück am häufigsten konnotiert werden, diejenigen sind, die auch innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses sowie des Degrowth- und Postwachstumsdiskurses<sup>16</sup> als erstrebenswert erachtet werden. So lautet eine innerhalb des Postwachstumsdiskurses vorgebrachte Kritik an den in den frühzeitig industrialisierten, wohlhabenden Ländern etablierten Lebensweisen, dass diese es eben behindern würden, ein Leben in Harmonie und innerer Balance zu führen (vgl. z. B. Muraca 2014, Rosa 2010). Zum anderen zeigt die Untersuchung, dass zahlreiche Menschen im Alltag mit dem Begriff „Glück“ eben nicht hedonistische, auf kurzfristigen Genuss ausgerichtete Werthaltungen verbinden, sondern zu einem hohen Anteil soziale Werte (Familie, zwischenmenschliche Beziehungen) sowie Gesundheit. Das sind wiederum Werte, die eine enge Beziehung zum Nachhaltigkeitsdiskurs aufweisen. Hier bietet sich für die Kommunikation der Nachhaltigkeitspolitik die Chance, den Beitrag der Nachhaltigkeitspolitik zur Stärkung dieser Werte zu verdeutlichen, die wiederum eine enge Verknüpfung zu Konzeptionen von Glück für viele Menschen im Alltag aufweisen.

Diese Diskussionen verdeutlichen noch einmal, dass der Begriff „Glück“ mehrdeutig ist und aus diesem Grund seine kommunikativen Wirkungen sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden sind, falls Glück als Zielorientierung der Nachhaltigkeitspolitik öffentlich kommuniziert werden sollte. Für die Nachhaltigkeitspolitik ist es von hoher Relevanz, welche Auffassung von Glück sich in der öffentlichen Wahrnehmung durchsetzt. Von den in der Fachliteratur drei idealtypisch unterschiedenen Verständnissen (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.3.2) ist für die Nachhaltigkeitsdiskussion der Unterschied zwischen hedonistischem und eudaimonistischem Glücksverständnis von Interesse. Während es beim ersteren im Wesentlichen um das Erfahren von angenehmen Empfindungen und das Vermeiden um unangenehmen Gefühlen geht, besteht eudaimonistisches Glück, ein erfülltes Leben zu führen, in dem Menschen ihre zentralen Fähigkeiten zur Entfaltung bringen (zu denen beispielsweise Gesundheit, Vernunft, Freuden aber auch soziale Zugehörigkeit oder die Fähigkeit zum Spielen gehören)<sup>17</sup> (Haybron 2011, Venhoeven, Bolderdijk, und Steg 2013).

---

<sup>15</sup> Es wurden 2799 Erwachsene aus 12 Ländern (Argentinien, Brasilien, Indien, Italien, Kroatien, Mexiko, Neu Seeland, Norwegen, Portugal, Südafrika, Ungarn und USA) befragt (Delle Fave u. a. 2016).

<sup>16</sup> Wenn man diese nicht als Teil des Nachhaltigkeitsdiskurses betrachtet, von dem sich zumindest manche Vertreter/innen des Degrowth-Diskurses abkoppeln möchten (vgl. hierzu das Protokoll zum ersten Fachkolloquium).

<sup>17</sup> In der Literatur gibt es keinen Konsens darüber, welche Fähigkeiten zu den zentralen menschlichen Fähigkeiten gehören. Die oben zur Veranschaulichung aufgelisteten Fähigkeiten werden beispielsweise von Nussbaum (2007) als solche ausgezeichnet.

Venhoeven u.a. (2013) untersuchen, wie umweltfreundliches Verhalten hedonistisches und eudaimonistisches Glück beeinflusst. Ihr Ergebnis lautet: Zwischen hedonistischem Glück und umweltfreundlichem Verhalten gibt es zahlreiche Konflikte. Beispielsweise kann Konsumverhalten hedonistisches Glück steigern, weil z.B. Konsum ein Mittel darstellt, um Stress abzubauen oder weil der Kauf Glücksempfindungen auslöst (Venhoeven et al. 2013; S. 1376). In Bezug auf eudaimonistisches Glück haben die Autor/innen hingegen keine Konflikte festgestellt. Vielmehr kann umweltfreundliches Verhalten dabei helfen, ein erfülltes Leben zu führen und in diesem Sinne glücklich zu werden (Venhoeven et al. 2013; S. 1378f.).

Die Untersuchung von Venhoeven u.a. (2013) stützt somit die These, dass es aus der Sicht der Nachhaltigkeitspolitik von großer Relevanz ist, welche Auffassung von Glück sich innerhalb der breiten Öffentlichkeit durchsetzt. Hedonistische, mit freudigen mentalen Zuständen verbundene Glücksauffassungen würden Risiken für die Realisierung der Ziele der Nachhaltigkeitspolitik mitbringen. Eudaimonistische Glücksauffassungen stehen den Zielen der Nachhaltigkeitspolitik deutlich näher. Delle Fave u.a. (2016) zeigten, dass im Alltagsverständnis von „Glück“ zahlreiche Elemente eines eudaimonistischen Verständnisses enthalten sind: innere Harmonie, Einklang mit der Welt, erfüllte soziale Beziehungen.

Hier bietet sich die Chance für die Nachhaltigkeitspolitik, in den öffentlichen Glücksdiskursen zum einen die eudaimonistische Glücksauffassung zu stärken und zu verdeutlichen, in welchem Maße Nachhaltigkeitspolitik zu einem glücklichen Leben in diesem Sinne beitragen kann (vgl. auch Kjell 2011). Hierbei kann auch stärker betont werden, dass Werte wie innere Harmonie, Einklang mit der Welt, erfüllte soziale Beziehungen nach Alltagsverständnis von „Glück“ zentrale Bestandteile glücklichen Lebens darstellen und dass diese Werte durch die Nachhaltigkeitspolitik gestärkt werden. O'Brien (2005, 2008) hat vorgeschlagen, dazu das Konzept von „nachhaltigem Glück“ („sustainable happiness“) oder „verantwortungsvollem Glück“ zu prägen: „Sustainable happiness is the pursuit of happiness that does not exploit other people, the environment or future generations.“ (O'Brien 2008; S. 290). Ohne an dieser Stelle die Frage diskutieren zu können, ob dieses Konzept eine für die kommunikativen Zwecke geeignete diskursive Figur darstellt, verdeutlichen die obigen Ausführungen, dass eine diskursive Figur bzw. ein kommunikatives Element nötig wäre, das die besondere Bedeutung des Glücks, das mit der Nachhaltigkeit im Einklang steht, herausstellt und sie von (hedonistischen) Glücksauffassungen abgrenzt, die dem entgegengesetzt stehen.

### 2.4.3 Postwachstum

Der Großteil des Postwachstums- bzw. Degrowth-Diskurses ist von seiner Grundidee her ökologisch motiviert (Kallis 2011, Martínez-Alier et al. 2010, Schmelzer 2015). Innerhalb des Diskurses wird die normative Überzeugung geteilt, dass ein Wandel von grundlegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen erforderlich ist, um „ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Wohlergehen“ (Demaria u. a. 2013; S. 209) zu erreichen. Insbesondere herrscht innerhalb des Degrowth- und Postwachstumsdiskurses Einigkeit über die im Brundtland-Bericht gelegten normativen Grundpfeiler der Nachhaltigkeitspolitik, nämlich die Forderung nach einer global und intergenerationell gerechten Entwicklung. Daraus wird im Degrowth- und Postwachstumsdiskurs abgeleitet, dass frühzeitig industrialisierte und wohlhabende Länder ihre Lebens- und Wirtschaftsweise derart verändern müssen, dass alle Menschen global die Möglichkeit haben, eine solche Lebensweise zu führen, und dass die in der Zukunft lebenden Menschen nicht signifikant benachteiligt werden.

Aus diesem Grund kann die Nachhaltigkeitspolitik – im Gegensatz zu den anderen beiden hier diskutierten Teildiskursen zum guten Leben – keine inhaltlichen Besonderheiten in den Diskurs einbringen. Innerhalb des Postwachstums- bzw. Degrowth-Diskurses wird vielmehr versucht, normative Ziele, die mit denen der Nachhaltigkeitspolitik im Einklang stehen, zum einen durch bottom-up Mobilisierung umzusetzen (vgl. hierzu die Debatte, ob der Degrowth-Diskurs eine soziale Bewegung repräsentiert,

z.B. Demaria et al. 2013), zum anderen wird der kommunikative Fokus auf die ökonomischen Institutionen, die dahinter stehenden Machtinteressen und die damit verbundenen Hemmnisse für das Erreichen der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung gelegt (Seidl und Zahrnt 2015).

Innerhalb des Degrowth- und Postwachstumsdiskurses hat sich eine Debatte über die Frage nach gutem Leben entwickelt, also eine Suche nach einer positiven Vision einer lebenswerten Gesellschaft, die den Gerechtigkeitsforderungen dieses Diskurses genügt (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.2). Dabei hat sich keine geteilte Vorstellung dessen herausgebildet, wie eine anzustrebende Lebensweise aussehen soll, und es wird auch keine solche Vorstellung angestrebt. Unumstritten innerhalb des Diskurses ist die Forderung, dass die zu etablierenden Lebensweisen global und intergenerationell gerecht sind. Darüber hinaus herrscht Einigkeit, dass eine lebenswerte Gesellschaft bestimmte Werte stärker realisieren sollte, als es in den wohlhabenden Gesellschaften derzeit der Fall ist: soziales Miteinander, Solidarität, Kooperation, Freizeitgenuss, Ethos des Spielens (vgl. Pissarskoi et al. i.E.; Abschnitt 2.2.2). Diese Vorstellungen guten Lebens werden innerhalb dieses Diskurses unter unterschiedlichen Begriffen diskutiert: „gutes Leben“ (Muraca 2014, Schneidewind und Zahrnt 2013), „besseres Leben“ (Drews und Antal 2016) „Buen Vivir“, „Glück“, „aufgeklärtes Glück“.

In Bezug auf das Ziel, innerhalb der Diskurse zum guten Leben Nachhaltigkeitsthemen öffentlich wirksamer zu kommunizieren, weisen Postwachstums- bzw. Degrowth-Diskurse einen Nachteil auf. Selbst innerhalb des Degrowth- und Postwachstumsdiskurses wird bezweifelt, ob der Begriff „Degrowth“ dazu geeignet sei, die politischen Anliegen des Diskurses öffentlich zu kommunizieren (vgl. Fournier 2008, Demaria et al. 2013, Drews und Antal 2016). Die Begriffe „Degrowth“ und „Postwachstum“ verweisen bereits durch ihren Namen auf das politisch zu adressierende Phänomen, nämlich (Wirtschafts-)wachstum. Befürworter/innen des Begriffes „Degrowth“ argumentieren, dass er durch die Irritation, die er auslöst, eine höhere Aufmerksamkeit schaffen könne, da er ein im Mainstream weit verbreitetes Paradigma (Wirtschaftswachstum ist erstrebenswert) auf den Kopf stelle. Der Begriff „Postwachstum“ verweise durch seine Offenheit (nach dem Wachstum) auf einen Suchprozess nach Alternativen zu dem weit verbreiteten Paradigma. Kritiker/innen der öffentlichen Kommunikation mittels dieser Begriffe wenden hingegen ein, dass diese Begriffe durch das Referieren auf das Wirtschaftswachstum innerhalb des Paradigmas verblieben, dessen Überwindung mit ihnen erreicht werden sollte (van den Bergh 2010). Darüber hinaus kritisieren Drews und Antal (2016) am Begriff „Degrowth“, dass dieser im gewöhnlichen Verständnis mit zahlreichen negativen Haltungen und Wertungen verbunden und deshalb nicht dazu geeignet sei, bei einer breiten Öffentlichkeit akzeptiert zu werden.

Genau diese Nachteile weisen Konzepte wie „gutes Leben“, „Glück“ etc. nicht auf, da die Wortbedeutung auf positiv konnotierte Werthaltungen referiert. Doch eine Verbreitung dieser Konzepte in der öffentlichen Kommunikation droht wegen der Vagheit dieser Begriffe in das in Abschnitt 0 (S. 25) dargestellte Dilemma abzugleiten: lässt man die Konzepte offen, entsteht die Gefahr, dass sie von Partikularinteressen für ihre Zwecke verwendet werden; grenzt man die Konzepte inhaltlich ein, droht der Vorwurf, paternalistische Politik zu betreiben.

Politische Kommunikation, die das Konzept des guten Lebens als Leitorientierung für ihr politisches Handeln übernimmt, muss jedoch nicht in dieses Dilemma geraten. Die Vorstellungen guten Lebens, die innerhalb des Degrowth- und Postwachstumsdiskurses diskutiert werden und die mit den Zielen der Nachhaltigkeit im Einklang stehen, sind nicht völlig beliebig. Zum einen liefern die Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit einen Rahmen dafür, welche Vorstellungen guten Lebens moralisch legitim sind und welche nicht. Zum anderen verweisen diese Diskurse auf die Vernachlässigung von bestimmten Werthaltungen in den bisherigen Lebensweisen: soziales Miteinander, Soli-

darität, Kooperation etc. Und über diese Werthaltungen herrscht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass sie zentrale Bestandteile eines guten menschlichen Lebens sind:<sup>18</sup> Nachhaltigkeitspolitik könnte nun solche Auffassungen guten Lebens zur Leitorientierung ihres politischen Handelns aufgreifen und sie in der öffentlichen Kommunikation stärken. Ein Vorwurf des Paternalismus würde auf eine solche Politik nicht zutreffen. Denn ihre moralische Legitimation bezieht sie aus den Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit, ihre faktische Legitimation lässt sich aus globalen politischen Abkommen wie den Sustainable Development Goals, klimapolitischen Abkommen bzw. Absichtserklärungen etc. ableiten. Der Vorwurf der Beliebigkeit würde auf solche Konzeptionen guten Lebens ebenfalls nicht zutreffen: Alle Vorstellungen einer Lebensweise, die mit den Prinzipien der globalen oder intergenerationellen Gerechtigkeit nicht vereinbar sind, würden herausfallen, sowie Lebensweisen, die mit sozialer Zugehörigkeit, Solidarität etc. verbundenen Werthaltungen nicht stärken.

Um der Gefahr der Vereinnahmung in der öffentlichen Kommunikation vorzubeugen, müsste der Begriff „gutes Leben“ den kommunikativen Fokus auf die zu stärkenden Werthaltungen lenken. Hierzu könnte der Begriff erweitert bzw. präzisiert werden. Innerhalb des Postwachstumsdiskurses wird der Begriff „Gutes Leben für alle“ verwendet, um die Verallgemeinerbarkeit des Konzepts zu betonen. Gleichwohl kommuniziert dieser Begriff noch nicht von sich aus, wer genau mit „alle“ gemeint wird. Und so bleibt auch dieser Begriff offen für Interpretationen wie „Alle Mitglieder eines Nationalstaates“; „Alle Menschen weltweit“; bis hin zu „alle heute und zukünftig lebenden moralisch relevanten Wesen“. Es sollten daher weitere positive diskursive Figuren entwickelt werden. Im Abschnitt 2.4.2 haben wir die Begriffe „nachhaltiges Glück“, „verantwortungsvolles Glück“ vorgestellt. Im Lichte der Diskussion in diesem Abschnitt könnten Begriffe guten Lebens, die Werte wie Solidarität, Harmonie, soziale Zugehörigkeit etc. betonen, eingeführt werden. Welche diskursiven und kommunikativen Elemente sich am besten hierzu eignen, müsste in einem weiteren Forschungsvorhaben von entsprechenden Fachexpert/innen untersucht werden.

## 2.5 Zwischenfazit

In diesem Abschnitt haben wir zwei Fragen analysiert: Können Diskurse zum guten Leben dabei helfen, Anliegen der Nachhaltigkeitspolitik weniger abstrakt und emotional ansprechender zu kommunizieren? Welche Chancen und Risiken sind damit verbunden?

Als ein Risiko haben wir die Tatsache identifiziert, dass die Leitbegriffe der Diskurse zum guten Leben – „gutes Leben“, „Glück“, „Lebenszufriedenheit“, „gelingendes Leben“ – vage sind und von daher für unterschiedliche Partikularinteressen vereinnahmt werden können. Doch hierin liegt aber auch die Chance für die Nachhaltigkeitspolitik: Wenn es gelingt, diese Leitkonzepte in der politischen Kommunikation mit den normativen Prinzipien der Nachhaltigkeitspolitik (globale und intergenerationelle Gerechtigkeit) zu verknüpfen, dann würde ein kommunikatives Element entstehen, das es erleichterte, Belange der Nachhaltigkeitspolitik emotional ansprechend zu vermitteln. Erste empirische Untersuchungen zum Alltagsverständnis des Begriffs „Glück“ verdeutlichen, dass es hierbei große Überschneidungen in den zugrundeliegenden Werthaltungen gibt.

Des Weiteren hat sich eine gegenseitige Abhängigkeit der Diskurse zum guten Leben, der Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsdiskurse gezeigt:

- ▶ Anliegen der Nachhaltigkeitspolitik allein auf der Basis der Gerechtigkeitsforderungen zu kommunizieren läuft Gefahr, keinen Anschluss in der breiten Öffentlichkeit zu finden;
- ▶ Anliegen der Nachhaltigkeitspolitik als Beiträge zum guten oder glücklichen Leben zu kommunizieren, läuft Gefahr, von dominanten Akteuren vereinnahmt zu werden;

---

<sup>18</sup> Die empirische Untersuchung des Verständnisses des Begriffes „Glück“ (Delle Fave et al. 2016) liefert sogar Hinweise darauf, dass dieser Konsens global über sehr viele Sprachen und Kulturen hinweg besteht.

- ▶ Erst wenn Diskurse zum guten Leben Vorstellungen eines guten oder gelingenden Lebens enthalten, welche die Prinzipien der intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit einhalten, werden darin Konzepte diskutiert, die als Leitbilder und Zielorientierungen für eine nachhaltige Entwicklung dienen können.

Um diese wechselseitige Abhängigkeit zu stärken, bietet es sich für die Nachhaltigkeitspolitik zum einen an, in die Diskurse zum guten Leben Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit kommunikativ einzubringen. Zum anderen kann die Nachhaltigkeitspolitik Diskurse zum guten Leben nutzen, um diskursive Figuren und Narrative zu entwickeln, die die normativen Grundprinzipien der nachhaltigen Entwicklung und ihr affine Werthaltungen (Solidarität, soziale Zugehörigkeit etc.) betonen, zum Beispiel: „nachhaltiges Glück“, „solidarisches Glück“, „verantwortungsvolles gutes Leben“.

Solche Diskursfiguren können auch in Bezug auf einzelne nachhaltigkeitspolitische Herausforderungen entwickelt werden und letztere „mit Leben“ füllen. Am Beispiel der Herausforderung der Einhaltung der Planetaren Grenzen haben wir dies veranschaulicht. Es lassen sich kommunikative Figuren entwickeln, die die Idee eines „guten“ oder „glücklichen Lebens innerhalb der Planetaren Grenzen“ ausdrücken. Eine solche Figur kann die Verbindung zwischen den abstrakten ökologischen Systemveränderungen zu dem Alltag der heute lebenden Menschen herstellen. Dabei können Narrative erarbeitet und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden, die beschreiben, wie gut und glücklich bei Einhaltung der ökologischen Restriktionen gelebt werden kann. Zweitens können mit einem solchen Konzept personifizierte Diskursfiguren entwickelt und kommuniziert werden: Die in der Zukunft lebenden Menschen sollten ebenfalls ein gutes und glückliches Leben führen können. Es bietet sich an, die zukünftigen Generationen zu personifizieren und als reale Menschen anschaulicher bzw. lebendiger zu kommunizieren: als Menschen, die ebenfalls glücklich sein wollen, über Bedürfnisse, Empfindungen und Gefühle verfügen.

## 3 Gutes Leben als Brücke zwischen Nachhaltigkeit und öffentlich resonanten Diskursen

### 3.1 Einleitung

„Nachhaltigkeit“ ist seit geraumer Zeit nicht mehr nur ein Topos des umweltpolitischen Diskurses. Vielmehr sind Begriff und Konzept auch in andere gesellschaftspolitische Felder diffundiert und dort den je feldspezifischen Gegebenheiten angepasst worden. Zumindest in Einzelfällen lässt sich behaupten, dass der Rekurs auf entsprechend adaptierte Vorstellungen von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung zu bedeutenden Restrukturierungen der jeweiligen gesellschaftspolitischen Felder geführt haben. Dies war und ist beispielsweise im finanzpolitischen (BMF 2001, European Commission 2016) sowie im sozialpolitischen Feld (Rürup 2003, Gruescu und Rürup 2005) der Fall. In beiden Bereichen operierte der Diskurs mit einem stark aufgeladenen Begriff der „Generationen“, konkret mit der Vorstellung intergenerationeller Verantwortung bzw. dem Bild des Generationenvertrags, die als erfolgreiche politische Operationalisierungen der Nachhaltigkeitsidee verstanden werden können.

Im Folgenden wird daher zunächst der jüngere sozialpolitische, genauer rentenpolitische Diskurs unter dem Gesichtspunkt analysiert, was als das „Erfolgsgeheimnis“ dieser politisch resonanten und regulativ folgenreichen Nachhaltigkeitsdebatte gelten kann. Auffällig ist dabei, dass die Wertidee der Gerechtigkeit, feldspezifisch konzipiert als „Generationengerechtigkeit“, eine offenkundige politische Mobilisierungskraft besitzt, die weitreichende Reformen der Rentengesetzgebung in Deutschland ermöglicht hat – in einem Feld also, das für die politische Legitimation von Akteuren in Exekutive und Legislative von zentraler Bedeutung ist und nicht zuletzt deswegen als nur schwer reformierbar gilt. Allerdings spielten in diesem Fall Diskurse zum „guten Leben“ bzw. Fragen der Organisationsformen zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens kaum eine bzw. allenfalls eine untergeordnete Rolle: Dominant war ein gewissermaßen fiskalpolitisch reduziertes Verständnis von Gerechtigkeit zwischen den Generationen, das „Nachhaltigkeit“ sinnlogisch mit Konzepten der Systemstabilität und der intertemporalen Kontinuität von Renditeerwartungen verknüpft. Was allerdings nicht heißt, dass hier nicht auch andere diskursive Verknüpfungen denkbar und möglich wären (sondern umgekehrt gerade auf eben solche Alternativen verweist).

Ein gesellschaftspolitisches Feld, in dem normativ gehaltvollere Verknüpfungen bereits stattfinden, ist das aktuell öffentlich stark präsente und politisch extrem umkämpfte Feld der Fluchtmigration bzw. der Aufnahme von Geflüchteten. Zwar lässt sich auch hier der diskursive Strang fiskalischer Belastungen bzw. deren institutioneller Allokation identifizieren, stärker als im (im engeren Sinne) sozialpolitischen Feld treten aber zunehmend substanzielle Fragen der weltweiten, offenkundig ungleichen Ressourcenverteilung sowie normative Erwägungen im Sinne der gegenwärtigen Defizite und zukünftig notwendigen Förderung „globaler Gerechtigkeit“ in den Vordergrund. In diesem Feld liegen die Verbindungen zu Diskursen des „guten Lebens“, und zwar mit Abstufungen in all ihren zuvor identifizierten Varianten („Beyond-GDP“, „Glück“, „Postwachstum“), auf der Hand – und sie werden in den entsprechenden Debatten, jedenfalls ansatzweise, auch tatsächlich hergestellt. Das migrationspolitische Feld wird daher nachfolgend als jenes identifiziert, das – zumal es in absehbarer Zeit wohl kaum an gesellschaftspolitischer Relevanz verlieren wird – am ehesten auf Konzeptionen des guten Lebens zurückgreifende Brückenschläge zum Nachhaltigkeitsdiskurs erlauben dürfte.

Als potenziell entscheidend für einen derartigen Brückenschlag werden abschließend zwei Faktoren identifiziert: Zum einen die Gerechtigkeitssemantik, die unmittelbaren Anschluss an alltagsweltliche, empirisch vorzufindende Angemessenheitsintuitionen und Begründungsdiskurse herstellt; zum anderen der Bezug auf real existierende Menschen – seien es nun zukünftige Generationen oder gegenwärtig Geflüchtete –, welcher es ermöglicht, die ansonsten abstrakt bleibende Idee der Nachhaltigkeit, und nicht weniger auch die der Gerechtigkeit, im Wortsinne „mit Leben zu füllen“.

### 3.2 Der sozialpolitische Diskurs zur „Generationengerechtigkeit“

Schon lange vor den durch die Finanzmarktkrise 2008ff. befeuerten Debatten um ausufernde Staatsschulden und eine wahlweise als geboten oder gar unausweichlich erscheinende Politik der „Austerität“ in Europa (Blyth 2013, Schäfer und Streeck 2013) ist die Frage fiskalischer Nachhaltigkeit, sprich eines langfristigen Ausgleichs von Ausgaben und Einnahmen, mit Blick auf die quasi-öffentlichen Sozialversicherungshaushalte zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung geworden. Besondere Prominenz hat diese Diskussion im Feld der Alterssicherung erlangt. Dies hat zum einen mit der sozialen Tatsache des demographischen Wandels zu tun, der die – nicht selten allerdings politisch wie medial überdramatisierte und mit weit ins laufende Jahrhundert ausgreifenden Bevölkerungsprojektionen operierende – wissenschaftliche Zukunftsdiagnose der Alterung bzw. gar „Überalterung“ der deutschen Gesellschaft zu einem allgemein anerkannten Bestandteil der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung hat werden lassen. Zum anderen spielt die konkrete institutionelle Form der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für die Struktur und Spezifik der hiesigen sozial- bzw. rentenpolitischen Nachhaltigkeitsdebatte eine entscheidende Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Rentenversicherung nicht, wie es die Alliierten befürwortet hatten, nach dem „Beveridge-Modell“ einer steuerfinanzierten Volksversicherung umgestaltet worden, sondern knüpfte in ihrer institutionellen Entwicklung an das 1889 etablierte „Bismarck-System“ einer beitragsfinanzierten Arbeitnehmersicherung an (Hockerts 1980). Die „Große Rentenreform“ von 1957 brachte allerdings mindestens drei neue Strukturelemente in die GRV ein, die seither deren Nimbus als Herzstück und Flaggschiff des bundesdeutschen Sozialstaats ausmachen: Erstens wurden die Rentenzahlungen vom „Zubrot“, das eine weiterhin zumindest geringfügige Erwerbstätigkeit der Älteren bzw. die familialen Unterstützungsleistungen für selbige ergänzte, zum effektiven Lohnersatz; zweitens wurden die Rentenleistungen an die Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen gekoppelt, womit nunmehr auch die nicht mehr Erwerbstätigen am wirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt teilhatten und also am deutschen „Wirtschaftswunder“ partizipierten; drittens wurde die Finanzierung der Altersrente konsequent auf das „pay as you go“-Prinzip umgestellt, bei dem keine großen Pensionsfonds angelegt werden, sondern die Einnahmen aus den Versicherungsbeiträgen der Erwerbstätigen unmittelbar in die Auszahlungen an die anspruchsberechtigten Rentner/innen umgeleitet werden. Lebensstandardsicherung, Produktivitätsrente und Umlageverfahren lauteten mithin die drei Funktionsprinzipien der neuen Sozialrente, die zugleich zu den wesentlichen Legitimationsmomenten des deutschen Nachkriegswohlfahrtsstaats wurden (Lessenich 2013).

Insbesondere die im Prinzip rein versicherungstechnische Frage der Umlagefinanzierung erlangte als bald zentrale legitimatorische Bedeutung für das neue bzw. erneuerte Sicherungssystem, wurde sie doch in den herrschenden sozialpolitischen Diskursen zum rentenrechtlichen „Generationenvertrag“ erklärt – und damit auch moralökonomisch geadelt. Die über das Umlageverfahren institutionalisierte Reziprozität von Jung und Alt – die heute Erwerbstätigen unterstützen mit ihren Beitragszahlungen die gegenwärtig lebende Generation der Rentner/innen und werden dafür „in der nächsten Runde“, als dann selbst Ältere, von den zu jener Zeit erwerbstätigen Jüngeren unterstützt – wurde als eine gesellschaftliche, ja zivilisatorische Errungenschaft gerahmt und der Generationenvertrag zu einem allseits anerkannten Hochwertbegriff der sozialpolitischen Debatte. Die immer wieder getätigte sozialpolitische Grundsatzklärung, dass „die Rente sicher“ sei, hatte ihre gleichsam bevölkerungspolitische Basis in der „natürlichen“ Generationenfolge, die für eine langfristige Stabilität des Alterssicherungssystems auch über allfällige politisch-ökonomische Unwägbarkeiten hinweg bürgte.

Kam diese Rekonstitution des deutschen Alterssicherungssystems nach dem Zweiten Weltkrieg noch ohne die (jedenfalls sprachlich materialisierte) Idee der Nachhaltigkeit aus, obwohl ihre technische Anlage doch genau diese verkörpern sollte, so war es paradoxerweise die „Krise“ – genauer: die politisch thematisierte und gesellschaftlich wahrgenommene Krisenhaftigkeit – der Rentenversicherung

insbesondere nach der Wiedervereinigung, die zur sozialpolitischen Adaptation der Nachhaltigkeitssemantik führte. Die „Krise des Sozialstaats“ war dessen beständige diskursive Begleiterin schon von seinen historischen Anfängen an, doch mit der Ausweitung des westdeutschen Rentenversicherungssystems auf die ehemalige DDR bzw. der Gewährung von Leistungsansprüchen für viele Millionen vormalige Nicht-Beitragszahler/innen einerseits, dem wachsenden öffentlichen Bewusstsein für den anstehenden Altersstrukturwandel und insbesondere für die anhaltend niedrigen deutschen Geburtenraten andererseits konnte die finanzielle Krise der GRV in den 1990er Jahren politisch zunehmend plausibilisiert werden. Der Generationenvertrag wurde strukturell in Gefahr gesehen – und gefragt war seine nachhaltige Stabilisierung durch Anpassung der rentenrechtlichen Geschäftsgrundlage an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse (Kaufmann 1997).

In diesem Kontext wurde „Nachhaltigkeit“ zu einem stehenden Begriff der sozialpolitischen Reformdebatte. Die feldspezifische Operationalisierung desselben lief über die Konstruktion eines sozialpolitisch sicherzustellenden Verhältnisses der „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ (Brumlik 1995, Grieswelle 2002, Ekardt 2005). Das Konzept „wohlfahrtsstaatlicher Generationen“, also von durch die institutionelle Entwicklung des Sozialstaats konstituierten Generationseinheiten mit je unterschiedlichen sozialpolitisch vermittelten Lebenschancen und Interessenlagen, setzte sich nicht nur in den Sozialwissenschaften durch (Leisering 2000, Bude 2003). Auch in der öffentlichen, politisch-medialen Debatte wurden nun vermehrt entsprechende Generationenverhältnisse thematisiert und potenzielle Generationenkonflikte ausgemacht. Aus den USA, wo die Generation der „Babyboomer“ etwa ein Jahrzehnt älter ist als hierzulande, wurde nicht nur der Begriff der „intergenerational justice“ (Moody 1992), sondern auch das finanzökonomische Instrument des „generational accounting“ (Kotlikoff 1992) importiert. Mit diesem wurde, interessenpolitisch angetrieben durch die Versicherungswirtschaft und operativ umgesetzt durch ökonomische Experten und Expertinnen (Raffelhüschen und Walliser 1997, Börsch-Supan 1998), die strukturelle rentenpolitische Benachteiligung der „jüngeren Generation(en)“ gleichsam wissenschaftlich objektiviert – wobei über das Faktum sozialer Ungleichheiten innerhalb der jüngeren Geburtskohorten geflissentlich hinweggesehen wurde (Klundt 2008, Christen 2011).

Die entsprechenden Diskurse haben, so lässt sich rückblickend sagen, maßgeblich zur weithin geteilten Problematisierung des bestehenden, auf dem Umlageverfahren basierenden Rentenversicherungssystems und zur parallelen Legitimierung eines zumindest teilweisen Umstiegs auf das alternative Kapitaldeckungsverfahren beigetragen. Dieses wiederum beruht auf der Idee einer zwar kollektiv organisierten, letztlich aber individuellen Spartätigkeit für das Alter, bei der ein je „persönlicher“ Kapitalstock aufgebaut wird, von dem – so das eingängige Bild – der Beitragszahlende bei Bedarf, also nach Beendigung des Erwerbslebens, „zehren“ kann. Zwar lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass das Kapitaldeckungsverfahren weder sozial gerechter noch intergenerationell nachhaltiger ist als das Umlageverfahren, denn auch dieses steht und fällt letztlich damit, dass die erworbenen Ansprüche auf Auszahlung, in diesem Fall in Form von Renditen auf das angesparte Kapital, zukünftig von Dritten durch produktive, wertschöpfende Tätigkeit erwirtschaftet werden müssen. Die Sicherungsansprüche der zukünftig Alten sind beim Kapitaldeckungsverfahren genau genommen eben nicht durch das per Versicherungsprämienzahlung akkumulierte Vermögen gedeckt, sondern durch die Rentabilität der Finanzanlagen, denen dieses Kapital durch die Versicherungsunternehmen zugeführt wird – eine Rentabilität, die sich (ganz so wie beim Umlageverfahren auch) nur durch die Produktivität der Arbeit zukünftig lebender Menschen herstellen lässt.

Interessanterweise konnte zum Ende der 1990er Jahre gleichwohl die Auffassung diskursiv hegemonial werden, dass Rentenversicherungssysteme mit einem Umstieg vom Umlage- auf das Kapitaldeckungsverfahren gewissermaßen vom demographischen Wandel und dem Prozess der gesellschaftlichen Alterung unabhängig gemacht und somit „nachhaltig“ gestaltet werden könnten – dabei setzt die Kapitaldeckung schlicht auf Renditen, die letzten Endes von den jüngeren bzw. (und das ist der eigent-

liche Punkt) in stärkerem Maße erwerbstätigen Bevölkerungen außerhalb der OECD-Welt erwirtschaftet werden, wo die privaten Pensionsfonds ihr Anlagevermögen gewinnbringend einsetzen. In Deutschland hatte der so gestaltete – und wie angedeutet gewissermaßen „verkehrte“ – sozialpolitische Nachhaltigkeitsdiskurs die als „Riester-Reform“ bekannt gewordene Einführung einer privaten (und öffentlich geförderten), nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierten Zusatzaltersversorgung zur Folge, mit der die Versicherten, neben einer verlängerten Lebensarbeitszeit, die gleichzeitig verfügte schrittweise Abschmelzung des Sicherungsniveaus in der GRV kompensieren können sollten. Wie in anderen sozialpolitischen Feldern auch wurde der deutsche Sozialstaat damit im Bereich der Alterssicherung zu einem „hybriden“ Modell der Kombination von öffentlicher Basisversorgung mit Elementen privater – geradezu zwangsläufig neue Ungleichheiten produzierender – Vorsorge (Berner 2008).

Für eine Analyse und Bewertung des politisch resonanten Diskurses zur nachhaltigen Rentenpolitik ist nun von Bedeutung, dass es den Befürworter/innen eines Systemwechsels in der Alterssicherung gelang, das bestehende Umlageverfahren nicht nur als „technisch“ bzw. funktional problematisch erscheinen zu lassen, sondern seine Funktionsweise (bzw. seine behauptete zukünftige oder sogar schon gegenwärtige) Funktionsunfähigkeit zu moralisieren, das bestehende Alterssicherungssystem also auch normativ erfolgreich in Frage zu stellen. Hierfür war der Rekurs auf den biologisch konnotierten und lebensweltlich in hohem Maße anschlussfähigen Begriff der Generation sowie insbesondere auf das normative Ideal der Generationengerechtigkeit als zentrales Diskursfragment von entscheidender Bedeutung. Der diskurspolitische Wert des Generationen-Konzepts liegt einerseits darin begründet, dass es die Übertragung mikrosozialer Beziehungen und Erfahrungen auf makrosoziale Verhältnisse und Kontexte erlaubt, ja geradezu nahelegt: Was in familialen Zusammenhängen gang und gäbe ist – Alt und Jung stehen im Verlauf ihres Lebens sequenziell wechselseitig füreinander ein –, wird in der Idee des Generationenvertrags auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gespiegelt. Diese scheinbare makrosoziale Plausibilität einer mikrosozialen Realität hatte sich schon die Rentenreform 1957 zu Eigen gemacht: Was im Kleinen alltägliche Praxis war (oder jedenfalls als solche behauptet werden konnte), wurde nun im Großen als Leitidee sozialpolitischen Handelns institutionalisiert.

Andererseits lebt (und zwar im Wortsinne) die Idee des Generationenvertrags davon, dass Nachhaltigkeit hier ein „menschliches Antlitz“ bekommt – und vermeintlich oder tatsächlich nicht-nachhaltige Verhältnisse personenbezogen bzw. gruppenspezifisch adressiert werden können. Der Verzicht der im sozialpolitischen Diskurs als durchweg „gut versorgt“ gezeichneten Älteren auf Anteile am von ihnen nicht mehr erwirtschafteten Sozialprodukt und ihre Bereitschaft zu verlängerter Erwerbstätigkeit und zu sozialem Engagement auch in den späteren Lebensjahren wird offiziell als „Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ (Deutscher Bundestag 2006) gewertet – im Sinne einer Vermeidung materieller Verteilungs- und ideeller Anerkennungskonflikte mit den jüngeren Menschen. Gegenläufige Verhaltensweisen, und seien sie auch nur unterstellt, führen hingegen im öffentlichen Diskurs zur pauschalen, gruppenbezogenen Abwertung „der“ Alten: ihre angeblich einseitige wahlpolitische Orientierung an Statussicherung, ihre angenommene unproduktive Lebensweise als freizeitorientierte „silver agers“, ihre konsequent als noch steigerungsfähig wahrgenommene Bereitschaft zu sinnvollen Aktivitäten und ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Dem rentenpolitischen Diskurs der vergangenen zwei Jahrzehnte ist es mithin gelungen, „die Alten“ als eine (sozialstrukturell homogene) Generationseinheit zu konstruieren, die – obwohl fertilitätspolitisch nicht mehr produktiv – einen systematisch relevanten Beitrag zur Zukunft der Alterssicherung zu leisten vermag und von der ein solcher Beitrag gesellschaftlich auch erwartet werden kann. Zwar ist das damit zu erreichende gesellschaftspolitische Ziel diskursiv nicht als „gutes Leben“ im strengeren Sinne gerahmt. Wohl aber wird suggeriert, dass ältere Menschen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten können – zu dem sie im Zweifel auch regulativ anzuhalten sind, gewissermaßen nach dem sozialpolitisch gewendeten Verursacherprinzip: Gerade die demnächst ins Rentenalter kommenden „Babyboomer“ sind ja in absoluten wie relativen Zahlen große Alterskohorten mit zunehmend geringer Kinderzahl.

Wenn sie also schon keinen angemessenen generativen Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrags leisten bzw. geleistet haben, dann – so eine Erzähllinie des Diskurses –, sind sie wenigstens zu längerer Erwerbstätigkeit bzw. zu finanzieller Rücksichtnahme auf die jüngere Generation und aktivem Engagement in einer alternden Gesellschaft heranzuziehen (Denninger et al. 2014).

Der Sozialstaat tritt hier, unter der Formel einer „nachhaltigen“ Rentenversicherungspolitik, als „Sicherungsstaat“ (Nullmeier und Rüb 1993) auf: Als ein institutionelles Arrangement, das sich nicht (mehr) allein und vielleicht sogar nicht mehr in erster Linie die soziale Sicherheit der Bürger/innen auf die Fahnen schreibt, in dem also werthaltigen Fragen des „guten Lebens“ im Alter, einer gelingenden Lebensführung in der Nacherwerbsphase oder der Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft faktisch nachrangige Bedeutung zukam. Bezugspunkt sozialpolitischer Reform wurde vielmehr – in einer eigentümlich reflexiven, selbstbezogenen Wendung – die Sicherung des Sicherungssystems als solches. In Zeiten „neoliberaler Reform“ des Sozialstaats bedeutet dies u.a. Leistungsabsenkungen und Teilprivatisierungen, die aber im einschlägigen sozialpolitischen Diskurs erfolgreich als systemische Rettungsaktionen dargestellt werden konnten (und nach wie vor können), die letztlich „allen“ zu Gute kommen. Das Konzept der Generationengerechtigkeit bildet dabei das zentrale normative Versatzstück des Diskurses (Brettschneider 2007, 2009), und zwar in einer intertemporalen Variante, bei der nicht etwa die (empirisch messbaren) gegenwärtigen Verteilungsrelationen zwischen den jüngeren und älteren Altersgruppen im Mittelpunkt stehen, sondern die (prospektiv unterstellten) langfristigen Verteilungsungleichheiten über die Zeit. Obwohl letztere nur schwer zu kalkulieren sind und in ihrer materiellen Dimension abstrakt bleiben (müssen), ihr zukünftiges Eintreten zudem überhaupt noch gänzlich offen ist, war es im sozialpolitischen Feld möglich, auf dieser im Grunde dürftigen Basis einen weitreichenden (und, wie die mittlerweile einsetzende Diskussion über die Rückkehr der Altersarmut in die deutsche Gesellschaft zeigt, auch in seinen Outcomes „nachhaltig“ wirksamen) institutionellen Wandel herbeizuführen.

Eine „Politik der Nachhaltigkeit“, die „Erneuerung des Generationenvertrags“ und die Umstellung von klassischer Verteilungsgerechtigkeit auf die zukunftssträchtiger erscheinende „Generationengerechtigkeit“ lassen sich als die diskursiven Einfallstore und semantischen Türöffner für eine regulative sozialpolitische Intervention mit hoher faktischer Bindungswirkung für individuelle Handlungsorientierungen (im Sinne der privaten Altersvorsorge) identifizieren. Handlungssteuernde Effekte, wie man sie sich in der Klimaschutz- oder Ressourcenschonungspolitik nur wünschen könnte – wo sie aber nicht nur an anders gelagerten, Nachhaltigkeit als Kostenfaktor wahrnehmenden Unternehmensinteressen scheitert, sondern auch an einer Alltagspraxis, für die der persönliche Nutzen von Umweltschutz weit weniger unmittelbar erscheint als jener von soliden Staatsfinanzen oder einer sicheren Rente. Durch die „Humanisierung“ der sozialpolitischen Problematik in Gestalt ihrer Projektion auf ein alltagsweltlich nachvollziehbares „Generationenproblem“ konnte eine generalisierte öffentliche Problemwahrnehmung hergestellt werden, die sich als äußerst politikwirksam erwies. Letztlich ging es in diesem Feld allerdings fast ausschließlich um die nicht auf Kosten der Zukunft überauszubeutenden finanziellen Ressourcen, im Kern also um fiskalische Nachhaltigkeit und „ausgeglichene Haushalte“. Allenfalls sekundär waren die sozialen Ressourcen thematisch, auf denen ein funktionierender „Generationenvertrag“ beruht und derer er bedarf, sprich die substanzielle Frage einer sich immer wieder neu generierenden intergenerationellen Solidarität. Dieser Zusammenhang stellt sich in dem zweiten zu beleuchtenden Diskursfeld durchaus anders dar.

### **3.3 Diskurse zur Fluchtmigration und die Wertidee „globaler Gerechtigkeit“**

Die jüngere Migrationspolitik und insbesondere auch die jüngsten Entwicklungen im Feld der Fluchtmigration sind aus naheliegenden Gründen bislang diskurspolitisch deutlich weniger gut untersucht worden als die zuletzt skizzierten Umbrüche in der Alterssicherungspolitik. Gleichwohl sprechen gute Gründe dafür, sich dieses Diskursfeld „in statu nascendi“ etwas genauer anzusehen, wenn es um die

Frage politisch resonanter Diskurse geht, bei denen Fragen des „guten Lebens“ ins Zentrum der Debatte rücken und die zugleich anschlussfähig an die Nachhaltigkeitssemantik sind. Dies scheint in den aktuellen, rund um die „Flüchtlingskrise“ sich rankenden Diskursen der Fall bzw. zunehmend der Fall zu sein. Und auch hier sind dafür zum einen die diskursive Rahmung der Geschehnisse als Gerechtigkeitsproblematik, zum anderen die mögliche, ja geradezu sich aufdrängende Personalisierung – oder mehr noch: die Personifizierung – derselben in Gestalt der Sozialfigur des Geflüchteten maßgebliche Faktoren.

Zwar wird die seit Sommer 2015 äußerst intensiv und kontrovers geführte öffentliche Debatte um die Flucht Hunderttausender Menschen insbesondere aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und Iran sowie zunehmend auch aus dem nordafrikanischen Raum zum einen von der Frage dominiert, ob die Aufnahme einer solch großen Zahl von Flüchtenden finanziell und administrativ zu bewältigen sei („Wir schaffen das“) oder ob sich Deutschland dieser Form der Zuwanderung aus gesellschaftlichem Eigeninteresse eher verschließen sollte („Obergrenzen“). Damit verbunden sind stets auch grundsätzliche Fragen zur Aus- bzw. Umgestaltung des EU-Migrations- und Mobilitätsregimes („Dublin“, „Schengen“, „Frontex“, „sichere Drittstaaten“, „Festung Europa“). Zum anderen steht die Herausforderung der – gebotenen, gelingenden, scheiternden, zu erzwingenden – Integration der Geflüchteten in die zentralen gesellschaftlichen Funktions- und Leistungssysteme (Bildungs- und Erziehungswesen, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt) sowie in „die Gesellschaft“ als solche im Mittelpunkt der Debatte.

Die Diskurslandschaft teilt sich diesbezüglich – allerdings nur in allererster, empirisch noch nicht systematisch fundierter Annäherung – in drei, deutlich ungleich große, „Regionen“ auf. Der wohl gesellschaftlich mehrheitlich vertretenen „restriktiven/prohibitiven“ Position einer konsequenten Reduzierung und zukünftigen Begrenzung der Zuwanderungszahlen sowie eines strikten Grenzkontrollregimes, die de facto (und allen politischen Oberflächengefechten zum Trotz) auch dem regierungsamtlichen Handeln der Bundesrepublik unterliegt, steht eine allerdings recht starke gesellschaftliche Minderheitenposition der „Liberalität/Toleranz“ gegenüber, die für relativ großzügige Aufnahme- und auch Bleiberegungen für Geflüchtete sowie für verstärkte administrative wie auch zivilgesellschaftliche Anstrengungen zur Erleichterung des Alltags derselben und zu ihrer sozialen Integration eintritt („Willkommenskultur“). Während die erstgenannte Position mittlerweile in radikal(isiert)er und äußerst öffentlichkeitswirksamer Form von politischen Organisationen und Bewegungen (AfD, PEGIDA) repräsentiert und aufmerksamkeitspolitisch verstärkt wird, bleibt das weite Feld der privaten bzw. ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe bislang bemerkenswert unpolitisiert, ja häufig sogar apolitisch, in jedem Fall aber öffentlich-medial unterrepräsentiert. Deutlich am Rande des Diskursfeldes (und in diesem Sinne auch politisch marginalisiert) positioniert sich ein als „permissiv/libertär“ zu bezeichnendes Milieu, das für eine möglichst weitgehende Liberalisierung und Entkriminalisierung von Zuwanderung („open borders“, „Kein Mensch ist illegal“, „right to stay“) sowie für eine systematische Politik der Teilhabeberechtigung von hier lebenden Nicht-Staatsbürger/innen plädiert.

Jenseits bzw. zunächst noch „unterhalb“ dieses die öffentliche Aufmerksamkeit besetzenden und strukturierenden Diskursfeldes werden in der deutschen Debatte jedoch zunehmend auch Diskurspositionen eingenommen, die das komplexe Faktorenbündel thematisieren, das den aktuellen Flucht- und Wanderungsbewegungen zugrunde liegt. Hieran beteiligen sich, außer einigen wenigen Politiker/innen aus der „zweiten Reihe“, insbesondere Wissenschaftler/innen sowie Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen im Feld humanitärer Hilfe und transnationaler Solidarität (wie besonders intensiv z.B. Medico International). Zumindest ex negativo ist dieser, einstweilen noch nachgeordnete und von wenig machtvollen Diskursakteuren vorangetriebene, Diskursstrang auf Vorstellungen des „guten Lebens“ bezogen – nämlich insofern, als den ihre Heimatländer verlassenden und bei uns landenden bzw. an den europäischen Mittelmeerküsten strandenden Flüchtenden ein solches Leben verwehrt bleibt bzw. ihnen die grundlegenden Voraussetzungen für eine „gelungene“ Lebensführung systematisch vorenthalten werden. Und im Kontext dieser international systematisch ungleich verteil-

ten Chancen auf ein gutes Leben wird zunehmend auch die Verantwortung thematisiert, die „der Westen“ bzw. die reichen Industrienationen der westlichen Welt für diese asymmetrische Chancenstruktur tragen (Lessenich 2016).

Vielleicht am offenkundigsten wird dieser Bezug in geopolitischen Fragen: Kriegsbedingte Fluchtbewegungen, wie sie gegenwärtig und gewissermaßen vor der Haustüre Europas liegend von Syrien ausgehen, lassen sich mittelbar wie unmittelbar mit dem Handeln westlicher Regierungen und den Praktiken europäischer wie nordamerikanischer Unternehmen (am offensichtlichsten in Fragen des Waffen- und Rüstungsexports) in Verbindung bringen. Dass die politisch-militärischen „Krisenherde“ an den Peripherien Europas und der Welt unter aktiver Mitwirkung der ökonomisch führenden und politisch stabilen Zentren des Weltstaatensystems entstanden, ja nicht selten sogar von ihnen herbeigeführt und befeuert worden sind, gehört zum gesicherten Wissen und mittlerweile auch zum argumentativen Arsenal eines kritischen Diskurses zur Fluchtmigration.

Für das hier verfolgte Anliegen relevanter aber sind die im Kontext dieser Diskurse thematisierten geoökonomischen und -ökologischen Sachverhalte, die sich in der Debatte um die nicht-nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise in den „entwickelten“ Hochproduktivitäts- und -konsumgesellschaften bündeln (Seidl und Zahrnt 2010, Paech 2012, Welzer 2013). Dabei spielen auch, aber keineswegs nur die langfristigen Klimaschäden eine Rolle, die durch den „fossilen Kapitalismus“ und die diesem inhärenten Wachstumsdynamiken produziert werden – und deren spürbaren ökologischen, ökonomischen und sozialen Effekte sich derzeit noch auf die Regionen im „globalen Süden“ konzentrieren. Auch der in globalem Maßstab sich vollziehende ungleiche ökologische Tausch, bei dem die reichen Länder über die Auslagerung schmutziger Industrien und den Export von Rückständen der industriellen Produktions- und Konsumweise in ärmere Weltregionen ihre lokalen Umweltbilanzen „frisieren“ und die ökologischen Kosten ihrer gesellschaftlichen Reproduktion anderen auferlegen (vgl. AP 2.2), wird in diesem Diskurs zur Sprache gebracht (Raza und Novy 1997). Schließlich sind die schlechten, teils menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen an den „verlängerten Werkbänken“ der westlichen Industrienationen bzw. entlang der Wertschöpfungs- und Zulieferketten europäischer und nordamerikanischer Unternehmen im produzierenden Gewerbe ein wiederkehrendes und besonders prominentes Thema in diesem Kontext (Hartmann 2016).

All diese Phänomene und Zusammenhänge werden nun in einem Diskursstrang zusammengebunden, der die massiven und offensichtlichen sozialen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen, Umweltbedingungen und Lebenschancen auf den Begriff bringt bzw. in die Frage nach der globalen Gerechtigkeit fasst (Ekardt 2005, Broszies 2010, Carroll 2016). Globale Gerechtigkeit wird wiederum in einem Teildiskurs desselben im Sinne gleicher oder zumindest sich im Zeitverlauf verlässlich angleichender Chancen auf ein „gutes Leben“ innerhalb wie außerhalb der geoökonomischen Zentren des Wohlstands verstanden. Dabei dominieren hier die für den Postwachstumsdiskurs charakteristischen Vorstellungen einer nicht im engeren Sinne post-materialistischen, sondern den materialistischen Bias westlich-industrieller Lebensführungsmuster und Sinnstiftungsweisen durchkreuzenden und überwindenden Konzeption des guten Lebens oder – in der mittlerweile auch in Europa popularisierten lateinamerikanischen Variante – des „buen vivir“ (Muraca 2014, Acosta 2015, Pissarskoi et al. i.E.).

Ein wichtiges, zugleich kritisch-analytisches wie auch an alltägliche Erfahrungswelten der Menschen in reichen Ländern wie Deutschland anschlussfähiges Konzept in diesem Zusammenhang ist das der „imperialen Lebensweise“ (Brand und Wissen 2011). Mit dem assoziativen Anschluss an die Figur des Imperiums verweist es zum einen darauf, dass die ressourcenverbrauchs- und emissionsintensiven Lebensstile der reichen Länder des „globalen Nordens“ sich im Zeitalter der Globalisierung die gesamte Welt (bzw. die gesamte globale Umwelt) untertan gemacht und die Vorstellungswelten auch weiter Teile der „unterentwickelten“ Weltregionen, nicht zuletzt die Vorstellungen von einem guten Leben, erfolgreich kolonialisiert haben. Zum anderen gehen imperiale Herrschaftsverhältnisse immer

auch mit der Ausbeutung der beherrschten Gebiete einher – und die Exklusivität der imperialen Lebensweise liegt strukturell darin begründet, dass sie schlechterdings nicht zu universalisieren ist: Es ist eines ihrer wesentlichen Merkmale, dass sie nur Minderheiten – den Bevölkerungen des imperialen Zentrums – vorbehalten bleibt und bleiben soll, dass weltgesellschaftliche Mehrheiten hingegen davon ausgeschlossen sind und nicht nur wegen der planetarischen Grenzen weiterer ökologischer Belastbarkeit, sondern auch wegen des Interesses der „imperialen Klassen“ an der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien davon ausgeschlossen bleiben müssen.

Eine freiwillige Abkehr der reichen Gesellschaften bzw. ihrer ober- und mittelschichtigen Mehrheiten von der imperialen Lebensweise ist aus dem letztgenannten Grund zwar unwahrscheinlich. Und es gibt sogar Positionen im Diskursfeld, die angesichts der Prognose einer Anpassung von Zugewanderten an die umweltbelastende Lebensweise ihrer „imperialen“ Aufnahmeländer für strikte Migrationsbarrieren im Interesse der Nachhaltigkeit plädieren (Daly 2015) – eine bemerkenswerte und ethisch mindestens paradox zu nennende Wendung. Gleichwohl muss betont werden, dass mit dem Konzept einer Lebensweise, die das (nach hierzulande gängigen Maßstäben) gute Leben den Wenigen vorbehält und den Vielen vorenthält, ja die nur auf Kosten großer gesellschaftlicher Mehrheiten in den weniger privilegierten Weltregionen überhaupt denk- und lebbar ist, eine Diskursfigur zur Verfügung steht, die im Verbund mit der Wertidee globaler Gerechtigkeit praktisch alle Voraussetzungen operativer Diskursmacht erfüllt. Sie appelliert einerseits an die Moral, indem sie auf nicht nur zufällig oder vorübergehend, sondern systematisch und anhaltend ungerechte Verteilungsverhältnisse verweisen kann. Andererseits spricht sie die Vernunft an, denn es ist durchaus bekannt, dass Imperien bzw. imperiale Herrschaftsansprüche historisch immer nur von begrenzter Dauer waren – und dass Imperien letztlich entweder an ihrer Überdehnung oder aber an der Auflehnung der Beherrschten gescheitert sind (Münkler 2005). Vor diesem Dilemma aber scheinen auch die heutigen Zentren der imperialen Lebensweise zu stehen: Die Überdehnung ihrer Inanspruchnahme ökologischer Ressourcen und ihrer Monopolisierung von Lebenschancen tritt zunehmend ins gesellschaftliche Bewusstsein. Und die Auflehnung der von der imperialen Lebensweise Beherrschten äußert sich nicht zuletzt – und ganz plastisch – in den Fluchtbewegungen ins Herz des Imperiums.

Die aktuelle Fluchtmigration ist daher nicht in erster Linie deswegen für Diskurse zum guten Leben und zur Nachhaltigkeit bzw. für deren strategische Verknüpfung relevant, weil sie ein unmittelbarer Ausweis von Ressourcenkonflikten oder „Klimakriegen“ wäre (Welzer 2008, Leggewie 2011). Sie macht vielmehr deutlich, wie viele Menschen weltweit auf der Suche nach dem guten Leben sind, wie wir es derzeit verstehen; wie wenig wir einstweilen bereit sind, andere an diesem guten Leben teilhaben zu lassen; wie wenig erfolgversprechend – und wie moralisch belastend – aber zugleich eine Politik der räumlich-militärischen Abschließung der Binnenwelt des guten Lebens gegen die Außenwelten des Strebens in diese Innenwelt ist; und wie fragwürdig eine Vorstellung vom guten Leben ist, das sich offensichtlich nicht verallgemeinern lässt, sondern nur privilegierten Minderheiten vorbehalten sein soll und bleiben muss. Der Diskurs um Fluchtmigration ist damit zugleich ein Diskurs um die herrschende Konzeption des guten Lebens – und um Fragen globaler Gerechtigkeit sowie, davon abgeleitet, kosmopolitischer Solidarität (Pogge 2011, Pofertl 2015).

Für die soziale Wirksamkeit dieser Diskurstriangulation – zwischen gutem Leben, imperialer Lebensweise und globaler Gerechtigkeit – von entscheidender Bedeutung ist, dass die aktuelle Fluchtmigration einen alles andere als abstrakten, sondern äußerst konkreten Bezugspunkt und Kristallisationskern derselben bietet: Anders als allfällige, aber weit entfernte „Katastrophen“, die uns nur über massenmediale Repräsentationen zugänglich sind und verfügbar werden, oder als die „langsame Gewalt“ (Nixon 2011) nur nach Jahrzehnten sichtbarer Umweltschäden zeichnet sich die soziale Tatsache der Fluchtmigration durch ihre Sichtbarkeit und, mehr noch, ihre „Körperlichkeit“ aus: Es sind real existierende Menschen aus Fleisch und Blut, die (so sie bei der Flucht an die Grenzen der westlichen Wohl-

standswelten nicht zu Tode kommen) als lebendiger Ausweis beschädigten Lebens, abhängiger Lebensweisen und globaler Ungerechtigkeit vor uns stehen und sich nur noch unter Aufwand größerer Mühen an Ignoranz, Arroganz oder Gewalt unsichtbar machen lassen.

### 3.4 Zwischenfazit

Der in der jüngeren Vergangenheit ohne Zweifel politisch resonante sozialpolitische Diskurs der „Generationengerechtigkeit“ und ein gegenwärtig im Feld der Fluchtmigration entstehender Diskurs rund um Vorstellungen „globaler Gerechtigkeit“ bieten für die Nachhaltigkeitsdebatte bzw. deren strategische Wiederbelebung zwei wichtige analytische Anhaltspunkte. Erstens kann die Anrufung von Gerechtigkeitsnormen unmittelbar an die normativen Intuitionen der „Leute“ (Vobruba 2009) anschließen. Die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt, dass gesellschaftlich – und auch im internationalen Vergleich – zwar unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien Anklang finden, dass es aber einen gesellschaftsübergreifenden Konsens gibt, wonach die Gestaltung der sozialen Verhältnisse (so oder so) gerecht sein soll. Ungerechtigkeit ist gesellschaftlich nicht gut beleumundet, als ungerecht wahrgenommene soziale Strukturen oder Entwicklungen sind unter demokratischen Bedingungen stets rechtfertigungspflichtig. Eine allzu offenkundige „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2013) unterliegt ebenfalls entsprechenden Rechtfertigungszwängen. Diskurspolitisch bietet es sich daher an, die im globalen Maßstab ungerechten Verteilungseffekte einer solchen Politik zum Thema zu machen (LMd und Kolleg Postwachstum 2015).

Zweitens verweisen die untersuchten Diskurse aber auch darauf, dass deren politische und soziale Effektivität mit der Personifizierbarkeit der Gerechtigkeitsprobleme steht und fällt. Im Diskurs zur Generationengerechtigkeit ist es mächtigen Diskursakteuren gelungen, das Problem der Nicht-Nachhaltigkeit des Rentensystems auf die Sozialfigur der „älteren Generation“ zu projizieren. Damit wurden nicht nur die ökonomischen Verteilungsungleichheiten unter den gegenwärtig lebenden älteren Menschen – und also ihre strukturell ungleichen Chancen auf ein „gutes Leben“ im Alter – verdunkelt, sondern es wurde gleich auch noch ein Schuldiger ausgemacht, dessen Beitrag zu einem fiskalisch nachhaltigen Sicherungssystem eingefordert werden konnte. Im Feld der Fluchtmigration besteht derzeit die Gefahr, dass in analoger Weise die Problematik der „Flüchtlingskrise“ – nach klassischer „blaming the victim“-Manier – den Geflüchteten selbst zugerechnet wird. Zugleich bietet die (unmittelbare, körperliche) Präsenz der Geflüchteten aber auch die Chance, dem Problem der globalen Gerechtigkeit gleichsam „ein Gesicht“ – bzw. viele Gesichter – zu geben und die Zurechnungspraktiken diskursiv zu verschieben. Denn hier geht es ganz offensichtlich nicht nur um Fragen der Lebensqualität zukünftiger Generationen, sondern um die gegenwärtigen Kosten einer Politik der Nicht-Nachhaltigkeit, die das Lebensschicksal bereits lebender Menschen bestimmen. Auch hier aber bräuchte es allerdings für eine entsprechende Diskursverschiebung machtvolle Diskursakteure – kritische Wissenschaftler/innen und im Feld humanitärer Hilfe operierende NGOs sind eben dies jedoch nicht. Es bedürfte vielmehr eines aktiv-strategischen diskurspolitischen Einsatzes aus den Zentren der institutionalisierten Politik, um die oben angedeutete Erzähllinie öffentlich stark zu machen: Die aktuelle Fluchtmigration ist ein Ausweis und Effekt globaler Ungerechtigkeiten; die Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen und die Bekämpfung der Fluchtursachen ist eine Frage von erfolgreichen Politiken der Nachhaltigkeit; deren Voraussetzung wiederum aber ist die gesellschaftliche Verständigung über eine verallgemeinerungsfähige Konzeption des guten Lebens.

## 4 Fazit

In diesem Bericht haben wir die Leitfrage untersucht, ob Diskurse zum guten Leben eine Art kommunikativer Brücke darstellen, die es erlaubt, die abstrakten Ziele der Nachhaltigkeitspolitik an die Lebenswelt der Bürger/innen anzudocken, d.h. mit ihren aktuellen Belangen, Interessen, Anliegen, Sorgen etc. zu verbinden. Hierzu haben wir die folgenden vier Thesen vertreten:

**These 1:** Auffassungen guten Lebens können als Leitbilder Orientierung im Umgang mit zentralen Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik liefern – allerdings nur, wenn Konzepte guten Lebens eng an die Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit gekoppelt werden.

**These 2:** Diskurse zum guten Leben ermöglichen neue Narrative, die die Nachhaltigkeitskommunikation unterstützen – beispielsweise mittels neuer „Diskursfiguren“ wie „verantwortungsvolles Glück“.

**These 3:** Vorstellungen guten Lebens können als kommunikative Brücke zwischen öffentlich breit diskutierten Themen, wie beispielsweise der Fluchtmigration, und Nachhaltigkeitszielen fungieren.

**These 4:** Nachhaltigkeitskommunikation kann vom Erfolg anderer Diskurse lernen – beispielsweise bietet der Diskurs zur Rentensicherung Ansätze dafür, wie die abstrakte normative Idee der Generationengerechtigkeit kommunikative und politische Wirkung entfaltet.

Abschließend führen wir die Erkenntnisse dieses Arbeitspaketes anhand der in Abschnitt 0 aufgeführten Leitfragen zusammen.

1. Welche Chancen und Ansatzpunkte bietet eine auf die Lebensqualität orientierte Politik für eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik?

Generell lässt sich festhalten, dass das Konzept guten Lebens (das verwandte Begriffe wie Lebensqualität, Wohlergehen, Glück etc. umfasst) eine positive Leitorientierung für die Nachhaltigkeitspolitik darstellen kann. Unter einer ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik haben wir im Rahmen dieses Berichtes eine Politik verstanden, der es gelingt, zentrale Herausforderungen der aktuellen Nachhaltigkeitspolitik zu bewältigen. Und insbesondere bezüglich der inhaltlichen und der prozeduralen Herausforderungen bieten Konzepte guten Lebens Ansätze, indem sie die bisherigen umwelt- und nachhaltigkeitspolitischen Diskurse um positive Visionen erweitern können.

In Bezug auf inhaltliche Herausforderungen zeigt sich dies am Beispiel der Herausforderung, planetare Grenzen einzuhalten, besonders deutlich. Ist dieser Diskurs wesentlich negativ motiviert – es geht um politische Maßnahmen, um das Überschreiten gewisser Grenzwerte zu verhindern – bieten Konzepte guten Lebens die Chance, positive Visionen einer gelingenden oder glücklichen Lebensweise innerhalb des (durch die Grenzen ausgezeichneten) Handlungsraumes zu entwickeln und in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Auch in Bezug auf prozedurale Herausforderungen gegenwärtiger Nachhaltigkeitspolitik bietet eine Ausrichtung auf die Förderung guten Lebens eine Chance, politisches Handeln horizontal und vertikal zu integrieren, da dieses Thema alle politischen Ressorts betrifft.

Gleichzeitig haben die Analysen in diesem Bericht auch gezeigt, dass es für die Nachhaltigkeitspolitik von hoher Relevanz ist, dass die Auffassung guten Lebens, die zum politischen Ziel erklärt wird, eng an Prinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit gekoppelt wird, d.h. dass sich in öffentlichen Diskursen Auffassungen guten, gelingenden oder glücklichen Lebens durchsetzen, bei denen es ernsthaft wünschenswert ist, dass sie alle Menschen auf der Welt und in der Zukunft erlangen können. Denn nur solche Auffassungen guten Lebens lassen die internationale und intertemporale Dimension der Nachhaltigkeit greifbar machen, wie sie in den Herausforderungen des Umganges mit Verlagerungen von Umweltbelastungen sowie von Frieden und Sicherheit deutlich werden. Hier bieten nicht-umweltpolitische Diskurse wie beispielsweise die zu Fluchtmigration aber auch zu Rentensicherung sowohl inhaltliche als auch kommunikative Ansatzpunkte, um

normative Grundpfeiler wie „global verallgemeinerungsfähige Lebensweise“ oder „Generationengerechtigkeit“ in die Diskurse einzubringen.

2. Welche Risiken stellt die Hinwendung zu einer auf individuelle Lebensqualität orientierten Politik für eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik dar?

Das Konzept guten Lebens (und die damit verbundenen Begriffe) sind zunächst einmal inhaltlich nicht näher spezifiziert und erlauben sehr unterschiedliche Interpretationen. Dies lässt sich am besten am Begriff „Glück“ veranschaulichen, welcher auf dem einen Extrem mit egoistisch-hedonistischen Werthaltungen verbunden wird, auf dem anderen Extrem mit spezifischen Tugenden.

Solange das Konzept nicht mit gewissen Inhalten verbunden ist, besteht das Risiko, dass es von etablierten und machtvollen Akteuren vereinnahmt und mit ihren Interessen konnotiert wird. So kann es passieren, dass sich Auffassungen guten Lebens durchsetzen, in denen materialistischen Werten hohes Gewicht zugemessen wird. So würde auch einer Nachhaltigkeitspolitik, die das gute Leben für alle anstrebt, ein analoges Schicksal drohen wie dem bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs: eine Teilung in eine Konzeption schwacher und starker Nachhaltigkeit, wobei sich hinter dem Konzept der schwachen Nachhaltigkeit die auf dem Status quo interessierten Akteure versammeln und einen gesellschaftlichen Wandel blockieren, ohne diskursiv das Ziel der Nachhaltigkeit in Frage zu stellen.

3. Wie kann verhindert werden, dass der Diskurs zum guten Leben die Ambitionen des Leitbildes Nachhaltigkeit verdrängt oder verwässert?

Um das oben beschriebene Risiko zu vermeiden und damit der Diskurs zum guten Leben die Ambitionen des Leitbildes Nachhaltigkeit nicht abschwächt, halten wir eine inhaltliche Präzisierung bzw. Spezifizierung des Konzepts des guten Lebens, ggf. verbunden mit eigenen Begriffen wie „nachhaltiges Glück“ o.ä., für erforderlich. Insbesondere sollten Diskurse zum guten Leben mit Gerechtigkeitsdiskursen verbunden werden, sodass die darin diskutierten Auffassungen guten Lebens mit den Prinzipien der globalen unter intergenerationellen Gerechtigkeit im Einklang stehen. Darüber hinaus kann die Spezifizierung des Konzepts guten Lebens, das mit den Zielen der Nachhaltigkeit im Einklang steht, auch bestimmte Werthaltungen (Solidarität, Harmonie, soziale Zugehörigkeit etc.) betonen, die eine Vereinnahmung des Konzepts erschweren würden. Hier bietet sich für die Nachhaltigkeitspolitik die Chance, insbesondere in gesellschaftliche Diskurse zum guten Leben, die bislang einen geringen Bezug zu umweltpolitischen Themen aufweisen (z.B. Glücksdiskurs), kommunikativ einzugreifen und die Entstehung von mit den normativen Grundlagen der Nachhaltigkeit im Einklang stehenden Auffassungen guten Lebens zu fördern.

4. Lässt sich mit der politischen Hinwendung zu Fragen des guten Lebens die „emotionale“ bzw. kommunikative Lücke, die das zunächst abstrakte Leitbild der Nachhaltigkeit aufweist, füllen, weil dieser Zugang näher an der Lebenswelt der Menschen ist?

Wenn es gelingt, Leitbegriffe aus dem Diskurs zum guten Leben in der politischen Kommunikation mit den normativen Prinzipien der Nachhaltigkeitspolitik (globale und intergenerationelle Gerechtigkeit) zu verknüpfen, dann würde ein kommunikatives Element entstehen, das es erleichtern würde, Belange der Nachhaltigkeitspolitik emotional ansprechend zu vermitteln. Mit dem Rekurs auf gutes, gelingendes, glückliches Leben, das allen Menschen weltweit und in der Zukunft zustehen sollte, lassen sich die meisten Nachhaltigkeitsherausforderungen personifizieren, mit konkreten Menschen und ihren Sorgen verbinden und damit aus einer abstrakten Ebene herunterholen.

In Bezug auf die abstrakte Norm der Generationengerechtigkeit ist es beispielsweise innerhalb des rentenpolitischen Diskurses den Diskursakteuren gelungen, die Nicht-Nachhaltigkeit des Rentensystems auf die Sozialfigur der „älteren Generation“ zu projizieren. Solche personifizierten Figuren

können bezüglich nachhaltigkeitsrelevanter Themen wie Planetare Grenzen oder Verlagerung von Umweltbelastungen kreierte und in die Debatten eingebracht werden, um mit ihnen die Ungerechtigkeiten, die die Themen jeweils adressieren, zu veranschaulichen.

Doch die Hinwendung zum guten Leben erlaubt es nicht nur, die Benachteiligungen aus dem Verfehlen umweltpolitischer Ziele an konkreten Personen zu verdeutlichen. Sie bieten auch einen Resonanzraum, um positive Visionen für die Nachhaltigkeitsherausforderungen diskursiv zu entwickeln, wie beispielsweise Vorstellungen eines guten oder glücklichen Lebens innerhalb der planetaren Grenzen.

Die Analysen dieses Arbeitsschrittes verdeutlichen somit, dass Auffassungen guten Lebens ein Orientierung stiftendes Element und Diskurse zum guten Leben ein kommunikatives Mittel darstellen können, mit der abstrakte Ziele der Nachhaltigkeitspolitik mit den unmittelbaren Belangen, Interessen, Anliegen, Sorgen etc. der Bürger/innen verbunden werden können. Der Bericht veranschaulicht aber auch Risiken, die damit verbunden sind, entwickelt jedoch gleichzeitig Vorschläge, wie den Risiken vorgesorgt werden kann.

Die dargestellten Analysen lassen jedoch an diese Arbeiten anschließende Fragen offen, die in weiteren Forschungsprojekten bearbeitet werden müssten. Insbesondere stellen sich nun Fragen, wie genau die in diesem Bericht identifizierten kommunikativen Mittel umgesetzt werden können:

- ▶ Mit welchen kommunikativen Mitteln können unterschiedliche soziale Milieus (z.B. bildungsferne oder finanziell schwache Milieus) erreicht werden? Welche sozialen Figuren, Aspekte guten Lebens sind dort jeweils anschlussfähig?
- ▶ Wie genau sehen einfach vermittelbare Botschaften für unterschiedliche Zielgruppen aus, mit denen sich Konzepte wie z.B. „nachhaltiges/verantwortungsvolles Glück“ kommunizieren lassen?
- ▶ Wie sehen Visionen eines guten Lebens innerhalb von planetaren Grenzen aus?

## 5 Quellenverzeichnis

Abdallah, Saameh; Michaelson; Juliet, Shah Sagar; Stoll, Laura; & Marks, Nic (2012): The Happy Planet Index: 2012 Report, A global index of sustainable well-being. London.

<https://static1.squarespace.com/static/5735c421e321402778ee0ce9/t/578cb7e8b3db2b247150c93e/1468839917409/happy-planet-index-report-2012.pdf> . Aufgerufen am 19.12.2017.

Acosta, Alberto (2015): Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben. München.

Ahlert, Gerd; Meyer, Bernd; Zieschank, Roland; Diefenbacher, Hans; & Nutzinger, Hans G. (2013): Synopsis of Approaches to Welfare and of Green Growth Concepts Currently under Discussion. Osnabrück (GWS Discussion Paper, 2013/1). <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/94377/1/gws-paper13-1.pdf>. Aufgerufen am 20.01.2016.

Alcántara, Sophia; Kuhn, Rainer; Renn, Ortwin; Bach, Nicolas; Böhm, Birgit; Diemel, Hans-Ludger.; Ullrich, Peter; Schröder, Carolin & Walk, Heike (2014): DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Dessau-Roßlau. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/delikat-fachdialoge-deliberative-demokratie-analyse>. Aufgerufen am 19.12.2017.

Berner, Frank (2008): Der hybride Sozialstaat. Die Neuordnung von öffentlich und privat in der sozialen Sicherung. Frankfurt/New York.

Biermann, Frank (2012): Planetary boundaries and earth system governance: Exploring the links. *Ecological Economics* 81, S. 4-9.

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin.

Blyth, Mark (2013): Austerity: The History of a Dangerous Idea. Oxford.

BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2001): Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Geschaeftsbereich/Wissenschaftlicher\\_Beirat/Gutachten\\_und\\_Stellungnahmen/Ausgewaehlte\\_Texte/Gutachten\\_Nachhaltigkeit\\_in\\_der\\_Finanzpolitik.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Geschaeftsbereich/Wissenschaftlicher_Beirat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/Gutachten_Nachhaltigkeit_in_der_Finanzpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Aufgerufen am 27.12.17

BMUB (2015): Umweltbericht der Bundesregierung 2015. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Berlin. [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Strategien\\_Bilanzen/umweltbericht\\_2015\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Strategien_Bilanzen/umweltbericht_2015_bf.pdf). Aufgerufen am 19.01.2016.

BMUB (2016): Den ökologischen Wandel gestalten. Integriertes Umweltprogramm 2030. Berlin. <http://www.bmub.bund.de/service/veranstaltungen/details/event/konferenz-den-oekologischen-wandel-gestalten>. Aufgerufen am 26.07.2017.

Börsch-Supan, Axel (1998): Germany: A Social Security System on the Verge of Collapse. In: Siebert, H. (Hrsg.): Redesigning Social Security, S. 120-159. Tübingen.

Brand, Ulrich; & Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, A.; u.a. (Hrsg.): VielfachKrise - Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, S. 79-94. Hamburg.

Brettschneider, Antonio (2007): Jenseits von Leistung und Bedarf. Zur Systematisierung sozialpolitischer Gerechtigkeitsdiskurse. *Zeitschrift für Sozialreform* 53 (4), S. 365-389.

Brettschneider, Antonio (2009): Paradigmenwechsel als Deutungskampf. Diskursstrategien im Umbau der deutschen Alterssicherung. *Sozialer Fortschritt* 58 (9/10), S. 189-199.

Broszies, Christoph; & Hahn, Henning (Hrsg.) (2010): Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. Berlin.

Brumlik, Micha (1995): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Berlin.

Bude, Heinz (2003): Generation: Elemente einer Erfahrungsgeschichte des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, S. 287-300. Frankfurt/New York.

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3). Aufgerufen am 10.06.2015.

Bundesregierung (2004): Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung - Fortschrittsbericht 2004. Berlin. [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2006-2007/fortschrittsbericht-2004.pdf;jsessionid=680F732FB74280EEFECE72CFF81F2576.s5t2?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2006-2007/fortschrittsbericht-2004.pdf;jsessionid=680F732FB74280EEFECE72CFF81F2576.s5t2?__blob=publicationFile&v=2). Aufgerufen am 02.06.2016.

Bundesregierung (2008): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Bundesregierung. Berlin. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2008-11-17-fortschrittsbericht-2008.pdf?__blob=publicationFile) Aufgerufen am 02.06.2016

Bundesregierung (2012a): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012. Berlin. [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barriere-frei.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barriere-frei.pdf?__blob=publicationFile&v=1). Aufgerufen am 10.06.2015.

Bundesregierung (2012b): Dialog über Deutschlands Zukunft. Ergebnisbericht des Expertendialogs der Bundeskanzlerin. Berlin. [https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Hintergrund/Ergebnisbericht\\_des\\_Expertendialogs\\_der\\_Bundeskanzlerin.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/Hintergrund/Ergebnisbericht_des_Expertendialogs_der_Bundeskanzlerin.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Aufgerufen am 13.06.16.

Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Bundesregierung. Berlin. [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=20](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=20). Aufgerufen am 11.12.2017.

Büttner, Hannah; & Zahmt, Dominik (2015): Zentrale Handlungsfelder für eine transformative Umweltpolitik. Teilbericht 4 des Projektes „Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 - Wie wollen wir in Zukunft leben?“. Dessau-Roßlau (UBA Texte, 61/2015). [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte\\_61\\_2015\\_nachhaltiges\\_deutschland\\_2030\\_bis\\_2050\\_teil\\_4\\_1.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_61_2015_nachhaltiges_deutschland_2030_bis_2050_teil_4_1.pdf). Aufgerufen am 19.01.2016.

Carroll, William K. (2016): *Expose, oppose, propose: Alternative policy groups and the struggle for global justice*. London.

Christen, Christian (2011): Politische Ökonomie der Alterssicherung: Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitalgedeckte Finanzierung. Marburg.

Daly, Hermann (2015): Mass migration and border policy. *Real-World Economics Review* 73, S. 130-133.

Delle Fave, Antonella; Brdar, Ingrid; Wissing, Marie P.; Araujo, Ulisses; Castro Solano, Alejandro; Freire, Teresa; Del Rocio Hernández-Pozo, María; Jose, Paul; Martos Tamás; Nafstad, Hilde, E.; Nakamura, Jeanne; Singh, Kamlesh; & Soosai-Nathan, Lawrence (2016): Lay Definitions of Happiness across Nations: The Primacy of Inner Harmony and Relational Connectedness. *Frontiers in Psychology* 7(30).

Demaria, Federico; Schneider, Francois; Sekulova, Filka; & Martinez-Alier, Joan (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. *Environmental Values* 22(2), S. 191–215.

Denninger, Tina; Dyk, Silke v.; Lessenich, Stephan; & Richter, Anna (2014): *Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft*. Bielefeld.

Deutscher Bundestag (2006): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in Deutschland – Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin (Drucksache 16/219).

Deutscher Bundestag. (2014). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas Gambke, Kerstin Andreae, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Berlin (Drucksache 18/2970). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802970.pdf>. Aufgerufen am 20.05.2016.

Diefenbacher, Hans; Düwell, Marcus; Philips, Jos; Leggewie, Claus; Sommer, B., Petschow, Ulrich; Pissarskoi, Eugen; & Zieschank, Roland (2014). *Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit*. Dessau-Roßlau (UBA-Texte No. 45/2014). Aufgerufen <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzepte-gesellschaftlichen-wohlstands-oekologische>. Aufgerufen am 19.12.2017.

Drews, Stefan; & Miklos, Antal (2016): Degrowth: A “missile word” that backfires?. *Ecological Economics* 126, S. 182-187.

Eckerberg, Katarina; & Nilsson, Mans (2013): *Environmental policy integration in practice: Shaping institutions for learning*. New York.

Ekardt, Felix (2004): *Zukunft in Freiheit. Eine Theorie der Gerechtigkeit, der Grundrechte und der politischen Steuerung - zugleich eine Grundlegung der Nachhaltigkeit*. Leipzig.

- Ekardt, Felix (2005): Das Prinzip Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit. München.
- European Commission (2016): Fiscal Sustainability Report 2015. European Economy Institutional Paper 018. Luxembourg.
- Europäische Kommission (2014): Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten. Das 7. UAP – ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2020. Brüssel. <http://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/factsheets/7eap/de.pdf>. Aufgerufen am 26.03.2017.
- Fichter, Klaus (2010): Nachhaltigkeit: Motor für schöpferische Zerstörung? In: Howaldt, J.; & Jacobsen, H. (Hrsg.): Soziale Innovation, S. 181–198. Wiesbaden.
- Fishkin, James S.; Robert C. Luskin; & Roger Jowell (2000): Deliberative polling and public consultation. *Parliamentary affairs* 53(4): S. 657–666.
- Fournier, Valérie (2008): Escaping from the economy: the politics of degrowth. *Int. J. Sociol. Soc. Policy* 28 (11–12), S. 528–545.
- Frey, Bruno S. (2008): *Happiness. A Revolution in Economics*. Cambridge, Massachusetts.
- Gasper, Des (2014): Human Security Analysis as a Framework for Value-Oriented Governance – the example of climate change. *International J. of Social Quality*, 4(2), S. 6-27.
- Grieswelle, Detlef (2002): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Solidarität, Langfristdenken, Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Paderborn.
- Gruescu, Sandra; & Rürup, Bert (2005): Nachhaltige Familienpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24, S. 3-5.
- Hartmann, Evi (2016): Wie viele Sklaven halten Sie? Über Globalisierung und Moral. Frankfurt/New York.
- Haybron, Dan (2011): Happiness. *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. <http://plato.stanford.edu/archives/fall2011/entries/happiness/>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Heinrichs, Harald (2002): Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme. Wiesbaden.
- Heinrichs, Harald et al. (i.E.): Der gestaltende und ermöglichende Staat. Bericht im Rahmen des UFOPLAN-Forschungsvorhabens "Herausforderungen und Gestaltungsansätze für Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken", FKZ 3714111000.
- Hockerts, Hans G. (1980): Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1949 bis 1957. Stuttgart.
- Jacob, Klaus; Bär, Holger; & Graaf, Lisa (2015): Transformative Umweltpolitik – Der Beitrag der Umweltpolitik zu Prozessen gesellschaftlichen Wandels. Dessau-Roßlau (UBA Texte, 60/2015). [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte\\_60\\_2015\\_nachhaltiges\\_deutschland\\_2030\\_bis\\_2050\\_teil\\_3\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_60_2015_nachhaltiges_deutschland_2030_bis_2050_teil_3_0.pdf). Aufgerufen am 21.01.2016.
- Kallis, Giorgos (2011): In defense of degrowth. *Ecological Economics* 70(5), S. 873–880.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a.M..
- Kjell, Oscar N. E (2011): Sustainable Well-Being: A Potential Synergy Between Sustainability and Well-Being Research. *Review of General Psychology* 15(3), S. 255–266.
- Klundt, Michael (2008): Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polarisierte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Wiesbaden
- Kny, Josefa; Schmies, Maximilian; Sommer, Bernd; Welzer, Harald; & Wiefek, Jasmin (2015): Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. Dessau-Roßlau (UBA-Texte, 86/2015). [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte\\_86\\_2015\\_von\\_der\\_nische\\_in\\_den\\_mainstream.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_86_2015_von_der_nische_in_den_mainstream.pdf). Aufgerufen am 26.07.2017.
- Kotlikoff, Laurence J. (1992): *Generational Accounting: Knowing who pays, and when, for what we spend*. New York.
- Lafferty, William; Hovden, Eivind (2003): Environmental policy integration: towards an analytical framework. *Environmental Politics* 12 (3), S. 1–22.
- Latouche, Serge (2015a): *Es reicht!: Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München.
- Layard, Richard (2004): *Happiness*. London.

- Leach, Melissa (2013a): Limits revisited? Planetary boundaries, justice and power. <http://www.transformingdevelopment.com/2014/05/limits-revisited-planetary-boundaries.html>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Leggewie, Claus (2011): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Leisering, Lutz (2000): Wohlfahrtsstaatliche Generationen. In: Kohli, M., & Szydlik, M. (Hrsg.): Generationen in Familie und Gesellschaft, S. 59-76. Opladen.
- Lepenies, Phillip (2013): Die Macht der einen Zahl: Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin.
- Lessenich, Stephan (2013): Sozialstaat und soziale Sicherheit. In: Mau, S.; Schöneck, N. M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Band 2, S. 803-815. Wiesbaden.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München.
- LMD (Le Monde diplomatique); Kolleg (Kolleg Postwachstumsgesellschaften) (Hrsg.) (2015): Atlas der Globalisierung: Weniger wird Mehr. Berlin.
- Martínez-Alier, Joan; Pascual, Unai; Vivien, Franck-Dominique; & Zaccai, Edwin (2010): Sustainable de-growth: Mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm. *Ecological Economics* 69(9), S. 1741–1747.
- Mayntz, Renate (2003): From government to governance: Political steering in modern societies. In: Summer Academy on IPP, S. 7–11.
- McGill, Vivian J. (1967): The Idea of Happiness. New York/Washington.
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis L.; Randers, Jorgen; Behrens; & Williams W. (1972): The limits to growth: A report to the Club of Rome. New York.
- Moody, Harry R. (1992): Ethics in an Aging Society. Baltimore.
- Moore, Andrew (2013): Hedonism. The Stanford Encyclopedia of Philosophy. <http://plato.stanford.edu/archives/win2013/entries/hedonism/>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Münkler, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin.
- Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit: Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg.
- Ng, Yew-Kwang (2003): From preference to happiness: Towards a more complete welfare economics. *Social Choice and Welfare* 20: S. 307–350.
- Nixon, Rob (2011): Slow Violence and the Environmentalism of the Poor. Cambridge, Massachusetts.
- Nussbaum, Martha C. (2007). *Frontiers of justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge, Massachusetts.
- Nullmeier, Frank; & Rüb, Friedbert W. (1993): Die Transformation der Sozialpolitik: Vom Sozialstaat zum Sicherheitsstaat. Frankfurt/New York.
- O’Brien, Catherine (2008): Sustainable Happiness: How Happiness Studies Can Contribute to a More Sustainable Future. *Canadian Psychology-Psychologie Canadienne* 49(4), S. 289–295.
- O’Donnell, Gus; & Legatum Institute. (2014). Wellbeing and policy. <https://lif.blob.core.windows.net/lif/docs/default-source/commission-on-wellbeing-and-policy/commission-on-wellbeing-and-policy-report---march-2014-pdf.pdf?sfvrsn=0>. Aufgerufen am 11.12.17.
- OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. Paris.
- Oman, Susan (2015): Measuring National Wellbeing: What Matters to You? What Matters to Whom? In: White, S.C.; Blackmore, C. (Hrsg.): *Cultures of Wellbeing: Method, Place, Policy*, S. 66-94. London.
- ONS (2011): Measuring What Matters. National Statistician’s Reflections on the National Debate on Measuring National Well-being. Newport.
- Ott, Konrad; & Döring, Ralf (2008) *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*. Marburg.

- Paech, Nico (2012): *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München.
- Pielke, Roger A. Jr. (2013): *Planetary Boundaries as Power Grab*. <http://rogerpielkejr.blogspot.de/2013/04/planetary-boundries-as-power-grab.html>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Pissarskoi, Eugen; Vogelpohl, Thomas; Schäfer, Martina; & Petschow Ulrich (i.E.): *Diskurse zum guten Leben: Analyse ihrer Begriffe guten Lebens, ihrer Akteure und damit verbundener politischer Strategien*. Berlin/Dessau-Rosslau (FKZ: 3714 11 100 0).
- Poferl, Angelika (2015): *Die Verwundbarkeit der Person: Soziale Menschenrechte und kosmopolitische Solidarität*. In: Banafsche, M.; & Platzer, H.-W. (Hrsg.): *Soziale Menschenrechte und Arbeit: Multidisziplinäre Perspektiven*, S. 121-153. Baden-Baden.
- Pogge, Thomas (2011): *Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen*. Berlin.
- Raffelhüschen, Bernd; & Walliser, Jan (1997): *Was hinterlassen wir zukünftigen Generationen? Ergebnisse der Generationenbilanzierung*. In: Knappe, E.; & Winkler, A. (Hrsg.): *Sozialstaat im Umbruch. Herausforderungen an die deutsche Sozialpolitik*, S. 65-89. Frankfurt/New York..
- Raza, Werner G., & Novy, Andreas (Hrsg.) (1997): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt a.M..
- Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Åsa; Chapin, F. Stuart; & Lambin, Eric F. et al. (2009): *A safe operating space for humanity*. *Nature* 461 (7263), S. 472–475.
- Rosa, Hartmut (2010): *Full Speed Burnout? From the Pleasures of the Motorcycle to the Bleakness of the Treadmill: The Dual Face of Social Acceleration*. *International Journal of Motorcycle Sciences* 6(1).
- Rürup, Bert (2004): *Nachhaltige Sozialpolitik im alternden Deutschland*. In: *Informationsdienst 297*, Köln.
- Schäfer, Armin; Streeck, Wolfgang (Hrsg.) (2013): *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge.
- Schäfer, Martina; Mann, Carsten; Rückert-John, Jana; Jaeger-Erben, Melanie; Petschow, Ulrich; Pissarskoi, Eugen; & Vogelpohl, Thomas (2015): *Umwelt- und Naturschutzpolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen*. Dessau-Roßlau (UBA-Texte Nr. 94/2015).
- Shaver, Robert (2009): *Rational Egoism: A Selective and Critical History*. Cambridge, Massachusetts.
- Schmelzer, Matthias (2015): *Spielarten der Wachstumskritik*. In: *Le Monde diplomatique; Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Hrsg): *Atlas der Globalisierung*, p. 116–121. Berlin.
- Schoer, Karl; Buyny, Sarka; Flachmann, Christine; Klink, Steffen; & Mayer, Helmut (2007): *Umweltbelastungen deutscher Importe und Exporte. Ergebnisse der UGR über indirekten Energieverbrauch, Kohlendioxidemissionen und Güterbeförderungsleistungen*. Vortrag auf der 93. DGINS Konferenz, 19.-21. September 2007, Budapest/Ungarn. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/UmweltbelastungenImExporte.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/UmweltbelastungenImExporte.pdf?__blob=publicationFile). Aufgerufen am 07.01.2016.
- Schütz, Helmut; Moll, Stephan; & Bringezu, Stefan (2003): *Globalisierung und die Verlagerung von Umweltbelastungen. Die Stoffströme des Handels der Europäischen Union*. Wuppertal. [http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf\\_global/umweltbelastungen.pdf](http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf_global/umweltbelastungen.pdf). Aufgerufen am 07.01.2016.
- Seidl, Irmi; & Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg.
- SRU (2012): *Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt*. Berlin: [http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2012\\_06\\_04\\_Umweltgutachten\\_HD.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2012_06_04_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile). Aufgerufen am 19.01.2016.
- SRU (2016): *Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik*. Sachverständigenrat für Umweltfragen. Berlin. [http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2016\\_Umweltgutachten\\_HD.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile). Aufgerufen am 30.05.2016.
- Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo; & Bennett, Elena M. et al. (2015): *Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet*. *Science* 347 (6223).
- Tremmel, Jörg (2003): *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie*. München.
- UNDP (1994): *Human Development Report*. Oxford.

- UNSG (2014): The road to dignity by 2030: ending poverty, transforming all lives and protecting the planet. Synthesis report of the Secretary-General on the post-2015 sustainable development agenda. New York (A/69/700). <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UN-DOC/GEN/N14/670/01/PDF/N1467001.pdf?OpenElement>. Aufgerufen am 16.03.2015.
- van den Bergh, Jeroen C.J.M. (2011): Environment versus growth—a criticism of “degrowth” and a plea for “a-growth”. *Ecological Economics* 70, S. 881–890.
- Venhoeven, Leonie A.; Bolderdijk, Jan W.; & Steg, Linda (2013): Explaining the Paradox: How Pro-Environmental Behaviour can both Thwart and Foster Well-Being. *Sustainability* 5(4), S. 1372–1386.
- Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York. <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>. Aufgerufen am 09.06.2016.
- Vobruba, Georg (2009): Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Wiesbaden.
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- WBGU (2014): Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken. Ein Beitrag zur SDG-Debatte. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin (Politikpapier, 8). [http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/politikpapiere/pp2014-pp8/wbgu\\_politikpapier\\_8.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/politikpapiere/pp2014-pp8/wbgu_politikpapier_8.pdf). Aufgerufen am 12.01.2016.
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
- Weijers, Dan (o.J.): Hedonism. *The Internet Encyclopedia of Philosophy*. <http://www.iep.utm.edu/hedonism/>. Aufgerufen am 01.09.16.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt a.M..
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt a.M..
- Winter, Deborah D. N. (2000): Some big ideas for some big problems. *American Psychologist* 55(5), S. 516–522.

